



30. Jahrgang · 2003 · Heft 3

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für  
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

**Stadt mit Sicherheit**

Herausgegeben von Volker Roscher



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebessler,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

**Redaktionskollegium:**

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr.  
AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemein-  
schaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED  
MÖNCH (Besprechungen).  
Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut  
für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH  
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches  
Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität  
Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN  
HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen  
und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der  
Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Uni-  
versität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr.  
RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Histori-  
sches Seminar – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH  
Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung –  
VOLKER ROSCHER, Bund Dt. Architekten Hamburg –  
Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr.  
DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of  
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER  
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches  
Institut.

**Redaktionelle Zuschriften** und Bespre-  
chungsexemplare werden an die Redaktions-  
adresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55,  
73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728  
Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242,  
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-  
derzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

**Erscheinungsweise:** Jährlich 4 Hefte  
zu je 88 Seiten

**Bezugsbedingungen:** Jahresabonnement  
EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-, jeweils zuzüglich  
Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende  
gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studien-  
bescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.  
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,

zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. Novem-  
ber des laufenden Jahres beim Verlag eingegan-  
gen sein.

**Verlag:** Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,  
Sitz Stuttgart  
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart;  
Postfach 101061, D-70009 Stuttgart  
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),  
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:  
[cfelmik@steiner-verlag.de](mailto:cfelmik@steiner-verlag.de)  
**Anzeigenleitung** (verantwortlich): Susanne  
Szoradi ([sszoradi@steiner-verlag.de](mailto:sszoradi@steiner-verlag.de))

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der  
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte  
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen  
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in  
anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit  
der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der  
Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht  
für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.  
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht  
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur  
Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht  
zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online  
und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-  
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert  
oder in eine von Maschinen, insbesondere von  
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache  
übertragen werden.

**Druck:** Druckerei Peter Proff,  
D-82547 Eurasburg

© 2003 Franz Steiner Verlag  
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



**Stadt mit Sicherheit**

Zwischen Unsicherheit, Kriminalstatistik  
und Law-and-order-Politik

Herausgegeben von Volker Roscher

**Abhandlungen**

VOLKER ROSCHER, Editorial ..... 181  
INGRID BRECKNER / KLAUS SESSAR, Unsicherheiten in der Stadt und  
Kriminalitätsfurcht. Ein Gespräch ..... 185  
KLAUS SESSAR, Kriminologie und urbane Unsicherheiten ..... 195  
INGRID BRECKNER, Unsicherheiten im städtischen Alltag. Soziologische  
Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und  
Handlungsoptionen ..... 217  
JUAN RODRÍGUEZ-LORES, Zur Dialektik der Sicherheit ..... 233  
WALTER SIEBEL / JAN WEHRHEIM, Projektion von Angst. 12 Thesen zum  
Zusammenhang von Unsicherheiten im öffentlichen Raum und deren  
Einflussfaktoren ..... 244  
WALTER SIEBEL, Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums? .... 247  
KATJA VEIL / UWE-JENS WALTHER, Sichere Innenstädte in Großbritannien.  
Von der Kriminalprävention zur Verhaltensregulierung?  
Beobachtungen und Anmerkungen zum Beispiel Coventry ..... 258

**Literaturbericht**

WINFRIED MÖNCH, Städte zwischen Zerstörung und Wiederaufbau.  
Deutsche Ortsliteratur zum Bombenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg ..... 265

**Autoren** ..... 290

**Besprechungen**

Martin Dinges / Fritz Sack (Hrsg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter  
bis zur Postmoderne (*Eva Wiebel*) ..... 291

Volker Roscher

## Stadt mit Sicherheit

Zwischen Unsicherheit, Kriminalstatistik und Law-and-order-Politik

*Editorial*

Auch wenn der Haushalt für Soziales und Familie des Bundeslands Hamburg im Jahr 2002 um zweieinhalb Prozent gesunken ist, so muss man sich um die „innere Sicherheit“, deren Haushalt um 2,4 Prozent erhöht wurde<sup>1</sup>, offenbar keine Sorgen machen. Nach der Rezeption von Zitaten des damals zuständigen Innensensors ist man sich dann allerdings nicht mehr so ganz sicher, hält er doch die Gen-Analyse für ein „wirksames Mittel“ zur Verbesserung der Aufklärung von Straftaten in Hamburg und führt aus: „Die meisten Straftäter, die jemanden vergewaltigen oder ermorden, sind vorher polizeilich in Erscheinung getreten.“<sup>2</sup> Die von ihm gleichzeitig unterstellte Täterkarriere vom Schwarzfahrer zum Mörder erscheint dann schließlich doch ein wenig angestrengt und führt uns drastisch den Grund vor, warum wir dieses Heft dem Thema Stadt und Sicherheit widmen.

Es ist die Stadt, die Trägerin der Kultur- und der sozialen Integrationsleistungen unserer Gesellschaft ist. Es war und ist ein ständiges Ringen um ihre Daseinsform, und es existierte niemals nur lineares kulturelles und integratives Aufstreben, sondern stets auch die gegenläufige Tendenz. Über viele Jahrhunderte bot die Stadt „Sicherheit“ und Perspektive in ökonomischer und sozialer Hinsicht. Dabei hat in der Geschichte der Stadt und der Staaten die „Sicherheit“ sehr unterschiedliche Ausdeutungen erfahren:

Die *securitas* im Zusammenhang mit *pax* der augusteischen Zeit beschrieb den Friedensraum im Römischen Imperium. Ab dem 12. Jahrhundert werden auch Straßen, Märkte, Klöster, Besitzungen und Rechte mit dem Sicherheitsbegriff belegt. Später reduziert sich der Begriff immer mehr auf die Sicherheit der Straßen bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs von „Friede“ für den angestrebten Gesamtzustand des Gemeinwesens. Seit Machiavelli und weiter im 16. Jahrhundert wird der Begriff auf die äußere Sicherheit von Staaten und Landesverteidigung bezogen. In der Folge gilt dieses für den (Militär-)Staat, und die *securitas* des Staates tritt in Konkurrenz zu der *libertas* (Freiheit) der Stände. Das 17. Jahrhundert beschert die Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit und in seiner zweiten Hälfte begründen Hobbes und Pufendorf die Sicherheit philosophisch als Staatszweck und damit

<sup>1</sup> Vgl. *Hamburger Abendblatt*, 26.06.2002, S. 12.

<sup>2</sup> Vgl. *Hamburger Abendblatt*, 14.06.2003, das auf S. 12 titelt: „Schill: Gentest für Schwarzfahrer“.

als Voraussetzung für ein Leben mit gesichertem Eigentum in Wohlfahrt und Bequemlichkeit. Das 18. Jahrhundert rückt die „Glückseligkeit der Bürger“ in den Vordergrund, die der obrigkeitliche Auftrag der „Polizey“ wurde. Mit der Französischen und Amerikanischen Revolution beginnt der Begriff Freiheit – vor allem vor staatlichen Eingriffen – sich nach vorn zu schieben und meint „Sicherheit vor dem Staat“. Der entstehende Rechtsstaat setzte sich so gegen den früheren „Polizeystaat“. Seit 1829 gibt es die erste professionelle Großstadtpolizei in London und fast gleichzeitig – in Deutschland etwa 50 Jahre später – entstehen hier und in Paris die ersten „Sündenregister“, im 19. Jahrhundert allgemein als „Moralstatistik“ und heute als „Kriminalstatistik“ bezeichnet.<sup>3</sup> Der starke gesellschaftliche Umbruch, der sich innerhalb der Städte vollzieht, produziert zusammen mit dem Kerker- und Polizeisystem nicht nur Delinquenz und Delinquenten, sondern rekrutiert aus diesem Potential mit dem seit dem 18. Jahrhundert erfolgenden Übergang des Systems des Strafens zu dem des Überwachens<sup>4</sup> das Bedrohungspotential und Überwachungspersonal wie Zuhälter, Polizisten oder Spitzel.<sup>5</sup> Die Gruppe der Delinquenten diente „als Quelle aller Laster und Gefahren nicht nur für die Reichen, sondern auch für die Armen.“<sup>6</sup> Dass Gefängnisse Kriminelle nicht in rechtschaffene Leute verwandeln,<sup>7</sup> stellte man schnell fest und nutzte dieses im politischen und ökonomischen Bereich.<sup>8</sup> Flankierend kommt hinzu: „Die Kriminalberichterstattung ... berichtet Tag für Tag von dem inneren Kampf ... und stellt in diesem Krieg tägliche Alarm- und Siegesmeldungen dar.“<sup>9</sup>

Und damit kommen wir zu einem der Hauptpunkte der heutigen „Sicherheitsdebatte“, die gekennzeichnet ist von der „Rehabilitation von Kriminalstatistiken für Antworten auf Fragen, die sich mit ihnen schlicht nicht beantworten lassen.“<sup>10</sup> Das Wesentliche, was diese Statistik abbildet, ist die „Anzeigebereitschaft“ der Bevölkerung.<sup>11</sup> Jede weitere darin erfasste Schwarzfahrt steigert die globale Häufigkeitsziffer der Kriminalität, die darin verzeichneten Normabweichungen beschreiben ein Spektrum, das von Mord bis zum vorgenannten Leichtdelikt reicht.<sup>12</sup> Es sei jedoch

3 In der gesamten Begriffsgeschichte folge ich *M. Dinges / F. Sack*, *Unsichere Großstädte?*, in: *dies.* (Hrsg.), *Unsichere Großstädte. Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, S. 12 ff.; vgl. dazu auch die Rezension dieses Buches in diesem Heft.

4 *M. Foucault*, *Überwachen und Strafen, Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M. 1977.

5 Vgl. *M. Foucault*, *Räderwerke des Überwachens und Strafens*, Interview (1975), in: *ders.*, *Short Cuts*, Frankfurt a.M. 2001, S. 63.

6 *Ebda.*, S. 62.

7 *Ebda.*, S. 60.

8 *M. Foucault* (s. A 4), S. 357 ff.

9 *Ebda.*, S. 369.

10 vgl. *M. Dinges / F. Sack*, (s. A 3), S. 42.

11 *Ebda.*

12 *Ebda.*, S. 44.

besonders darauf hingewiesen, dass ein Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht, also Unsicherheiten und einem Anstieg der Kriminalität nicht besteht. Was allerdings auftritt, ist eine „hochsignifikante Beziehung zwischen den „law and order“-Programmen der Politik und den dadurch ausgelösten Sorgen der Öffentlichkeit.“<sup>13</sup>

Für das vorgelegte Heft ergibt sich unter anderem die Frage, verträgt die Stadt die sich seit nunmehr 20 Jahren verschärfende „Sicherheitsdebatte“, die nachweislich keinen empirischen Hintergrund einer anwachsenden Kriminalität belegen kann, die allerdings zu einem sog. „valence issue“<sup>14</sup> geworden ist, d.h. alle Parteien sind sich in der Frage der Sicherheit einig und Widerspruch und Diskurs sind nicht zugelassen, sondern werden als Häresie behandelt.<sup>15</sup>

Die Beiträge des vorgelegten Heftes können nur einen Ausschnitt des Themas Stadt und Sicherheit ansprechen. Dabei haben wir unter Autorinnen und Autoren intensive Debatten geführt, sowohl über die Heftrezipienten als auch über die Form der Vermittlung des Stoffes. So beginnen wir denn auch mit einem aufgezeichneten Gespräch von *Ingrid Breckner* und *Klaus Sessar* über „Unsicherheiten in der Stadt und Kriminalitätsfurcht“. Die darin behandelten Kategorien finden sich in den folgenden Aufsätzen dann vertiefend behandelt wieder.

Es beginnt mit dem Beitrag von *Klaus Sessar* über „Kriminologie und urbane Unsicherheiten“, der die eigene Disziplin kritisch, seit dem Zeitpunkt ihres Entstehens, durch das städtische Geschehen begleitet. Er arbeitet dabei mit einem umfangreichen Apparat, in dem er auch die bekannten Modelle des „Defensible Space“ wie des „Zero Tolerance“ einschätzt.

*Ingrid Breckner* betrachtet in der Folge die Unsicherheiten im städtischen Alltag und wirft soziologische Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und Handlungsoptionen. Dabei lässt sie die Betrachtung der Erkenntnisse und Erkenntnismöglichkeiten der eigenen Disziplin nicht außer Acht. Breckner wie Sessar sind eingebunden in ein groß angelegtes EU-Forschungsprojekt zum Thema „Insecurities in European Cities“. Bemerkenswerterweise ist es gerade die Kriminalitätsfurcht bzw. Unsicherheit, die sich politisch auszahlt, um Machtsicherungspolitik zu betreiben: „Kriminalität gleichsam als politische und mediale Manövriermasse.“<sup>16</sup> Denn: „Angesichts des Verlustes von wahrgenommener Kompetenz, Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen findet der Staat die Kriminalitätskontrolle attraktiv.“<sup>17</sup>

13 *K. Beckett*, *Making Crime Pay: Law and Order in Contemporary American Politics*, New York 1997, nach: *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 50.

14 *K. Beckett* (s. A 13), nach *M. Dinges / F. Sack*, (s. A 3), S. 9.

15 *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 41.

16 *Ebda.*; wer die Auswirkungen dieser politischen und medialen Manövriermasse einmal differenziert nachvollziehen möchte, lese den Roman von *Friedrich Ani*, *German Angst*, München 2000.

17 *T. Caplow* und *J. Simon*, *Understanding Prison Policy and Population Trends*, in: *M. Tonry / J. Petersilia*, (Hrsg.), *Prisons. Crime and Justice. A Review of Research*, 26, Chicago and London 1999 (S. 63-120), S. 73; nach *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 54.

Zur Betrachtung der Dialektik der Sicherheit trägt *Juan Rodríguez-Lores* bei, der die objektiven und subjektiven Sicherheitsbedingungen der Stadt als sich selbst beschleunigende Einheit im Tretrad eines Hamsters charakterisiert. Dabei untersucht er die Agenturen der Angst und betrachtet schließlich die verpassten Gelegenheiten der Stadtplanung und der Stadthygiene. Auch er untersucht gleichzeitig seine Wissenschaftsdisziplin, die Philosophie, und deren erkenntnisbegrenzende Kategorien.

Nach so viel Komplexität listen *Walter Siebel* und *Jan Wehrheim* zwölf Thesen zum Zusammenhang von Unsicherheiten in der Stadt unter dem Titel Projektion der Angst auf. Danach betrachtet *Walter Siebel* die Konsequenz der gegenwärtig so einheitlichen Stadtpolitikendenzen: „Die überwachte Stadt“. Er untersucht, ob damit das Ende der öffentlichen Raums gekommen ist.

Der letzte Beitrag des Heftes widmet sich einem praktischen Anwendungsfeld der subjektiven Sicherheit, in dem sich der Videoüberwachung in Verbindung mit Sanktionen und personeller Präsenz bedient wird. *Katja Veil* und *Uwe-Jens Walther* zeigen am Beispiel der englischen Stadt Coventry praktisch auf, was die Sicherheitspolitiker auch hierzulande seit langem rufen.

Allen hier versammelten Beiträgen ist gemein, dass sie in ihren Perspektiven relativ einheitlich den sozialen Einbezug der Menschen in die sie betreffenden alltäglichen Handlungen vorschlagen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde: Wenn die Menschen nicht aus diesen Situationen ausgeschlossen sind, dann werden soziale Handlungen und Wirkungen von ihnen besser eingeschätzt und Unsicherheiten und Angst abgebaut. In diesem Sinne ist die anfangs erwähnte Integrationskraft der Städte eine aktiv durch ihre Bewohner wahrzunehmende.

Ingrid Breckner / Klaus Sessar

## Unsicherheiten in der Stadt und Kriminalitätsfurcht Ein Gespräch

INGRID BRECKNER. *Was ist Unsicherheit und wie hat die Kriminologie sie als Forschungsgegenstand entdeckt?*

KLAUS SESSAR. In der Kriminologie hat sich vor etwa 30 Jahren ein Thema herausgebildet, „Kriminalitätsfurcht“, das heißt, wir untersuchen seitdem die Furcht der Menschen vor Kriminalität und deren Gründe. Furcht wurde differenziert nach affektiven, kognitiven und konativen Elementen solcher Gefühle. Konativ, ein sperriger Ausdruck, meint etwa Selbstschutzverhalten, ausgelöst durch solche Furcht. Man ist der Frage nachgegangen, welche Personen und Bevölkerungsgruppen ängstlicher und unsicherer sind als andere, wenn man sich beispielsweise vorstellt, nach Eintritt der Dunkelheit allein auf der Straße sein zu müssen. Oder wer rechnet mehr als andere damit, demnächst Opfer einer bestimmten Straftat oder eines Angriffs zu werden, oder wer ergreift Schutzmaßnahmen oder vermeidet bestimmte Verhaltensweisen, um Kriminalität aus dem Weg zu gehen, bzw. wer tut dies nicht oder weniger. Das waren so ungefähr die Forschungsfragen, wobei Ergebnisse herauskamen, die sich international sehr ähnelten. Wenn ich nur zwei zentrale demographische Merkmale nehme, Geschlecht und Alter, dann sind diesen Forschungen zufolge Frauen durchweg ängstlicher als Männer und ältere Menschen durchweg furchtsamer als Jüngere, obwohl beide Gruppen, Frauen wie Ältere, und schon gar ältere Frauen, weniger zu befürchten haben als Männer und Jüngere, besonders jüngere Männer. Das hat uns stutzig gemacht. Man sprach von einem Kriminalitätsfurchtparadox und versuchte, es auf vielfältige Weise aufzulösen. Das ist bis heute, denke ich, noch nicht richtig gelungen. Vielleicht musste man die Sache daher anders angehen. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass hinter der sog. Kriminalitätsfurcht, die wir vielleicht zu positivistisch abgefragt hatten, möglicherweise eine andere Dimension von Einstellungen existierte, die man mit allgemeiner, vielleicht existentieller Unsicherheit umschreiben könnte und – so gesehen – vielleicht mit dem gesellschaftlichen Status von Frauen und Älteren zu tun hat. Könnte es also nicht sein, dass Kriminalität in den Antworten der Interviewten auch eine Chiffre ist, ein Code, um damit gänzlich andere Gründe für empfundene Unsicherheiten auszudrücken? Vielleicht sind unsere Unsicherheitsgefühle, die wir ja alle irgendwie haben, derart von Kriminalität besetzt, nicht zuletzt durch die Medien entsprechend imprägniert, dass das Thema „Furcht“ zwangsläufig oder zwanghaft zum Thema „Kriminalitätsfurcht“ wird. Wenn man das dann weiter durchbuchstabiert, kommt man auch auf makro-

strukturellere Fragestellungen bis hin zur Stadt und den Unsicherheiten, die sie auslöst.

INGRID BRECKNER. *Was verstehen Kriminologen unter Kriminalität und wie lässt sich dieser Gegenstand allgemeinverständlich erläutern?*

KLAUS SESSAR. Kriminalität ist zuerst einmal sehr positivistisch die Summe solcher Verhaltensweisen, die durch das Gesetz unter Strafe gestellt wurden. Es gibt Diebstähle, das ist dann Diebstahlskriminalität, es gibt Gewalt und also Gewaltkriminalität, und so fort. Das Beispiel der Gewalt ist vielleicht ganz gut gewählt, weil sie viele Verhaltensweisen betrifft, die gar nicht strafbar sind, die wir als Kriminologen aber dennoch untersuchen würden. Zum Beispiel die Züchtigung von Kindern. Oder es gibt den Begriff der strukturellen Gewalt, der aus der Friedens- und Konfliktforschung kommt. Gemeint ist damit z.B. Menschen hungern oder verhungern zu lassen, obwohl man es verhindern könnte; strukturell gewalttätig ist ebenso die Diskriminierung von Mitmenschen, weil sie beispielsweise Ausländer sind. Dann gibt es den großen Bereich moderner Kriminalität, Wirtschafts- und Berufskriminalität etwa, zum Beispiel Falschabrechnungen durch Ärzte oder Architekten, Polizeigewalt, Subventionsbetrügereien und schließlich die organisierte Kriminalität, die man nochmals differenzieren müsste nach Menschenhandel, Organhandel, Waffenhandel, usw.

INGRID BRECKNER. *Wir erfuhren bei den letzten Wahlen in Hamburg<sup>1</sup> – damit wollte ich zu einer politischen Dimension von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht kommen –, dass das Paradox der Kriminalitätsfurcht politikfähig ist, ja damit sogar Wahlen gewonnen werden können. Wie beurteilen Sie politische Instrumentalisierungen einer noch tiefer zu erforschenden Unsicherheit?*

KLAUS SESSAR. Das Beispiel der Wahlen ist gerade ein Beleg dafür, dass wir mit dem Begriff der Kriminalität, wenn die Politik und die Medien sich seiner bemächtigen, eigentlich Furchtgefühle einer anderen Art ansprechen sollten. Der Begriff der Kriminalität wird von ihnen manipulierend eingesetzt. Das wird im nächsten Wahlkampf genauso wieder kommen. Alle Parteien werden dies tun – und zwar werden sie das Versprechen abgeben, dass, wenn man die Kriminalität nur gehörig bekämpft, die Menschen dann sicherer sind. Das aber ist ein Riesenirrtum. Wir haben festgestellt, dass die Unsicherheiten auch dort bleiben, wo die Kriminalität zurückgegangen war. Das ist für uns ein weiterer Beleg gewesen, dass es da noch etwas anderes geben muss, als die schlichte Furcht vor Kriminalität. Zeitungen berichteten z.B. darüber, dass die persönlichen Ängste der Deutschen nach dem 11. September 2001

1 Am 23. September 2001.

stärker geworden und geradezu dramatisch angestiegen sind. Wir wissen, dass viele Menschen daraufhin ihre Flüge auch nach Mallorca storniert haben, obwohl niemand ernsthaft annehmen konnte, das Osama bin Laden es auf diese Charterflugzeuge abgesehen hat. Aber die Flüge wurden trotzdem storniert, das heißt, der Hintergrund ist hier der weltweite Terrorismus. Das ist zwar auch eine Art von Kriminalität, doch in Wirklichkeit muss es sich um noch etwas anderes, Diffuseres handeln. Etwas, das unser Leben mehr und mehr überlagert. Wir sind ganz allgemein eine unsichere Gesellschaft geworden, eine Risikogesellschaft, wie es der Soziologe Ulrich Beck formuliert hat, deren Existenzängste wir durch Verbrechensbekämpfung nicht werden auflösen können. Man redet von der „German angst“, der typischen deutschen Angst, die aber inzwischen längst zur „American angst“ oder zur „global angst“ geworden ist. Das bedeutet, dass all dies zu einem neuen Thema, auch für die Kriminologie, geworden ist. Ich entferne mich als Kriminologe mehr und mehr von dem, was ich bisher als Kriminalität erforscht habe.

INGRID BRECKNER. *Ein Ausflug in fremdere Gefilde ist ja auch der Bezug auf den Gegenstand „Stadt“. Wie gehen Sie als Kriminologe mit der Stadt um? Was ist für Sie Stadt, wie nähert man sich so einem Gegenstand? Greifen Sie da auf stadtwissenschaftliche Befunde zurück oder gibt es ein eigenes Bild der Kriminologie von Stadt?*

KLAUS SESSAR. Es gibt in der Kriminologie eine alte Stadtforschung. Diese war in der Zwischenzeit in Vergessenheit geraten, kommt aber nun wieder. Alles begann in Chicago vor etwa 70 Jahren. Das war eine Stadt, die um Wende zum 20. Jahrhundert eine Zeitlang viele Immigrationswellen durchlief: Deutsche, Chinesen, Sizilianer, Schwarzafrikaner, Engländer, Iren. Diese Gruppen waren in die Stadt gekommen, hatten sich dort niedergelassen und waren dann irgendwann weiter gezogen. Die Ethnien wechselten sich ab. Das Phänomen war, dass die Kriminalität in ihrer unterschiedlichen Verteilung über die Stadt sich nicht bedeutungsvoll veränderte, egal welche Ethnie gerade dominierte. Die Forscher haben damals, und dies führte zu dem Begriff der „Chicagoer Schule“ innerhalb der Kriminologie, konzentrische Kreise über die Stadt gelegt und auf diese abstrakte Weise beobachten können, dass, vom innersten Kreis mit seinen Banken und Handelsunternehmen abgesehen, die Kriminalität am ausgeprägtesten in der Innenstadt war und dann zu den Rändern der Stadt hin kontinuierlich abnahm, und dies, wie gesagt, unabhängig von den jeweiligen Immigrantengruppen. Solche Beobachtungen führten zu der Überlegung (die später vernachlässigt wurde und erst seit kurzem wieder aufgegriffen wird), dass die Kriminalitätsverteilung nicht an den Menschen, sondern an den städtischen Strukturen liegen musste. In diesem Fall vielleicht an Baustrukturen, an der Architektur, überhaupt an der Art und Weise wie eine Stadt komponiert ist. In einem erweiterten Rahmen wurden solche Überlegungen wieder aufgenommen, und die Stadt rückte

mehr und mehr in den Mittelpunkt des kriminologischen Interesses. Ich sollte vielleicht gleich hinzufügen: Das Interesse galt nicht mehr wie früher so sehr den städtischen Bedingungen als Ursachen für Kriminalität, sondern der Stadt als einem Strukturnetzwerk, in dem Kriminalität nicht entsteht, sondern vorkommt. Kriminalität ist ja die normalste Sache der Welt, und wenn man sich unter dem Aspekt der Kriminalitätsfurcht die Stadt als Forscher neu ansieht, untersucht man nicht nur Kriminalität als Furchtauslöser, sondern urbane Kontexte, in welchen sie zusammen mit vielen anderen Bedingungen für Unsicherheiten eine Rolle spielt. Die Amerikaner sind in diesem Punkt schon viel weiter, in den USA wird systematischer als hier beispielsweise der Verfall der Städte oder von Stadtteilen untersucht, die Vokabeln sind „incivility“, „social disorder“ und „social disorganization“. Davor haben die Bewohner manchmal mehr Angst als vor konkreter Kriminalität. Es gibt dort die broken-windows-Debatte: eine Fensterscheibe ist kaputt, und wenn die nicht gleich repariert wird, wird es bald weitere kaputte Fensterscheiben geben, und irgendwann ist alles kaputt. Das sind die Dinge, die zu Unsicherheiten führen, manchmal mehr als Kriminalität.

INGRID BRECKNER. *Wie sehen Sie in diesem Kontext die Entwicklung von „gated communities“ in den USA und in Europa?*

KLAUS SESSAR. Wie die Amerikaner ihren Ängsten mit den sog. „gated communities“ zu begegnen versuchen, das kann ich mir in der Tat bei uns kaum vorstellen, jedenfalls nicht in der Art und Weise, in der man dies drüben erlebt und die einen frieren macht. Solche umzäunten Gemeinwesen würden gegen viele rechtliche Vorschriften bei uns verstoßen. Neulich habe ich von Ihnen gehört, dass es so etwas hier schon gibt, daß mehr Kinder von außerhalb rein. Das ist eine Form der Selbstisolierung, vor der ich nur deshalb keine so große Angst habe, weil ich nicht glaube, dass eine ganze Gesellschaft sich so verbarrikadieren wird. Das sind immer nur die wenigen Reichen, die sich so etwas leisten können – sollen sie! Aber es bleibt gespenstisch.

INGRID BRECKNER. *Anhand eines Beispiels lassen sich wohnortabhängige Perspektiven auf städtische Räume verdeutlichen: Die Mehrheit der Professoren der Technischen Universität Hamburg-Harburg wohnt am Rand der Lüneburger Heide. Unser ehemaliger Präsident sagte mir mal: „Was, Sie wohnen in Altona, da wird doch jeden Abend einer erschossen! Wie kann man als Frau dort wohnen?“ Er wohnte außerhalb Hamburgs. Ich fragte zurück, wie oft er in Altona sei, aber er bewegte sich dort nie. Andere Kollegen aus dem Hamburger Umland kommentierten die Gegend der Rothenbaumchaussee mit den Worten: „Was ist denn das hier für eine zerstörte Gegend?“ Es war nur eine Baustelle, aber erneut eine Perspektive auf das Thema Stadt mit manifesten negativen Assoziationen. Geht die Kriminologie mit solchen Stadtbildern als Angstgeneratoren um?*

KLAUS SESSAR. In der Tat gibt es die Überlegung, ob die Stadt Kriminalität generiert oder anzieht. „Generator or receptor“ – das sind unentschiedene Fragestellungen. Wahrscheinlich stimmt beides, man kann ohnehin nie „entweder – oder“ sagen. Die Wahrnehmungen, von denen Sie berichten, sind hochselektiv. Sie sind medial eingefärbt worden, nicht erfahrungsgestützt. Jeder, der in einer von außen gesehen hochbelasteten Gegend lebt, wird erfahren, dass diese, von innen gesehen, so belastet nicht ist. Dann die andere Wahrnehmung, wonach in einer Stadt der öffentliche Raum so gefährlich ist oder sein soll. Ich entsinne mich an den Ausspruch einer Referentin, die vor einigen Jahren auf einer Tagung in Salzburg den Frauen zurief: „Verlasst Eure Wohnung und flieht in die Stadt. Dort seid ihr sicherer“. Das ist ein Sachverhalt, den der Kriminologe mit seinen Statistiken mühelos belegen kann. Der öffentliche Raum ist nicht, zumindest für bestimmte Gruppen, der unsichere Raum, sondern es ist die Wohnung. Der Hort der Familie ist der Hort der Gewalt. In der Kriminologie ist das klingende Münze; Frauen werden ganz selten durch fremde Personen getötet, sondern, das mag überraschen, zu rund 50% durch Familienmitglieder. Bei Männern ist es anders, Tatorte sind bei ihnen häufig Kneipen, Bars, Sportplätze usw. Das hat auch wieder etwas mit unterschiedlicher Partizipation am öffentlichen Leben zu tun, das ist gar keine Frage. Wenn daher der öffentliche Raum als unsicher wahrgenommen wird, dann interessiert uns dies weniger unter dem Aspekt krimineller Belastung, sondern unter dem Aspekt allgemeiner Unsicherheitsfaktoren. Zu ihnen zählt natürlich auch die Kriminalität, aber eben, das ist das Ergebnis vieler Recherchen, als ein Element und nicht mehr als das Hauptelement.

INGRID BRECKNER. *Unterscheidet ein Kriminologe zwischen städtischen Räumen innerhalb der Stadt oder ist Hamburg aus dieser Perspektive immer das Ganze?*

KLAUS SESSAR. Man könnte vielleicht folgendes sagen, dann muss ich aber die Stadt Hamburg für einen Augenblick verlassen. Wir wissen, dass eine bestimmte Bauart mit Kriminalität zusammenhängen kann. Das scheint, wenn ich die Literatur richtig verstanden habe, eine weitere Erkenntnis zu sein: In Hochhäusern gibt es mehr Kriminalität als in anderen Mietshaustypen, unabhängig davon, wer drin wohnt. Die Art der Kriminalität ist dann wiederum unterschiedlich und abhängig davon, wer drin wohnt. Aber die Tatsache des Hochhauses, oder von bestimmten Typen von Hochhäusern, bedeutet dann, dass es dort immer mehr Kriminalität geben wird als im Falle von Flachbauten, Reihenhäusern oder Gründerzeitbauten. Wenn ich jetzt wieder auf die Stadt Hamburg zurückkomme, würde ich vermuten, dass dort, wo diese Art von Architektur, nämlich Hochhäuser, das Stadtbild prägt, ich auch mehr Kriminalität antreffe. Das muss dann nicht ein bestimmtes Stadtviertel sein.

INGRID BRECKNER. *Haben die modernen Architekten da zu kurz gedacht oder zu wenig gewusst?*

KLAUS SESSAR. Dazu muss man sich vielleicht vor Augen halten, was vor zwanzig, dreißig Jahren in den USA angedacht wurde. Man hatte sich überlegt, ob man eine Stadt, die erst noch gebaut werden soll, so entwirft, dass sie kriminalitätsabweisend, kriminosensibel gebaut wird, z. B. durch eine möglichst große Transparenz des öffentlichen Raums. Auch so einfache Dinge wie eine gute Straßenbeleuchtung gehörten dazu. Es gehörte aber auch dazu, wie sicher man in ein Mehrfamilienhaus hineinkommt, ob also in der Eingangshalle dafür gesorgt wird, dass es keine Ecken gibt, in denen jemand ungesehen stehen könnte. Wer in den USA war, weiß vielleicht, dass es in den Lifts solcher Häuser immer oben links einen Spiegel gibt, um sehen zu können, ob in der blinden Ecke rechts jemand steht. Solche Dinge waren zu berücksichtigen, um sie zu einer neuen Wohnstruktur zusammenzufügen, die dann so attraktiv für die Bewohner ist, dass sie bereit sind, ihre Areale zu verteidigen. Daher kommt dann auch der Begriff „Defensible space“. Das bedeutet, dass man nicht mehr anonym nebeneinander herlebt, sondern ein Interesse hat, die eigene Wohngegend, wie groß immer sie ist, zu verteidigen. Aber man war von den Ergebnissen enttäuscht, die Kriminalität änderte sich nicht mit veränderten Architekturen. Man musste feststellen, und stellt dies fast immer wieder fest, dass Baupolitik, Sozialpolitik und Wohnpolitik nicht zu trennen sind. Dass sie sich überkreuzen. Die hochbelasteten Gebäude waren eben von solchen Bevölkerungsgruppen bewohnt, bei denen man auch außerhalb dieser Gebäude vermehrt strafbares Verhalten vermuten durfte oder tatsächlich entdeckt hat. Diese Leute waren gar nicht in der Lage, dem Appell, das eigene Areal zu verteidigen, zu folgen. Ich glaube, dass dies der Hauptkritikpunkt an den mageren Ergebnissen war. Man sollte wieder von vorne anfangen und die Kritik berücksichtigen.

INGRID BRECKNER. *Schöne Überleitung zu der Frage nach Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf Kriminalitätsfurcht und reale Kriminalität: In gated communities werden Zäune gebaut, Kontrollmechanismen eingerichtet oder bestimmte Nutzungen zu bestimmten Zeiten ausgeschlossen. In der Schweiz scheint das Konzept des „defensible space“ wieder aktuell zu sein. Polizei, Sozialarbeit und gut betuchte Bürger schließen sich in einem neuen Verständnis von Bürgerwehr zusammen, um ihre Sicherheit zu erhöhen. Polizei und Sozialarbeit fordern die Aufmerksamkeit, Kommunikation und Nachbarschaftsfähigkeit von Bürgern, weil sie sich allein mit der Aufgabe der Gewährleistung von Sicherheit überfordert fühlen. Bei den Bürgern setzt ein solches Engagement ein hohes Maß von Identifikation mit dem Wohnumfeld voraus. Sehen Sie in solchen Praktiken eine Weiterentwicklung des US-amerikanischen Konzeptes vom „defensible space“?*

KLAUS SESSAR. Ich muss gestehen, dass ich diesem Modell anhängen. Das ist ein Modell in Kombination zweier Begriffe: „Community Crime Prevention“ und „Community Policing“. Ersteres ist leicht mit kommunaler Kriminalprävention zu über-

setzen, letzteres lassen wir unübersetzt. Hierbei könnte es, wenn alles richtig lief, zu einer neuen Aufgabenstellung für die Polizei, das Gemeinwesen und die Bürger kommen. Alle müssten umdenken. Die Polizei, die bis jetzt überwiegend repressiv auf Strafverfolgung ausgerichtet ist, müsste begreifen, dass sie sich neben ihrer repressiven Tätigkeit als eine Serviceeinrichtung für den Bürger und die Gemeinde versteht, also mit anderen Worten zum Dienstleistungsbetrieb wird und Kundendienst betreibt in Sachen Gemeinwesenstabilisierung, Integration des Gemeinwesens und seiner Bürger. Letzteres kann sie noch nicht, weil sie nicht entsprechend ausgebildet wurde. In Kanada etwa findet eine solche Ausbildung der Polizei statt. Wir müssen die Auswirkungen abwarten, hat die Polizei doch intrinsische Neigungen, sofort alles zu okkupieren, womit sie betraut wird. Dann freilich wäre dieses Modell zum Scheitern verurteilt. Was die Gemeinde betrifft, also die Stadt, aber auch jedes Dorf, so soll Polizei nach diesem Modell nicht mehr nur für Ordnung sorgen, sondern auch für Sicherheit. Das bedeutet, die Gemeinde muss sich jetzt neu überlegen, was sie tun kann, damit die Bürgerinnen und Bürger sicherer leben können, sich wohler fühlen. Und der Bürger muss allmählich lernen, Sicherheit nicht mehr nur zu konsumieren, sie abzufragen und einzufordern, sondern sich an ihrer Herstellung zu beteiligen. Wenn solch ein Modell klappen würde – ich spreche von einem Idealfall, tatsächlich gibt es so etwas noch nicht -, dann könnte das dazu führen, dass die Gefahr der weiteren Anonymisierung, der weiteren Desintegration des Gemeinwesens, der Entmischung, der Segregation, der Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen gemildert wird, ich sage nicht: gebannt wird. Das verlangt völlig neue Konzepte. Meiner Erinnerung nach hat man auch in Hamburg versucht, Einwohnerversammlungen anzuberaumen und dafür in der Öffentlichkeit geworben; nur ist kaum jemand gekommen, obwohl die erklärte Bereitschaft, sich an Sicherheitsveranstaltungen zu beteiligen, groß ist. Um Sicherheit von unten herzustellen und nicht von oben herbeizuführen, das ist ja die Idee, müssten alle mitmachen.

INGRID BRECKNER. *Noch eine Rückfrage, weil Sie sagten, die Polizei sei für gemeinwesenorientierte Kriminalprävention nicht hinreichend ausgebildet: Gibt es in Deutschland, z.B. an Fachhochschulen für das Polizeiwesen oder vergleichbaren Institutionen, erste Schritte in diese Richtung? In Norditalien existieren inzwischen Ausbildungsgänge für die kommunale Polizei in Zusammenarbeit mit Universitäten und in Holland dienen große Tagungen diesem Zweck, wobei sogar der Gender-Aspekt im Polizeidienst Berücksichtigung findet. Was gibt es diesbezüglich in der Bundesrepublik?*

KLAUS SESSAR. Community policing, auch in Form des idealtypischen Dreiermodells: Polizei – Bürger – soziale Institutionen gehört wohl an fast allen Polizeifachschulen zum Lehrprogramm, wahrscheinlich als Teil des Themas Kriminalprävention. Eine andere Frage ist die der praktischen Umsetzung, und da habe ich meine großen

Zweifel. Man lehrt so etwas vielleicht, aber ob man darin auch ausgebildet wird? Wird Krisenintervention gelehrt, zu der gehört, im Falle einer Straftat diese auch einmal nicht zu verfolgen, was man als Polizist aber muss? Auch meinen solche Modelle ja Prävention, und ich habe den Eindruck, dass sich die Polizei ungern in eine präventive Ecke drängen lässt, in der sie nicht weiß, ob sie einen messbaren Erfolg vorzeigen kann. Das ist ja das Problem bei der Prävention: Es kann sehr gut sein, dass der Erfolg sowieso nicht eingetreten wäre, also auch ohne Beteiligung der Polizei. Wir kennen das aus der Medizin, dort heißt es Spontanremission, und aus der Jugendkriminalität, dort nennen wir es Spontanbewährung. Etwas anderes gilt für die Verfolgung von Straftaten und Straftätern. Deren Erfolge kann man messen. Ich habe den Eindruck, dass da noch große Hemmschwellen überwunden werden müssen.

Das Gegenstück zu community policing ist die Praxis der „zero-tolerance“ als Bestandteil polizeilicher Prävention durch Repression. Sie bedeutet, dass man nicht vergibt und nirgends wegsieht (einmal unabhängig davon, dass dies praktisch nicht durchzuhalten ist), auch und vor allem bei kleinsten Abweichungen wie Biertrinken auf der Straße oder aggressivem Betteln, falls das verboten ist. Sowieso bei Graffiti. Ich habe aus der Presse den Fall einer Frau in New York, die wegen Schwarzfahrens in der U-Bahn dran war, weil sie ihre Einkaufstasche neben sich auf den Sitz gestellt hatte, für diesen Sitz aber nicht bezahlt hatte; also war ihre Tasche schwarzgefahren. Je intoleranter das Konzept ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von polizeilichen Übergriffen. In der Kriminologie gibt es die Überlegung, wonach Gewalt Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sozusagen dazu gehört; wird sie dann an einer Stelle unterdrückt, taucht sie an einer anderen Stelle wieder auf. In New York war das offenbar bei der Polizei der Fall. Zwischen 1993 und 1997 gab es ungefähr 25.000 Beschwerden, und über 90 Millionen \$ musste die Stadt an Opfer von Polizeiübergriffen zahlen. Ein anderes Problem wird unter Verdrängung und Verlagerung diskutiert: Zum Teil sind Gewalt-Probleme nämlich in Nachbarstädte oder Nachbarstaaten verdrängt worden. Diese stöhnen dann unter den Drogenabhängigen, die New York ihnen durch Vertreibung aufgehalst hat. Kein Zweifel aber, die Kriminalität ist in der Stadt erheblich zurückgegangen. Nur, sie ist in der gleichen Zeit auch in anderen Städten zurückgegangen, wo das New Yorker Modell nicht galt, etwa in Chicago, San Diego und Boston. Insgesamt wird der Rückgang der Kriminalität daher auch mit drei Faktoren in Verbindung gebracht: mit dem Sinken der Arbeitslosigkeit, mit der demographischen Entwicklung, also auch der Abnahme der am stärksten belasteten Bevölkerungsgruppe der jungen Männer, und mit dem Abebben der Drogenwelle. Gleichwohl muss eingeräumt werden, dass der Rückgang der Kriminalität größer war als der in Chicago, das stimmt schon.

INGRID BRECKNER. *„Zero tolerance“-Politiken setzen offenbar hohe Gefängniskapazitäten voraus. In welchem Verhältnis stehen die hierfür erforderlichen öffentlichen Mittel zu damit verbundenen Problembewältigungschancen?*

KLAUS SESSAR. Es geht um die amerikanische Gesellschaft, die, um es einmal schonend auszudrücken, einer gewalttätigen Philosophie folgt – violence as the American way of life, wie die Amerikaner selbst sagen –, und das ist dann nicht nur die Frage, ob sie viel Gewaltkriminalität hat, das ist auch die Frage, wie man darauf reagiert. Amerika hat die wohl stärkste Gefängnispopulation der Welt, nämlich knapp 2 Millionen; pro Hunderttausend der Wohnbevölkerung gerechnet sind dies knapp 700 Gefangene, in Deutschland knapp 100. Und das sind Stichtagsstatistiken, nicht Zugangsstatistiken, dann sähe alles noch viel dramatischer aus. In Kalifornien hat der Haushaltstitel für den Strafvollzug den für das Soziale überholt; das heißt, es gibt mehr Ausgaben für den Strafvollzug als für soziale Fürsorge oder was immer man unter diesem Titel untergebracht hat. In Kalifornien ist es so, dass, wenn jemand zum dritten Mal wegen einer Straftat verurteilt wird, egal um welches Delikt es sich gehandelt hatte, er für diese dritte Tat 25 Jahre oder lebenslang bekommt. Auch dann, wenn alle drei Taten vielleicht nur Diebstähle gewesen waren. Ich nenne so etwas die Gewaltphilosophie der Amerikaner, vielleicht könnte man auch sagen: ihre Gewaltphantasien. Wenn ein wegen eines Sexualdelikts verurteilter Gefangener entlassen wird, dann gibt es Staaten, die ihn zwingen, dies öffentlich zu offenbaren, zum Beispiel mit einem Schild am Gartenzaun, oder dadurch, dass seine Daten bei der Polizei eingesehen werden können.

INGRID BRECKNER. *Welche Akteure wünschen Sie sich als Kriminologe außer Polizei und Justiz zur Mitwirkung in der Gestaltung städtischer Sicherheiten?*

KLAUS SESSAR. Die Polizei auf jeden Fall. Die Polizei hat Ressourcen, auf die ich nicht verzichten könnte. Ich würde die Stadtentwicklung dazunehmen, die Architekten, nach all dem, was ich vom Zusammenhang zwischen Stadtarchitektur und Kriminalitätsentwicklungen verstanden habe. Ich würde die Schulen hinzunehmen, ebenso Ämter und Behörden, die mit Jugend zu tun haben. Unter allen Umständen Institutionen, die mit Ausländern zu tun haben, also die Ausländerbeauftragten. Und unter allen Umständen die Drogenbeauftragten und die Politik natürlich.

INGRID BRECKNER. *In Hamburg versucht die Politik sich weitgehend selbständig und mit umstrittenen Konzepten an das Werk der Sicherheit zu machen. Was sagen Sie so aus kriminologischer Perspektive dazu?*

KLAUS SESSAR. Eine Antwort darauf verlangt mehr als einen Satz. Der Innensenator hat ja versprochen, die Kriminalitätsrate binnen hundert Tagen halbieren zu wollen. Wir Kriminologen haben dies durchaus auch für möglich gehalten, und zwar durch eine Kampagne, mit der die Bürger überzeugt werden müssten, bei Straftaten in Zukunft nicht mehr zur Polizei zu gehen. Die von der Polizei verwaltete Kriminalstatistik, die wir ja alle für die Berechnung der Kriminalitätsentwicklungen zur Hand

nehmen, ist zu 95% eine Anzeigestatistik. Das heißt, wenn jemand sich als Opfer einer Straftat entschließt, zur Polizei zu gehen, dann findet diese Anzeige Aufnahme in die Statistik. Damit haben wir eine Information. Geht er oder sie nicht zur Polizei, fehlt uns diese Information. Die Addition all dessen, was im Laufe eines Jahres angezeigt wird, ist dann die polizeiliche Kriminalstatistik von Hamburg bzw., durch Addition der Daten aller Bundesländer, des Bundes. So läuft das, mehr ist es nicht. Die Polizei kann selbst keine Kriminalität, es sei denn durch Zufall, entdecken. Ausnahmen sind Straßenverkehrs- und Drogendelikte, hier und da auch noch Wirtschafts- oder Umweltdelikte. Das heißt, wir wissen eigentlich nicht, ob der Anstieg der Kriminalität von einem Jahr zum nächsten auf mehr Kriminalität oder auf mehr Anzeigen zurückzuführen ist. Kleines Beispiel. Es gab eine sehr interessante und für uns alle sehr wichtige Befragung zur Schulgewalt in Hamburg, daneben in Leipzig, Hannover, Stuttgart und Kiel. Das waren Befragungen von Schülern und Schülerinnen der neunten Jahrgangsstufe darüber, ob sie Opfer von Gewalt im Zusammenhang mit der Schule (Schulhof, Schulklasse, Schulweg) geworden und bzw. oder ob sie Täter solcher Delikte gewesen waren. Diejenigen, die sich als Opfer einer Gewalttat zu erkennen gaben, wurden dann gefragt, ob die Polizei hiervon erfahren habe (regelmäßig auf dem Weg einer Anzeige durch das Opfer selbst, durch Mitschüler, die Schule oder die Eltern). Das Ergebnis hier in Hamburg war, dass nur in 14% der Fälle die Polizei davon erfahren hatte, in 86% der Fälle also nicht. Man könnte sich nun lange darüber unterhalten, ob es vielleicht sogar richtig ist, wenn die Polizei davon nichts erfährt, um das pädagogische Klima nicht zu stören, wenn sie zu Ermittlungszwecken in die Schulen geht; das ist hier nicht der Punkt. Der Punkt ist: 86% Dunkelfeld von Schulgewalt in Hamburg, 9. Jahrgangsstufe, zweimal abgefragt im Abstand von zwei Jahren. Mit Kampagnen à la Ex-Senator Schill,<sup>2</sup> die Schüler, Lehrer und Eltern auffordern, in Zukunft solche Vorkommnisse anzuzeigen, ließe sich vermutlich eine immense Steigerung der Jugendgewaltkriminalität erzielen. Medien und andere öffentliche Akteure würden aufheulen, obwohl nichts anderes passiert, als eine Aufforderung, konsequenter zur Polizei zu gehen. Besagte Steigerung wäre eine statistische; sollte es wirklich auch eine Steigerung von Kriminalität gegeben haben, würden wir das nicht erfahren. Deshalb habe ich gesagt, die einzige Möglichkeit, statistisch zu einer deutlichen, über ein paar Prozente hinausgehenden Reduktion der Kriminalität zu kommen, ist, weniger anzuzeigen.

2 Früherer Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg.

Klaus Sessar

## Kriminologie und urbane Unsicherheiten

### 1. Einführende Bemerkungen

Die Kriminologie ist als eine sozialwissenschaftliche Disziplin bekannt, die traditionell nach den Gründen oder Ursachen kriminellen Verhaltens fragt. Da sie als Hilfswissenschaft des Strafrechts begann, waren ihr unter dem Aspekt der Kriminalitätsverhütung abschreckende und bessernde Strafen vertrauter als etwa sozial- und kommunalpolitische Maßnahmen. Das bedeutete anfangs eine Fokussierung auf das Individuum und seine kriminovalenten Merkmale (z. B. Sozialisationsstörungen, gar Erbanlagen), deren Kenntnis für ihre Beherrschbarkeit nutzbar gemacht werden sollte. Soweit Kriminalität als Gesamtproblem der Gesellschaft wichtig wurde, sorgten sich kriminalsoziologische Theorien um Zusammenhänge etwa mit Armut, mit subkulturellen Milieus, zerrütteten Familienstrukturen, der Integrationsunwilligkeit gegenüber Fremden, Gewalt in den Medien oder mit der Verfügung über Waffen oder mit Erosion des Gemeinwesens.

Der Zusammenhang zwischen Stadtstruktur und Kriminalität wurde schon sehr früh gesehen und hatte mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Urbanisierung und Pauperisierung der Gesellschaften zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu tun. Erstmals offenbar in Manchester wurden Untersuchungen zu Stadtvierteln unternommen, die sich beispielsweise auf den Zustand der Häuser, die Anzahl der Kneipen (zur Messung der Verbreitung von Alkohol) und die soziale Situation der Bewohner (Hunger, Krankheiten, Sterblichkeit, usw.) bezogen. Ein derartiges erstes „Mapping“ wurde auch in Paris durchgeführt, wo durch Zählung der Bettler, Prostituierten, Diebe, Betrüger, Spieler, usw. für einzelne Stadtviertel eine Art, wie man das früher nannte, „Topographie der Moral“ entstand.<sup>1</sup>

Man betrachtete später solche Studien als Vorläufer von Untersuchungen zur stadtstrukturell bedingten Verteilung der Jugendkriminalität in Chicago in den 1920er Jahren, die zu Aufsehen erregenden Befunden führten. Die Forscher unterteilten die Stadt vom Zentrum zur Peripherie in Zonen und fanden mit Hilfe offizieller Statistiken heraus, dass die Kriminalitätsdichte um das Stadtzentrum mit seinen Banken

1 *J.Ph. Kay*, *The Moral and Physical Condition of the Working Classes employed in the Cotton Manufacture in Manchester*, 2.Aufl., London 1832; *B.W. Neale*, *Juvenile Delinquency in Manchester. Its Causes and History, its Consequences and Some Suggestions Concerning its Cure*, Manchester 1840; *H.A. Frégier*, *Des classes dangereuses de la population dans les grandes villes*, Bruxelles 1840; Zum Ganzen *A. Mechler*, *Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie*, Göttingen 1970, S. 123 ff.

und Geschäften (den sog. Loop) am stärksten war und sich zu den Stadträndern hin kontinuierlich abschwächte. Das Bemerkenswerte war dabei, dass diese konzentrische Kriminalitätsverteilung unabhängig von den die Stadt durchziehenden Immigrationswellen (zuerst Deutsche, Iren und Engländer, später Polen und Italiener) beobachtet wurde. Dieser statistische Teil der Studie wurde durch zahlreiche Lebensberichte jugendlicher Delinquenten qualitativ angereichert. Die Schlussfolgerung aus den Untersuchungen, die in anderen amerikanischen Städten wiederholt wurden und zu ähnlichen Ergebnissen führten, war, dass es nicht so sehr auf die ethnische Herkunft und Zusammensetzung der Bewohner, sondern auf den ökonomischen, kulturellen und sozialen Zuschnitt der betreffenden Zonen ankam, um deren Kriminalitätsaufkommen erklären zu können. Dieses korrelierte nämlich hoch mit Säuglingssterblichkeit, Typhuserkrankungen, Überbevölkerung oder hohen Anteilen an Fürsorgeempfängern, also mit einer erbärmlichen lokalen Sozialstruktur. Manches sprach mit anderen Worten dafür, dass besagte Stadtteile eher Kriminalität hervorbrachten („generator“) als dass sie diese anzogen („receptor“), d.h., die kriminelle Belastung wurde groß, weil die Gegend heruntergekommen war und weniger, weil Kriminalität sie dazu gemacht hatte.<sup>2</sup> Kriminalprävention ist in einem solchen Fall nur durch Einwirkungen auf die Sozialstruktur vorstellbar. Wenn nämlich eine soziale Desorganisation der Stadt oder bestimmter Zonen eine wesentliche Wurzel des Kriminalitätsproblems sind, dann kann die Abhilfe nur in der Wiederherstellung der sozialen Organisation liegen – mit der Konsequenz einer sich aus einer funktionierenden Gemeinschaft fast von selbst ergebenden sozialen Kontrolle.<sup>3</sup> Denn dann ist es nicht nur der Täter, der Re-Sozialisierung benötigt, sondern auch, und weitreichender, das Gemeinwesen. (Wobei wir aufpassen müssen, hochbelastete Stadtquartiere nicht zu pathologisieren, um nicht diejenigen, die dort zu leben gezwungen sind, gleich mit zu stigmatisieren und Teufelskreise entstehen zu lassen.)

Das Interesse an derartigen stadtoökologischen Zusammenhängen ging in der Folgezeit verloren und kam erst wieder auf, als die Kriminalitätsforschung „die Tat“ zu entdecken begann. Mehrere Beobachtungen kamen zusammen:

- a) Das Bild vom ausnahmsweisen Täter passte irgendwann nicht mehr, als sich herausstellte, dass Kriminalität aus modernen Gesellschaften zwar wegzuwünschen, aber nicht wegzudenken ist, dass sie in allen Bevölkerungskreisen zu Hause ist

2 Zum Ganzen *H.-D. Schwind*, *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*, Heidelberg 2003, S. 133 ff. Der für diesen Forschungskomplex zur Verfügung stehende Begriff war der der Humanökologie (oder Sozialen Ökologie), der besagt, dass die Menschen in einer Wechselwirkung zu ihrer (räumlichen) Umgebung stehen, dass sie auf der einen Seite ihr Umfeld formen und nutzen und auf der anderen Seite von ihm geformt und zu vielerlei Anpassungen gezwungen werden.

3 Vgl. auch *G. Korfes / K. Sessar*, Sicherheitspartnerschaften in Brandenburg. Kommunalpolitische Aspekte eines kriminalpräventiven Modells, in: *KommunalPraxis*, 8 (1999), S. 13 ff. (S. 16 f.).

und lediglich die Art des Delikts bevölkerungsspezifisch variieren mochte. Damit gingen den Kriminologen manche ihrer bisherigen kriminologischen Theorien (und allen übrigen manche ihrer gängigen Alltagstheorien) verloren, denn es ist natürlich schwierig, ein allgemein verbreitetes, sozusagen normales Phänomen mit Persönlichkeitsdefekten erklären zu wollen. Eine flüchtige Erklärung, wenn es denn eine ist, ist die vielfach beobachtete und diskutierte Ablösung des innengelenkten Menschen, dem Handlungsmaßstäbe wie Moral, Gewissen, Schuld oder Scham zur Verfügung stehen, durch den zunehmend außengeleiteten Menschen, dessen Handlungen externer Kontrollen bedürfen, um normkonform zu bleiben.<sup>4</sup> Ein solches Menschenbild hat starke utilitaristische, um nicht zu sagen hedonistische Züge; ihm zufolge stellt der Mensch in seinem – legalen wie illegalen – Streben nach Lustgewinn und Gewinnmaximierung ständige Kosten-Nutzen-Analysen an. Eine Straftat wird dann begangen, wenn die errechneten Kosten gegenüber dem zu erwartenden Nutzen geringer ausfallen, bzw. sie wird im umgekehrten Fall unterlassen. Höhere Kosten wären etwa schwer überwindbare Kontrollen oder das Risiko des Erwischtwerdens (sog. Theorie der rationalen Wahl).<sup>5</sup> Die Triftigkeit dieses Ansatzes ist einstweilen umstritten; er würde aber erklären helfen, warum die Appellfunktion des Strafrechts, die sich ja an innere Kontrollinstanzen richtet, immer weniger funktioniert, weshalb verstärkt auf Kriminalitätskontrollen einschließlich Kriminalprävention, gesetzt wird.

- b) Damit hängt eine weitere Entwicklung zusammen, die der Einbeziehung des (potentiellen) Opfers in alle theoretischen Überlegungen der Verbrechenverhütung. Nachdem man erkannt hatte, dass Täter ihre Opfer nur selten zufällig aussuchen, vielmehr Kriterien des Erfolgs bzw. Misserfolgs einsetzen und das wesentlichste Kriterium die Verwundbarkeit des potentiellen Opfers ist, versuchte man, Merkmale der Schutzlosigkeit herauszuarbeiten und zu systematisieren, um künftige Opferwerbungen zu reduzieren. Das war ganz vordergründig zunächst die physische Unterlegenheit von Kindern, Frauen, alten und behinderten Menschen; das waren später die exponierten Lebensmilieus bestimmter Bevölkerungsgruppen, und schließlich erschloss man das raumzeitliche Koordinatensystem alltäglicher Lebensabläufe mit ihren unterschiedlichen Risiken und Gefahren. Zum Forschungsgegenstand wurde die Gelegenheit oder Situation (also die potentielle Tat), die weniger herbeigeführt als ausgenutzt wird.<sup>6</sup>
- c) Die systematische Befassung mit Opfern, potentiellen Opfern und Gefahren der Opferwerdung erhielt sehr bald eine weitere Dimension: die Furcht vor Krimina-

4 Vgl. *D. Riesman*, *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*, Reinbek bei Hamburg 1958.

5 *K. Sessar*, *Zu einer Kriminologie ohne Täter – Oder auch: Die kriminogene Tat*, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 80 (1997), S.1 ff. (S. 7 ff.).

6 *K. Sessar* (s. A 5).

lität. Ihre Bedeutung lag u.a. in der Beeinträchtigung der Lebensqualität, im Zwang zu spezifischen Formen der Daseinsvorsorge, Vermeide- und Schutzverhalten genannt, bis man irgendwann merkte, dass sich die so genannte Kriminalitätsfurcht auch auf Merkmale sozialer Unordnung beziehen konnte, genauer: das, was als Furcht vor Kriminalität geäußert wurde, konnte auch zerstörte Telefonzellen, Straßen voller Müll, aggressives Betteln, Graffiti, kurz: verwahrloste Nachbarschaften und Wohnbereiche meinen, die weder Wohlfühl noch Sicherheit gewährleisten. Konkrete Furcht und diffuse Ängste vermischten sich und gingen in neuere Forschungen unter dem Aspekt übergreifender Unsicherheiten ein, die unsere Alltagswelten prägen.

- d) All das zwingt ganz automatisch zur Einbeziehung des (Stadt)Raums, wobei man auf die Kommune und ihre Bewohner als eine bislang noch nicht entdeckte, zumindest nicht genutzte Ressource für die Herstellung allgemeiner Sicherheiten gestoßen ist. Und das alles fließt, nun wieder auf die Kriminalität bezogen, in die (nicht ganz so neue) Überlegung ein, dass sie am besten zu bekämpfen ist, bevor sie geschieht – mit Hilfe einer Sozial-, Integrations- und Kommunalpolitik, unter Beteiligung der Kommune und ihrer Bewohner.

Damit haben sich wie von ungefähr zwei auch mit dem (Stadt)Raum in Verbindung stehende Forschungsrichtungen unter dem Aspekt kommunaler (Kriminal)Prävention und der Herstellung bzw. Gewährleistung von Sicherheitsgefühlen herausgestellt. Es ist zum einen die den Zusammenhang zwischen Desorganisation und Kriminalität nutzende Vorstellung, dass eine intakte Sozialstruktur präventiv wirkt und Unsicherheiten bindet. Es ist zum anderen die Erwartbarkeit von Kriminalität, wenn das Gemeinwesen nicht so organisiert ist, dass es auf das, was ihm lieb und teuer und wichtig ist, aufpasst. Das bedeutet die strukturierte Übertragung der Eigenverantwortung auf Mitverantwortung unter dem Aspekt der Selbststeuerung, um Lebensqualität zu sichern.<sup>7</sup>

## 2. Kriminalität in der Stadt

Seit ihrer Zählung steigt Kriminalität, wenn man nur größere Erfassungszeiträume ansetzt, stetig an: Während im Jahre 1954 bezogen auf 100.000 der jeweiligen Wohnbevölkerung 2.910 Straftaten polizeilich registriert wurden, waren es im Jahre 2002 schon 7.893, also ca. 170% mehr. Im Jahre 2002 wurden bundesweit von der Polizei

<sup>7</sup> Vgl. hierzu J. Obergfell-Fuchs, Ansätze und Strategien Kommunaler Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg i. Br. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. 95. Freiburg i.Br. 2001, S. 20 ff.

6.507.394 Straftaten registriert.<sup>8</sup> Dazu kommt ein immenses Dunkelfeld, das durch hierauf bezogene Forschungen nur partiell berechnet werden kann. Das Dunkelfeld wird entweder durch Opferbefragungen (victim surveys) oder durch Täterbefragungen (self-report studies) aufzuhellen versucht. Legt man die Ergebnisse aus Opferbefragungen zugrunde (repräsentativ ausgewählte Personen werden etwa danach gefragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten Opfer eines der ihnen vorgelegten Delikte geworden waren, ggf. ob sie, oder jemand anderes, es bei der Polizei angezeigt hatten), so kommt man häufig auf eine Relation von grob 1:1. D.h. auf ein angezeigtes Delikt kommt ein nicht angezeigtes. Dieses Bild sieht anders aus, wenn nach Delikten differenziert wird. Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche werden nicht zuletzt aus Versicherungsgründen überwiegend angezeigt, sehr viel seltener andere Arten von Diebstählen oder gar Körperverletzungen.<sup>9</sup> Besonders selten angezeigt wird Gewalt in der Familie oder der Schule. Und dann gibt es den großen Bereich der misshandelten oder missbrauchten Kinder sowie der misshandelten oder „sträflich“ vernachlässigten alten Menschen, die keine Beschwerdemacht oder „Lobby“ haben. Und es fehlt der Riesenbereich unerkannt bleibender Wirtschafts- und Berufskriminalität. Letztendlich übersteigt das Dunkelfeld das Hellfeld um ein Vielfaches.

Damit nicht genug ist die Aufklärung angezeigter Straftaten nicht sehr hoch (53% im Jahre 2002, bezogen auf alle registrierten Delikte). Aufklärung meint, dass die

<sup>8</sup> Zahlen aus der *Polizeilichen Kriminalstatistik* für die Bundesrepublik Deutschland, jeweilige Jahrgänge. Der Vergleich im Längsschnitt kann nur ein Anhaltspunkt sein. Etwa wurden 1954 noch Straßenverkehrsdelikte, soweit es sich nicht um reine Übertretungen gehandelt hatte, mitgezählt (seit 1963 nicht mehr). Auch galt damals die sog. Eingangserfassung, d.h., das Delikt wurde mit dem Zeitpunkt seiner Registrierung in die Statistik eingetragen (seit 1971 mit dem Zeitpunkt der Verfahrensabgabe an die Staatsanwaltschaft, also nach den Ermittlungen). Zwischenzeitliche Gesetzesänderungen, die so gut wie immer die Strafbarkeit von Verhalten erweiterten, trieben die Kriminalität zusätzlich in die Höhe. Was den Berichtsraum betrifft, so wurde 1957 das Saarland einbezogen, 1991 Ostberlin als Teil von Gesamtberlin, 1993 alle neuen Bundesländer, doch kann man wegen Übergangsschwierigkeiten erst seit 1995 von zuverlässigen Fallregistrierungen insgesamt sprechen (*Polizeiliche Kriminalstatistik 2002*, Bundeskriminalamt Wiesbaden 2003, S. 26). Die Gebietserweiterungen und damit einhergehenden Bevölkerungszunahmen werden durch die Berechnung der sogenannten Häufigkeitsziffer, also der Straftaten pro 100.000 der jeweiligen Wohnbevölkerung, kontrolliert.

<sup>9</sup> In einer internationalen Opferbefragung mit Beteiligung von elf Ländern (ohne Deutschland) im Jahre 1996 lag die durchschnittliche Anzeigequote bei 52%; sie reichte von 94% bei Autodiebstahl über 83% bei Wohnungseinbruch zu 38% bei Körperverletzungen und Bedrohungen; P. Mayhew / J.J.M. van Dijk, *Criminal Victimization in Eleven Industrial Countries. Key findings from the 1996 International Crime Victims Survey*, Den Haag 1997, Appendix 4, Tabelle 9. In einer entsprechenden Befragung in Bochum wurde für 1998 eine Dunkelzifferrelation von 1:8 beim einfachen Diebstahl, von 1:2 beim schweren Diebstahl und von 1:3 bei der Körperverletzung ermittelt; H.-D. Schwind / D. Fetchenbauer / W. Ahlborn / R. Weiß, *Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975 – 1986 – 1998*, Neuwied 2001, S. 140.

Polizei einen Tatverdächtigen benennen kann (unabhängig davon, ob die Justiz ihm später die Tat in einer für eine Verurteilung ausreichenden Weise nachweisen kann). Es mögen Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche regelmäßig angezeigt werden; ihre Aufklärungsquoten betragen im Jahre 2002 31% bzw. 18% (Fahrraddiebstahl 10%, Raub in der Öffentlichkeit 43%, Vergewaltigung/sexuelle Nötigung 80%, gefährliche Körperverletzung in der Öffentlichkeit 78%). Hohe Aufklärungsquoten haben meist damit zu tun, dass der Anzeigeerstanter Angaben zum Täter machen kann, also vornehmlich im Gewaltbereich oder bei Betrug (bei sog. Beziehungsdelikten). Wo dies wie bei Eigentumsdelikten selten der Fall ist, wird eine aufwändige Ermittlungsarbeit nötig, die meist nur von einem mäßigen Erfolg gekrönt ist. Insgesamt sind nach Schätzungen etwa 10% der aufgeklärten Fälle auf polizeiliche Ermittlungsarbeit zurückzuführen.<sup>10</sup> Die Polizei räumt selbst ein, dass sie auch bei verbesserter Ausstattung nicht in der Lage wäre, „mittels Gefahrenabwehr und durch Strafverfolgung einen beachtlichen Prozentsatz der bekannt gewordenen Delikte aufzuklären“.<sup>11</sup>

Die Kriminalität, die wir haben, werden wir nicht los, schon gar nicht mit den herkömmlichen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln. Wir müssen daher umdenken. Nicht zuletzt in den Städten. Dort wächst die Kriminalität mit der Größe der Gemeinden. Abermals bezogen auf 100.000 der Wohnbevölkerung lag im Jahre 2002 die Häufigkeitsziffer in Gemeinden bis 20.000 Einwohnern bei 4.550 (Raub: 21), in Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern bei 7.788 (62), in Städten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern bei 10.385 (101) und in Städten darüber bei 14.854 (204). Kriminalität ist seit jeher ein Problem der Großstadt; sie ist „eine Arena für Gewalt“.<sup>12</sup> Welche soziologischen oder ökonomischen Theorien die Kriminologie immer formuliert hat, sie sind sehr oft im Wissen um die desaströsen Bedingungen der Großstadt entstanden oder haben ihre Pointierung dadurch erhalten. Insgesamt eignen sich nicht wenige der in der Stadtsoziologie herausgearbeiteten Merkmale moderner Großstädte dafür, mit Kriminalitätsentwicklungen erfolgreich in Verbindung gebracht zu werden: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Armutsviertel, Segregation, Marginalisierung und gesellschaftliche Isolation, Migrationen, Großsiedlungen, usw. Der Hauptnenner für all diese Erscheinungen ist die Desintegration des urbanen Raums.

10 Vgl. K. Sessar, Von der Repression zur Prävention: Paradigmawechsel oder Falle?, in: J. Fehérváry / W. Stangl (Hrsg.), Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analyse disparater Entwicklungen, Wien 2001, S. 133 ff.

11 E. Kube, Polizeitheorie und Polizeikultur, in: G. Köbler / M. Heinze / J. Schapp (Hrsg.), Geschichtliche Rechtswissenschaft, Gießen 1990, S. 313 ff.

12 M. Eisner, Das Ende einer zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt a.M. 1997, S. 128.

Ein Ergebnis liegt schon vor. Die Zonentheorie der Amerikaner hat sich in Europa nur abgeschwächt oder gar nicht bewährt. In Frankreich ist es offenbar ein strafes Management der Städte durch den Staat,<sup>13</sup> in England ein (unter Umständen slumfördernder) Wohnungs- und Immobilienmarkt,<sup>14</sup> in Deutschland ein die soziale Entmischung bremsender sozialer Wohnungsbau, welche derart zentralisierte Kriminalitätsprobleme verhinderten.<sup>15</sup> Vor allem aber dürfte überall das Phänomen der Deurbanisierung im Sinne einer Flucht der Bewohner aus der (Innen)Stadt in die Randlagen oder auf das Land gelten, das zu einer raumzeitlichen Neuverteilung krimineller Aktivitäten führt.<sup>16</sup> Und es sind die Großstadtsiedlungen, die Trabantenstädte (in Frankreich manche Banlieus) an den Großstadträndern, wo sich ein Großteil der Gewaltkriminalität konzentriert. Die Folge jedenfalls ist häufig, dass „in den Kernstädten eine sozial desintegrierte, individualisierte und von diversen Randgruppen geprägte Gesellschaft entstanden ist, in der wachsenden Segmenten der Bevölkerung die ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen zum Bau stabiler Identitäten und damit zur sozial adäquaten Selbststeuerung fehlen“.<sup>17</sup>

Allerdings gibt es jenseits solcher Großvariablen noch andere Bereiche, in denen Kriminalität Raumcharakter hat. Besagte „Entdeckung“ des (potentiellen) Opfers mit seinen unterschiedlichen Formen von Verwundbarkeit und Schutzlosigkeit meinte auch die Entdeckung der (potentiellen) Tat als Forschungsgebiet; schließlich fallen Opferwerdung und Tat zusammen. Während die Chicagoer Kriminologen untersucht hatten, in welchen gleichbleibenden Zonen der Stadt die jugendlichen Delinquenten zu Hause waren, geht es bei der Tatforschung darum, wo bzw. unter welchen raumzeitlichen Bedingungen Kriminalität geschieht. Natürlich können dann so einfache Ratschläge etwa für Frauen dabei herauskommen, bei Dunkelheit nicht durch Stadtparks zu gehen, doch zielt die Forschung auf Strukturen unterschiedlicher Verwundbarkeit in Abhängigkeit von den Strukturen der Stadt. Beförderungssysteme erweitern beispielsweise nicht nur extern die Mobilität und Flexibilität ihrer Teilnehmer, sondern schränken diese intern auch ein: Sie werden eingesperrt, dirigiert, geschoben und verlieren zeitweilig die Verfügungsgewalt über sich selbst, einschließlich der Möglichkeiten, sich erfolgreich zu schützen. Es werden Wohnhochhäuser gebaut, deren informelle oder natürliche Kontrollen mit jedem Stockwerk abnehmen. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereichen führt zu sog. Schlafstädten, eben-

13 S. Body-Gendrot, *The Social Control of Cities? A Comparative Perspective*, Oxford 2000, S. 181.

14 Vgl. A.E. Bottoms / P. Wiles, *Housing Tenure and Residential Community Crime Careers in Britain*, in: A.J. Reiss / M. Tonry (Hrsg.), *Communities and Crime. Crime and Justice*, Vol. 8., Chicago 1986, S. 101 ff.

15 In Nürnberg hatte man hingegen offenbar etwas Ähnliches gefunden wie in Chicago; H.-D. Schwind (s. A 2), S. 303.

16 A. Crawford, *Crime Prevention & Community Safety. Politics, Policies & Practices*, London 1998, S. 129.

17 M. Eisner (s. A 12), S. 158.

falls mit einem Verlust natürlicher Kontrolle als ihrer Folge. Umgekehrt machen Rotlichtviertel die Nacht zum Tage und erzeugen damit ganz spezifische, dieser Umkehrung zu verdankende Verwundbarkeiten.

Die Absichten laufen daher darauf hinaus, Merkmale des Gemeinwesens, bezogen auf Stadtplanung, Bebauung, Architektur, Gewerbeansiedlung, Parkanlagen, Verkehrsmittel und -wege, Einkaufsmöglichkeiten, Wohngegend und Wohnstil, Kindergärten und Kindertagesstätten, Ausbildungseinrichtungen und Freizeitangebote (Jugend- und Seniorentreffs, Großveranstaltungen) unter dem Aspekt krimineller Attraktivität neu zu sehen. Stadträume und ihre Infrastrukturen dirigieren ganz wesentlich die Kontakte und Interaktionsabläufe der Bewohner untereinander. Daraus ergeben sich deren Alltagsroutinen, und mit ihnen auf der einen Seite eingeschlifene informelle Kontrollen; auf der anderen Seite, manchmal gerade dadurch, Alltagsrisiken, einschließlich denen der Opferwerdung.<sup>18</sup>

Die Kriminologie steht hier noch ganz am Anfang. Sie hat sich, will sie in diesem Bereich weiterkommen, insoweit des angestammten Täterbildes zu entledigen, das davon lebt, dass der Täter kraft seiner aus seinem Innern kommenden Motivationen die Tatsituation herstellt. Nun geht es darum, dass sie bereits existiert und wahrgenommen wird, wodurch jemand zum Täter wird. „Gelegenheit *macht* Diebe“ kann, wenn man so will, zur neuen Kriminalitätstheorie werden.<sup>19</sup> Ihr zur Seite stehen sehr pragmatische Ansätze, z.B. der „Routine Activity Approach“, der nur drei Bedingungen für die Begehung einer Straftat gelten lässt: einen motivierten Täter, mit den Fähigkeiten, seine Motive umzusetzen; ein attraktives Objekt (Personen, Sachen), also eine günstige Gelegenheit, und die Abwesenheit einer hierauf bezogenen situativen, natürlichen oder technischen Kontrolle bzw. Bewachung, die auch vom Objekt selbst ausgehen kann (Selbstschutz). Individuelle Tätermerkmale werden nicht bestritten, sind aber spezifischen Typen von Kriminalitätsbegehung vorbehalten. Die meisten Tatmotivationen ergeben sich dem Ansatz zufolge aus den Gelegenheiten selbst.<sup>20</sup>

Dieser ganze Bereich läuft unter dem zusammenfassenden Begriff der „situativen Kriminalprävention“, worunter nicht nur die Verhinderung von Alltagskriminalität durch persönliche oder institutionelle Vorsorgen verstanden wird, sondern auch die Um- oder Neugestaltung des Stadtraums, um Kriminalität zu erschweren.<sup>21</sup>

18 K. Sessar (s. A 5), S. 9.

19 M. Felson / R.V. Clarke, Opportunity makes the thief. Home Office Police Research Series 98, London 1998.

20 L.E. Cohen / M. Felson, Social Changes and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach, in: American Sociological Review, 44 (1979), S. 588 ff. M. Felson, R. V. Clarke, Routine Precautions, Criminology, and Crime Prevention, in: H. D. Barlow (Hrsg.), Crime and Public Policy. Boulder, CO, S. 179 ff.

21 R.V. Clarke (Hrsg.), Situational Crime Prevention, Successful Case Studies. New York 1992.

### 3. Kriminalitätsfurcht in der Stadt

Kriminalitätsfurcht wird in Anlehnung an sozialpsychologische Modelle zur Angstforschung häufig mit drei Komponenten gemessen: ob man sich nach Einbruch der Dunkelheit draußen allein in seinem Wohnviertel oder im Stadtzentrum unsicher fühlt (affektiv); inwieweit man es für wahrscheinlich hält, demnächst Opfer einer Straftat zu werden (kognitiv); und ob man gegenüber befürchteten Straftaten Schutzmaßnahmen ergreift bzw. diesbezüglichen Gefährdungen aus dem Weg zu gehen versucht (konativ).

Auch die solcherart gemessene Furcht korreliert mit der Größe der Gemeinden. In einer nach der Wende zum Zusammenhang zwischen Umbruch und Kriminalität durchgeführten repräsentativen Befragung von Bewohnern der neuen und alten Bundesländer (1993) sahen einige Verteilungen, bezogen auf Gemeinden der alten Bundesländer bis 20.000, bis 50.000, bis 100.000, bis 500.000 und über 500.000 Einwohner wie folgt aus. Die „Unsicherheit abends allein im eigenen Wohnviertel“ stieg von 29% in den kleinsten auf 50% in den größten Gemeinden (bezogen auf das Stadtzentrum von 32% auf 55%. Die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, demnächst „Opfer eines Raubüberfalls zu werden“, wurde von 10% in der kleinsten und von 25% in der größten Gemeindeklasse bejaht (vgl. Tabelle 1).<sup>22</sup>

	Gemeindegrößenklassen				
	bis 20.000 Einwohner	bis 50.000 Einwohner	bis 100.000 Einwohner	bis 500.000 Einwohner <sup>2</sup>	über 500.000 Einwohner
Unsicherheit im Wohnviertel*	29%	41%	46%	37%	50%
Unsicherheit im Stadtzentrum*	32%	44%	49%	40%	55%
Risikoeinschätzung (Raubüberfall)**	10%	17%	15%	17%	25%

Tabelle 1: Allgemeine Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung bezogen auf einen Raubüberfall nach Gemeindegrößenklassen, alte Bundesländer 1993

(\* zusammengefasst „etwas“ und „sehr unsicher“ gegenüber sehr/ziemlich sicher, in %; \*\* zusammengefasst „ziemlich“ und „sehr wahrscheinlich“ gegenüber nicht und wenig wahrscheinlich, in %).

22 Stichprobengröße N = 2.034 (alte Bundesländer). Vgl. für weitere Berechnungen, auch unter Einbezug der neuen Bundesländer, K. Boers / P. Kurz, Kriminalitätseinstellungen, soziale Milieus und sozialer Umbruch, in: K. Boers / G. Gutsche / K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, Opladen 1997, S. 197 ff. In diesem Werk auch Angaben zu den verwendeten Methoden

23 Der lineare Anstieg abendlicher Unsicherheiten in Entsprechung der Gemeindegrößenklassen ist an dieser Stelle unterbrochen, wofür keine Erklärung gefunden werden konnte. Die Entwicklung der Risikoeinschätzung zeigt ebenfalls Brüche und ist insgesamt weniger stark ausgeprägt.

Man wird vermuten dürfen, dass die Zunahme einer auf diese Weise gemessenen Kriminalitätsfurcht zur Kriminalitätszunahme in Parallele steht, also reale Hintergründe hat. Allerdings gibt es in der kriminologischen Forschungsliteratur auch die Überlegung, ob dieser Zusammenhang zwischen Kriminalität und der Furcht davor, wenn freilich grundsätzlich nicht bestritten, so doch nicht alles erklärt. Es ist ja so, dass auch die negativen Einstellungen gegenüber Problemen der Gemeinde, in der man wohnt, mit ihrer Größe zunehmen, wobei ebenfalls vermutet werden kann, dass größere Gemeinden desorganisierter sind als kleinere. Wiederum bezogen auf die Umbruchforschung von 1993 verschärften sich die auf den eigenen näheren Wohnbereich bezogenen Problemsichten der befragten Bewohner in Abhängigkeit von der Gemeindegröße: bei Schmutz und Müll auf der Straße von 20% (bis 20.000 Einwohner) auf 52% (über 500.000 Einwohner), bei Betrunkene auf der Straße von 21% auf 56%, bei heruntergekommenen Gebäuden von 12% auf 24% und bei zerstörten Telefonzellen von 19% auf 45% (vgl. Tabelle 2).

	Gemeindegrößenklassen				
	bis 20.000 Einwohner	bis 50.000 Einwohner	bis 100.000 Einwohner	bis 500.000 Einwohner	über 500.000 Einwohner
<b>Schmutz und Müll in den Straßen*</b>	20%	25%	36%	40%	52%
<b>Betrunkene auf der Straße*</b>	21%	28%	37%	43%	56%
<b>Heruntergekommene Gebäude*</b>	12%	12%	14%	22%	24%
<b>Zerstörte Telefonzellen*</b>	19%	24%	44%	43%	45%

Tabelle 2: Problemsicht gegenüber Anzeichen sozialer Desorganisation im eigenen Stadtteil/Dorf, nach Gemeindegrößenklassen, alte Bundesländer 1993 (\* zusammengefasst „ziemliches“ und „großes Problem“ gegenüber kein und geringes Problem, in %).

Die naheliegende Erklärung, dass Kriminalität dort am ehesten zu Hause ist, wo das Gemeinwesen auch sonst nicht funktioniert, ist zwar nicht falsch, reicht aber nicht aus. Es sind seit den 1980er Jahren vor allem amerikanische Untersuchungen gewesen, die den bis dahin wenig problematisierten Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und Kriminalität aufzulösen versuchten, nachdem herausgefunden worden war, dass sich Unsicherheitsgefühle ebenso wie Risikoeinschätzungen bezüglich künftiger Opferwerdung auch unabhängig von Kriminalität auf ein verfallenes und verwahrlostes Gemeinwesen beziehen konnten. Zwar wurden die methodi-

schen Bedenken gegen diese Art der Untersuchungen bislang nicht ausgeräumt,<sup>24</sup> zumal es schwierig ist, für abgesicherte Untersuchungen genügend Stadträume zu finden, die erhebliche „signs of incivility“ bei gleichzeitig geringer Kriminalität aufweisen, um eine analytische Trennung der Furchtrichtung angemessen durchführen zu können.<sup>25</sup> Wenn gleichwohl ernstzunehmende Anhaltspunkte für derartige Trennungen in einem Land gefunden wurden, das unvergleichlich größere Probleme mit daniederliegenden Stadtquartieren hat als (die meisten) europäischen Länder bzw. Städte, um wie viel mehr müssen derartige Befunde ernst genommen werden, wo wie bei uns bisweilen ähnliche Unsicherheiten bei gleichzeitig geringeren sozialen Problemen – und geringerer und vor allem leichterer Kriminalität – zu beobachten sind. Und es geht ja möglicherweise noch weiter. Menschen mit negativer Lebensperspektive (sie sind arbeitslos und schauen auch nicht zuversichtlich in die Zukunft) fühlen sich abends auf der Straße sehr viel unsicherer als Menschen mit positiver Lebensperspektive. Offenbar haben sich hier die Unsicherheitsgefühle nicht nur von Bedrohungen durch Kriminalität, sondern auch durch soziale Unordnung gelöst und scheinen zu Bestandteilen einer existentiellen Verunsicherung geworden zu sein.<sup>26</sup> Wenn diese Ergebnisse auch nicht überinterpretiert werden sollen und durch weitere Forschungen zu überprüfen sind, so sind sie doch ein abermaliger Beleg für den fragwürdigen monotonen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Furcht.

Ein weiteres kommt hinzu. Wohin man schaut, zeigen Frauen und ältere Menschen höhere Furchtwerte gegenüber Kriminalität als Männer und jüngere Menschen, obwohl sie nach allem, was wir über Kriminalitätsverteilungen wissen, im öffentlichen Raum weniger zu befürchten haben. Sollten, was noch zu überprüfen ist, die Problemsichten in Bezug auf soziale Unordnung in geringerem Maße geschlechts- noch altersspezifisch ausfallen, stünde ein weiterer Anhaltspunkt für die Stimmigkeit der vorgetragenen These zur Verfügung.

Wozu das alles? Auf der Grundlage empirischer Ergebnisse oder begründeter Vermutungen hat sich eine Zweigleisigkeit nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Präventionspolitik herausgeschält. Kriminalität und die Furcht davor wurden in zwei Angriffsziele aufgespalten: „war on crime“ und „war on fear of crime“. Man schien zu akzeptieren, dass Kriminalitätsfurcht nicht notwendig Kriminalität benötigte, um sich auszubreiten, und betrachtete sie folglich als ein separates Problem.

24 Umfassend hierzu K. Boers, Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler 1991, S. 116 ff.

25 W.G. Skogan, Disorder and Decline. Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods, New York 1990, S. 77; vgl. auch Ch. Laue, Anmerkungen zu Broken Windows, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 82 (1999), S. 277 ff.

26 Es handelt sich abermals um Ergebnisse aus der Umbruchforschung 1993 (s. A 22), vgl. K. Sessar, Die Angst des Bürgers vor Verbrechen – was steckt eigentlich dahinter?, in: H. Janssen / F. Peters (Hrsg.), Kriminologie für Soziale Arbeit, Münster 1997, S. 118 ff. (S. 134 f.).

Statt aber eigenständige Maßnahmen zu entwickeln, um sie zu reduzieren, griff man auf die alten Muster der Repression zurück: strafrechtlich (nicht sehr logisch) durch Forderung nach einer unnachsichtigeren Strafjustiz, polizeirechtlich durch ein erweitertes Verständnis des Begriffs „Gefahrenabwehr“ und eine Ausschöpfung aller hiervon getragenen Interventionsmöglichkeiten<sup>27</sup>. Der öffentliche Raum sollte möglichst konsequent von allem Unliebsamen und Störendem gesäubert werden, und wenn das bei Bettlern oder Obdachlosen nicht gelungen ist, dann deshalb, weil diese einstweilen noch unter dem Schutz von Verfassungsgrundsätzen stehen.

Verbindet man die alte Kriminalitätsfurcht auch mit Einstellungen gegenüber einer unwirtschaftlichen Umwelt, die nicht mehr die Bedingungen zur Verfügung stellt, um sich wohl und sicher zu fühlen, dann bedarf es eines Sicherheitskonzeptes, das mit Repression nicht einlösbar ist. Genau darum geht es bei der kommunalen (Kriminal)Prävention. In Großbritannien wurde sogar eine Debatte darüber geführt, ob der Begriff „community safety“ nicht an die Stelle des Begriffs „community crime prevention“ treten sollte, um diesen aus dem Polizeigriff zu lösen. Tatsächlich hat Kriminalprävention sehr viel mit polizeilicher Gefahrenabwehr zu tun, während community safety deutlicher zum Ausdruck bringen könnte, dass Sicherheit und deren Herstellung in erster Linie Angelegenheiten des Gemeinwesens und seiner Bürger seien.<sup>28</sup> Kriminalitätsfurcht ist unter solchen Vorzeichen mitgemeintes Element allgemeiner Unsicherheitsgefühle.

#### 4. Prävention in der Stadt

Wir, Kriminologen der Universität Hamburg und Stadtsoziologinnen der Technischen Universität Hamburg-Harburg, haben Einstellungen gegenüber Anzeichen

27 Pate war das berühmt-berüchtigte New Yorker Null-Toleranz-Modell, das ein reines, hochrepressives Polizeimodell ist. Fußend auf der broken-windows-These, wonach eine zerbrochene Fensterscheibe, die nicht sofort repariert wird, weitere kaputte Fensterscheiben zur Folge hat und möglicherweise allmählich schwere Kriminalität anzieht; vgl. *J.Q. Wilson / G.L. Kelling*, Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster, in: *Kriminologisches Journal*, 28 (1996), S. 121 ff., wurden in New York die kleinsten Gesetzeswidrigkeiten polizeilich unerbittlich verfolgt. Gleichzeitig wurde der Polizeiapparat der Stadt von Grund auf restrukturiert und auf eine alles beherrschende Verbrechensbekämpfung hin ausgerichtet. Tatsächlich ging die registrierte Kriminalität in einer nicht zu überschätzenden Weise zurück. Das „Problem“ war, dass in der fraglichen Zeit die Kriminalität überall in den USA abnahm und eine Stadt wie San Diego, die dem New Yorker Modell nicht folgte, zum Teil sogar größere Rückgänge zu verzeichnen hatte. So gesehen wird inzwischen ein Zusammenhang zwischen dem Modell und der Kriminalitätsabnahme zwar anerkannt, aber in seiner Bedeutung erheblich relativiert; vgl. hierzu *Ch. Laue*, Gutachten: Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten?, in: *Düsseldorfer Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung*, Düsseldorf 2002, S. 333 ff.).

28 *A. Crawford* (s. A 16), S. 12.

sozialer Desorganisation empirisch gemessen. Konkret handelt es sich um Wahrnehmungen von Bürgern des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg. Die Befragung ist Teil eines EU-Projekts zu „Unsicherheiten in europäischen Großstädten“, an dem außer Hamburg noch die Städte Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien beteiligt sind. In jeder Stadt wurden durch lokale Forschungseinrichtungen ca. 1.000 repräsentativ ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner aus zwei Stadtteilen befragt (in Hamburg wurde als zweiter Stadtteil Steilshoop mit Teilen von Bramfeld einbezogen). Die Erhebung zielt auf den sicherheitsrelevanten Zustand der Stadt, des eigenen Stadtteils und des eigenen Wohnumfeldes in der Spiegelung der Wahrnehmungen, Erfahrungen (auch mit Kriminalität) und Ängste der Interviewten. Handelt es sich hierbei um eine quantitative Erhebung mit Hilfe eines Fragebogens (persönliche Interviews), so wurden die Fragestellungen durch Intensivinterviews mit ca. 60 Bewohnerinnen und Bewohnern vertieft. Ebenso wurde von jeder Stadt ein Problemprofil erstellt.<sup>29</sup>

Tabelle 3 gibt die Ergebnisse aus der Stichprobenerhebung wieder, die nochmals nach gebürtigen Deutschen und Ausländern differenziert wurde, wobei zu letzteren auch solche gezählt wurden, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (N=44). In die Berechnungen gehen mithin 243 deutsche (60%) und 159 solcherart definierte ausländische Probanden (40%) ein. Gemessen wurden Einstellungen zu Anzeichen sozialer Desorganisation durch Problemabfrage auf einer von 1 bis 5 reichenden Skala (Tabelle 3; wiedergegeben werden die zusammengefassten Werte 4 und 5 in % aller Werte).

	alle Bewohner	Deutsche	Ausländer
<b>Schmutz und Müll auf den Straßen, in Parks</b>	74%	75%	73%
<b>Gruppen von herumhängenden Jugendlichen</b>	59%	52%	69%
<b>Vandalismus</b>	41%	46%	34%
<b>Graffiti</b>	36%	37%	33%
<b>Gewalt auf der Straße</b>	29%	33%	24%
<b>Gewalt in Familien</b>	29%	37%	18%

29 Zur Philosophie und zum Forschungsdesign der Untersuchung vgl. *H. Herrmann / K. Sessar / M. Weinrich*, Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt. Kontexte eines europäischen Forschungsprojekts, in: *G. Stangl / G. Hanak* (Hrsg.), *Innere Sicherheiten*, Jb. für Rechts- und Kriminalsoziologie, Baden-Baden 2003, S. 251 ff, S. 277 ff.

<b>Betrunkene auf der Straße</b>	29%	25%	34%
<b>Heruntergekommene, kaputte Gebäude</b>	27%	23%	31%
<b>Belästigung von Frauen und Mädchen</b>	25%	26%	23%
<b>Belästigung von Kindern</b>	24%	27%	20%
<b>Bettler, Obdachlose</b>	17%	16%	19%
<b>zu wenig Freizeitangebote</b>	46%	44%	50%
<b>zu wenig Polizei auf der Straße</b>	38%	45%	28%
<b>zu wenig soziale Hilfsangebote</b>	35%	32%	39%

Tabelle 3: Problemwahrnehmung von Anzeichen sozialer Desorganisation. Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, Stichprobe insgesamt und differenziert nach In- und Ausländern, 2002 (Wiedergabe der Werte 4 und 5 einer 5er Skala, die von 1 („gar kein Problem“) bis 5 („sehr großes Problem“) reicht, in %.)

Vorbehaltlich weiterer Analysen und statistischer Absicherungen ist das Ausmaß und die Verteilung der Probleme in der Wahrnehmung der Probanden beachtlich. Ein spezifisches Muster ist einstweilen schwer identifizierbar, außer vielleicht dem, dass das Gesamtstraßenbild mit seinem Schmutz, den Ergebnissen von Vandalismus und Graffiti, den häufig präsenten Gruppen von Jugendlichen ohne Perspektive eine Haupteinfahrung darstellt, der gegenüber Wahrnehmungen, die zum individuelleren Gefährdungs- oder Bedrohungsbereich gehören, weniger scharf ausfallen. Die Werte sind bei Ausländern häufig, und zum Teil deutlich geringer als bei Deutschen, was nicht für Jugendgruppen, Betrunkene und verwahrloste Gebäude gilt; letzteres hat möglicherweise damit zu tun, dass man in derartigen Gebäuden zu leben gezwungen ist. Und es sind tendenziell Ausländer, die Freizeitangebote und soziale Hilfsangebote eher vermissen als Deutsche.

Unter dem Aspekt des Schutzes vor derartigen Gefährdungs- und Bedrohungsszenarien ist natürlich auch wichtig, welche Möglichkeiten ihrer Abwehr im Sinne ihrer Beseitigung und Verhütung von den Probanden favorisiert werden (vgl. Tabelle 4; wiederum wurden die Einstellungen zur Geeignetheit präventiver Maßnahmen auf einer 5er Skala gemessen).

	alle Bewohner	Deutsche	Ausländer
<b>Gewaltvorbeugung an Schulen</b>	87%	93%	79%
<b>Größere Sauberkeit auf Straßen und Plätzen</b>	79%	77%	84%
<b>Härtere Strafen für Gewalttaten</b>	76%	81%	70%
<b>Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei</b>	75%	78%	69%
<b>Beteiligung von Bürgern an der Stadtteilarbeit</b>	73%	73%	73%
<b>Mehr Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche</b>	69%	62%	79%
<b>Bessere Unterstützung für sozial schwache Gruppen</b>	68%	66%	69%
<b>Mehr Polizei auf der Straße</b>	59%	68%	46%
<b>Mehr Befugnisse für die Polizei</b>	56%	69%	34%
<b>Weniger unübersichtliche Ecken oder Plätze</b>	49%	51%	46%
<b>Videüberwachung auf öffentlichen Plätzen</b>	42%	42%	41%
<b>Einsatz privater Sicherheitsunternehmen</b>	35%	36%	32%
<b>Bessere Straßenbeleuchtung</b>	31%	26%	38%
<b>Einrichtung von Streifengängen durch Bürger</b>	23%	22%	25%

Tabelle 4: Einstellung zu Maßnahmen, die zur Lösung von Stadtteilproblemen beitragen könnten. Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, Stichprobe insgesamt und differenziert nach In- und Ausländern, 2002 (Wiedergabe der Werte 4 und 5 einer 5er Skala, die von 1 („gar nicht geeignet“) bis 5 („sehr geeignet“) reicht, in %).

Die Reihenfolge ist in mancherlei Hinsicht aufschlussreich. Sieht man einmal von dem in unsere Ordnungsvorstellungen eingenähten Reflex ab, mit Strafe soziale Ordnung herstellen zu wollen (bei den Deutschen ausgeprägter als bei den Ausländern), dann werden Maßnahmen gutgeheißen, die aus der Mitte des Gemeinwesens kommen, wie dies das Eintreten für Gewaltprävention in der Schule, für infrastrukturelle Verbesserungen, vor allem aber für eine persönliche Partizipation der Bewohner an der Lösung von Stadtteilkonflikten zu signalisieren scheinen. Dabei werden zu den Formen vorstellbarer Bürgerbeteiligungen ganz offensichtlich nicht Strei-

fengänge gerechnet (die an die unseligen Bürgerwehren erinnert haben mochten), die unter allen Vorschlägen an letzter Stelle kommen. Auch die Polizei ist gefragt, wenn auch gegenüber manchen anderen Vorschlägen verhaltener. Lässt man nur die deutschen Probanden zu Worte kommen, fallen die Werte deutlich höher aus. Demgegenüber wird von allen Befragten die öffentliche Videoüberwachung geringer geschätzt, noch geringer die privaten Sicherheitsunternehmen. Nimmt man die Ablehnung der Streifengänge von Bürgern hinzu, deutet manches darauf hin, dass von solchen Vorschlägen keine Verbesserung der Zustände erwartet wird, sondern allenfalls keine Verschlimmerung.

Freilich lassen sich beide solcherart herausdestillierten Ziele, die Herstellung von Sicherheit durch gemeindliche Maßnahmen und durch Kontrollmaßnahmen, so sauber nicht trennen. Sie gehen auch ineinander über. Was man aus den unterschiedlich unterstützten Vorschlägen als erstes Ergebnis aber ziehen kann, ist, dass offenbar der aktiven Bewältigung gemeindlicher Probleme, zu denen die Kriminalität gehört, Priorität vor ihrer Kontrolle gegeben wird. In Entsprechung der Beobachtung, dass Kriminalitätsfurcht Element allgemeiner Unsicherheiten ist, legen diese Einstellungen eine Kommunalpolitik nahe, welche die Herstellung von Sicherheit durch die Herstellung eines sozial intakten Gemeinwesens in den Vordergrund stellt, und darin eingebunden eine gemeinwesenorientierte (Kriminal)Prävention.<sup>30</sup>

Inwieweit „Gemeinwesen“ im engeren Sinn nur die politisch konstruierte Kommune, Gemeinde oder Stadt meint, soll offen bleiben. Es gibt ja auch die Auffassung, dass damit, wie auch mit dem englischen Begriff der „community“, die Gesamtheit der Bewohner umfasst wird und man besser diesen Begriff verwendet, wenn von präventiven Gemeinschaftsaufgaben, auch etwa im Nachbarschaftsbereich, die Rede ist. Kommunale (Kriminal)Prävention wäre dann ebenfalls in diesem Sinn zu verstehen.<sup>31</sup>

Im weiteren werden kurz einige abschließende Überlegungen zur kommunalen (Kriminal)Prävention angestellt. Es wird also darauf verzichtet, auf irgendwelche Programme, Modelle und Projekte einzugehen, die unter diesem Etikett entwickelt und ausprobiert wurden und werden.<sup>32</sup> Ausgangspunkt ist die Eliminierung der re-

30 Das wäre etwas anderes als wenn, wie in Großbritannien geschehen, soziale Probleme nur durch die kriminalpräventive Brille wahrgenommen werden, um auch nur durch kriminalpräventive Maßnahmen „bekämpft“ zu werden – eine „Kriminalisierung“ der Sozialpolitik, wie dies schon genannt wurde; vgl. K. Pease, Crime Reduction, in: M. Maguire / R. Morgan / R. Reiner (Hrsg.), The Oxford Handbook of Criminology, Oxford 2002, S. 947 ff. (S. 964).

31 A. Crawford (s. A 16), S. 125 f.

32 Für alle praktischen Ansätze vgl. die Publikationen und Tagungen der Landespräventionsräte oder des Deutschen Präventionstages; vgl. ebenfalls H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention. Sammelband der „Erfurter Tagung“. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Band 59. Freiburg i.Br. 1997; M. Coester / U. Gossner / D. Rössner / B. Brannenber / S. Fasholz, Kriminologische Analyse empirisch untersuchter Präventionsmodelle aus aller Welt: 61 Studien im Überblick, in: Düsseldorfer Gutachten (s. A 27), S. 1 ff.

pressiven Polizeiarbeit aus dem Begriff der Prävention. Das bedeutet nicht den Verzicht hierauf, sondern nur ihres Einbezugs in ein Verständnis von Prävention, die mit gemeindlichen Mitteln operiert. Im übrigen ist die Polizei in jedem kommunalen Sicherheitskonzept unverzichtbar, nur eben in einer neuen Rolle: als Partner.

Kommunale (Kriminal)Prävention und die damit verbundenen Erwartungen der Herstellung von mehr Sicherheit haben, sehr grob, eine Makroseite und eine Mikroseite. Auf der Makroebene, auf welcher man den genannten Merkmalen urbaner Desintegration begegnet und die dort ggf. hart auf Merkmale sozialer Desorganisation stoßen, mag eine neue Qualität von Unsicherheit einer eher globalen Art eine zusätzliche Bedeutung bekommen. Sie bezieht sich, so die Vermutung, auf eine wachsende Umweltzerstörung, auf den Wegfall von Grenzen auch in Bezug auf Epidemien (AIDS, BSE, SARS...), auf transnationale Kriminalität und Terrorismus, auf näherrückende Kriege, auf eine schleichende Vergiftung der Nahrungsmittelketten oder auf die Auswirkungen ökonomischer Globalisierung im Hinblick auf die eigenen sozialen Bedingungen. Das Bild des zunehmend unbehausten Menschen. Wir stellen die These auf, dass sich solche „globalen Ängste“, die ja nicht beherrschbar sind, in den Alltagsängsten niederschlagen und diese verstärken. Sie werden gleichsam portioniert, auf überschaubare Problembereiche herunterbuchstabiert und tragen damit nur erst recht zu einer Sichtweise bei, in der die Welt fast nur noch aus Risiken, Gefahren und daraus erwachsenden Unsicherheiten zu bestehen scheint. Dann kommt beispielsweise dazu, dass einige schreckliche Einzelfälle wie die Ermordung zuvor sexuell missbrauchter Kinder zu einer neuen generellen Bedrohung aufgebaut werden, obwohl sie genau dies nicht sind: früher, etwa in den 1970er Jahren, gab es sehr viel mehr davon.

Aber es gibt natürlich Anlass für Ängste und Unsicherheitsgefühle auf der Mikroebene, also im eigenen Umfeld. Auf ihr wurden auch alle theoretischen, doch sehr viel mehr praktischen (kriminal)präventiven Modelle entwickelt. Ein aus Nordamerika stammendes Modell zielt auf die partnerschaftliche Verbindung von Gemeinden, ihren Bewohnern und der Polizei. Es wird „Community Policing“ genannt<sup>33</sup> und ist von den Vorstellungen einer kommunalen (Kriminal)Prävention oft nicht zu unterscheiden. Auch sonst ist der Begriff in einer Weise unscharf, dass er selbst für die traditionelle Polizeiarbeit Verwendung findet, und allemal in Europa und Nordamerika, und dort in den USA und Kanada, unterschiedlich verstanden wird. Auch wurde schon der Verdacht geäußert, es handele sich um reine Gefühlsrhetorik, mit deren Hilfe tiefgreifende, auf eine Ausweitung der Kontrolle zielende Polizeireformen kaschiert werden. Einige Bemerkungen müssen genügen, wobei auch auf eigene Erfahrungen aus einem Forschungsaufenthalt in Vancouver/Kanada zurückgegriffen wird<sup>34</sup>.

33 Ausführlich hierzu J. Obergfell-Fuchs (s. A 7), S. 275 ff.

34 Materialien zur Praxis in Vancouver sind unveröffentlicht bzw. wurden von den verschiedenen In-

Ausgangspunkt ist eine Sichtweise, die Smog, eine Drogenszene, heruntergekommene Stadtquartiere, zugemüllte Parkanlagen, Einbrüche, einen aus den Fugen geratenen Straßenverkehr, familiäre Gewalt usw. als soziale Probleme behandelt. Diese sind unterschiedlich belastend bzw. werden von den Bewohnern in unterschiedlicher Weise mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Für die Gemeinde stellen sie Aufgaben unter dem Aspekt von Ordnung dar, von der nunmehr verlangt wird, sie auch als Sicherheitsprobleme zu sehen. Für die Polizei sind diese künftig nicht lediglich Anlass für Strafverfolgung und kurzfristige Gefahrenabwehr, sondern Aufgaben langfristiger Lösungszuführung. Denn darum soll es gehen: Der Identifizierung eines sozialen Problems folgt die Suche nach geeigneten Maßnahmen zu ihrer Lösung, woran sich außer der Gemeinde und der Polizei die jeweils betroffenen Bewohner, Geschäftsleute oder lokalen Vereine beteiligen.

Insbesondere offenbar bei uns wird der Polizei in Sachen kommunaler (Kriminal)Prävention viel zugetraut, obwohl sie, manchmal eingestandenermaßen, genau das nicht gelernt hat. Daher verblüfft, wenn Kriminalitätsvorbeugung als ihre „originäre Aufgabe“ angesehen wird, doch ist richtig, dass sie (aber das ist etwas anderes) „über wichtige Erkenntnisse zu Ursachen, begünstigenden Faktoren oder Entstehungszusammenhängen“ verfügt, womit sie „bedeutsame Felder des kommunalen Handlungsbedarfs aufzeigen und erste wichtige Impulse für eine ressortübergreifende Prävention geben“ kann.<sup>35</sup> In Vancouver wurde das Verhältnis der Polizei zu gemeindepräventiven Aufgaben unter dem Etikett von Community Policing wie folgt gesehen:

- Die Gemeinde ist aktives Element in der Arbeit der Polizei in der Weise, dass polizeiliche Prioritäten, Positionen und Reformen hierdurch betroffen werden.
- Die Ziele von Community Policing sind die Aufrechterhaltung der allgemeinen Friedensordnung und die Sicherheitsbedürfnisse der Gemeinde. Soziale Dienstleistungen gehören nicht weiter zu ihren marginalen Aufgaben, sondern legitimieren sich aus der Anerkennung der sozialen Funktionen der Polizei.
- Diese unterschiedlichen Funktionen der Polizei werden als folgerichtige Bestandteile ihrer neuen Rolle betrachtet. Die Erwartungen der Öffentlichkeit bzw. der Gemeinde sind mit der Polizeiarbeit in Einklang zu bringen.
- Community Policing beruht auf der gemeinsamen Verantwortung von Polizei und Gemeinde. Die Polizei ist so gesehen eine spezielle, doch eingebundene Komponente eines komplexen Systems sozialer Kontrolle.

stitutionen in Form von Dienstberichten, Anweisungen, Statements, usw. zur Verfügung gestellt. Allgemein zu den Ansätzen *P.L. Brantingham / P.J. Brantingham, Environment, Routine and Situation: Toward a Pattern Theory of Crime*, in: *Advances in Criminological Theory* 5 (1993), S. 259 ff.; *dies.*, *Environmental Criminology: From Theory to Urban Planning Practice*, in: *Studies on Crime and Crime Prevention* 1998, S. 31 ff.

35 *Innenministerium Baden-Württemberg*, Kommunale Kriminalprävention. Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1996, S. 29 f.

- Community Policing tritt für proaktive Initiativen gemeinsam mit der Gemeinde ein. Sie muss daher ihre traditionellen Reaktionsweisen aufgeben und eine proaktive Rolle bei der Identifizierung und dem Management gemeindlicher Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme spielen.

Die Polizei also als Dienstleistungsbetrieb, so wird sie, in Übernahme nordamerikanischer Begrifflichkeit, auch bei uns bisweilen genannt. Die Bürger wären dann die Kunden. Man bleibt skeptisch.

Was nun die Gemeinde selbst anbelangt, so werden zunächst einmal viele (kriminal)präventive Anstrengungen so lange vergeblich sein wie sich die ökonomischen Bedingungen nicht ändern, die bei allen Fragen des Zusammenhangs zwischen Raum und Kriminalität üblicherweise zu kurz kommen. Alle Überlegungen, das Gemeinwesen krimioresistenter zu machen, muss(t)en solche Bedingungen daher einbeziehen. Das betrifft nicht nur die schlechte Haushaltslage, die es selten erlauben dürfte, in eine sich aus der Bauweise ergebende Prävention aufwändig zu investieren, sondern auch hohe Arbeitslosenquoten und eine insgesamt negative Lebensperspektive der Bewohner, die für eine aktive Mitgestaltung an der eigenen Sicherheit nur schwer zu gewinnen sein dürften. Vieles läuft hier aus dem Ruder, etwa die Übertragung der Sicherheitsbelange auf ein expandierendes privates Sicherheitsgewerbe aus Kostengründen. Es schmuggelt sich mehr und mehr in hoheitliche Aufgaben hinein, ja, gedenkt diese hier und da zu übernehmen und schlägt Konstruktionen vor, die das Gewaltmonopol des Staates äußerlich unangetastet lassen, tatsächlich dieses aber unterminieren.<sup>36</sup>

Sieht man hiervon ab, dann soll auf einen Bereich noch kurz eingegangen werden, der unter dem Etikett „situative Kriminalprävention“ schon Erwähnung fand. Es geht um den Zusammenhang zwischen Stadtplanung, Bebauung, Bausanierung und Architektur einerseits und Kriminalität andererseits. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass Zustand und Gestaltung einer Stadt, eines Stadtteils oder einer Nachbarschaft die Bewohner in Alltagsroutinen zwingen oder ganz spezifischen, oft nur schwer „zu umgehenden“ Gefährdungen aussetzen können. Also muss man wissen, wo und welcher Art die neuralgischen Punkte sind, welche schutzarmen Situationen jeden Tag neu entstehen, wo man sich, grundlos oder nicht, am meisten fürchtet, und was man dagegen tun kann. Zuständig ist hierfür eine Richtung in der Kriminologie, die in ihre Analysen das Umfeld, die Umgebung der (potentiellen) Tat einbezieht und durch deren Veränderungen eine Reduktion von Straftaten und eine Erhöhung der Sicherheit erhofft: Kriminalprävention durch Umfeldgestaltung (Crime Prevention Through Environmental Design, oder CPTED). Dem potentiellen Dieb oder anderen Tätern werden die Gelegenheiten regelrecht „verbaut“.

36 Hierzu sehr anschaulich *H. Beste*, Zonale Raumkontrolle in Frankfurt am Main im ausgehenden 20. Jahrhundert, in: *M. Dinges / F. Sack* (Hrsg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*. Konstanz 2000, S. 333 ff.

Jetzt wieder auf Vancouver bezogen: Was immer an Sanierungs- oder Neubauvorhaben geplant ist, es wird auch unter dem Aspekt einer natürlichen, technischen oder situativen Prävention geprüft. Das gibt es bei uns vereinzelt auch, aber vermutlich nicht so: Zur Prüfung gehört u.a., die vorherige Erkundung der Bevölkerungszusammensetzung, der täglichen Mobilität, der Nahverkehrsverbindungen, der Konfliktzonen, der lokalen Kriminalitätsverteilung und der Freizeitmöglichkeiten einschließlich des Systems aus Bars und Kneipen. Anordnungen oder Empfehlungen können dann getrennte Parkmöglichkeiten für Bewohner und Besucher vorsehen, bestimmte Wege aus Tiefgaragen ins Haus, zusätzliche elektronische Sicherungen für Parterrewohnungen oder das Zurückschneiden von Büschen in Parks (weil sich in großen Büschen üblicherweise Dealer verbergen). Prominent sind die Versuche, die Bürger zur Mitarbeit an ihrer eigenen Sicherheit zu bewegen. Versucht wird ein holistischer Ansatz, der auf derartige bauliche Prävention nicht allein vertraut (weil CPTED auch schon vorsichtiger als „design and planning for safer environments“ bezeichnet wurde), vielmehr soziale Programme, die Präsenz der Polizei und strukturierte Nachbarschaftshilfen (neighbourhood watch) einbezieht. Anvertraut sind solche Pläne, ihre Beratung und Beschlüsse einem Team, dem die Polizei, die Kriminologen der Universität, Architekten, Stadtentwickler und Stadtplaner, Unternehmer, Bürger und Vertreter der Kommune angehören. Viele der Maßnahmen klingen uns vertraut oder sind bei uns längst ebenfalls selbstverständlich. Das, was vielleicht noch weniger geläufig ist, ist der Versuch, Prävention ganzheitlich zu betreiben, in einem Team zu beschließen und sie, unterstützt durch interdisziplinäre Beratung, immer mehr zu systematisieren.<sup>37</sup>

#### 4. Kritische Schlussbemerkung

Auf eine Gefahr soll abschließend hingewiesen werden, wenn Sicherheit zu einem stadtpolitischen Hauptthema gemacht wird. Nicht erst seit dem 11. September 2001 hat sich eine Ideologie der Inneren Sicherheit breitgemacht, der unsere bisherigen

37 Nicht eingegangen werden soll auf ein inzwischen offenbar erledigtes Thema, durch Stadt- und Bauplanung einen sich selbst kontrollierenden und damit verteidigenden Raum zu schaffen (vgl. *O. Newman*, *Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design*, New York 1972). Der Versuch, durch eine veränderte Bauweise (Häuser mit wenigen Geschossen, wenige Wohnungen pro Hauseingang, U-Form der Gebäude statt Blöcke, Gemeinschaftseinrichtungen usw.) Anonymität aufzuheben, die Bewohner dadurch zur Mitgestaltung einschließlich Bewachung und Kontrolle ihres eigenen Wohnumfeldes zu bewegen und dadurch Straftäter merklich abzuhalten, schlug fehl. Ein wesentliches Missverständnis schien gewesen zu sein, Wirkungen von veränderten Bauweisen zu erwarten, ohne die Kommunikationsstruktur der Bewohner mit oder zunächst zu ändern (was zur Frage führt, ob bei funktionierender Kommunikation und einem intakten Zusammengehörigkeitsgefühl man dann noch die Gebäude umbauen müsste). Hierzu auch *K. Rolinski*, *Wohnhausarchitektur und Kriminalität*, Wiesbaden 1980, mit einem Ausblick von *E. Kube*, S. 225 ff.

Freiheitsrechte nach und nach zum Opfer zu fallen drohen. Es geht ihr nicht nur um die Herstellung einer Sicherheit, die uns angstfrei leben lässt, auch nicht um eine Ordnung, die eine Voraussetzung für Sicherheitsgefühle ist, sondern um Ordentlichkeit, um die Wiederherstellung vertrauter Sehgewohnheiten, um Wohlgefühle, um Beschaulichkeit. Und das mit sicherheitspolitischen Mitteln. Unordentlichkeit und Unwohlgefühle werden mit Unsicherheit kurzgeschlossen. Nur ein Bahnhof, der aussieht wie geleckt, ist dann ein sicherer Bahnhof. Zwei Fremde, die in der Bahn in ihrer Sprache parlieren, lösen Unbehagen aus und werden zurechtgewiesen. Sichtbare Armut wird von den Gehsteigen gefegt, wie Dosen. Abblätternde Häuserfassaden, ein Entzücken für Toskana-Touristen, werden zu Hause zu „signs of incivility“, vor allem, wenn noch eine kaputte Fensterscheibe hinzukommt. Natürlich geht es nicht darum, der sozialen Unordnung des Gemeinwesens tatenlos zuzusehen, sondern, was man alles unter Unordnung verstehen will, um daran seine Sicherheitsbelange zu knüpfen und nach dem Staat zu rufen. Oder nach Sicherheitsdiensten. Sicherheit wird zunehmend gekauft. Die Nachfrage ließ das Angebot steigern, heraus kam ein überdimensioniertes und wahrscheinlich nicht mehr zu zurückzustützendes Sicherheitsgewerbe, das nicht anders kann, als permanente Unsicherheit zu behaupten, um zu überleben (Zahl der Beschäftigten 1998: 118.000; Umsatz: 5 Mrd. DM). Falls man aber, tüchtig wie man ist, die normalen Unsicherheiten irgendwann beseitigt hat, müssen neue geschaffen werden, und dann landen wir bei der Bekämpfung der Unordentlichkeit und dem Rauchen in Bahnhöfen oder Flughäfen. Kaum anders geht es mit den gemeindlichen Präventionsräten; sie sind in manchen Bundesländern flächendeckend, das heißt bedarfsunabhängig, vorgesehen oder eingeführt. Wenn die Kriminalität dann unerwartet ausbleibt, ist für sie immer noch die Kriminalitätsfurcht da. Wenn auch diese geringer ausfällt als gedacht, besteht weiterhin Handlungsbedarf im Hinblick auf eine bloß „angenommene Zunahme der Kriminalität“.<sup>38</sup>

Wirklich Bronx in Deutschland?<sup>39</sup> Das Ende einer zivilisierten Stadt?<sup>40</sup> Wohnen hinter Zäunen?<sup>41</sup> Ausverkauf der öffentlichen Sicherheit?<sup>42</sup> So viele Fragezeichen und einstweilen so wenig Antworten darauf. Die Städte haben große Sicherheitsprobleme. Zu ihnen gehört, dass sie auch auf die Spitze getrieben werden und dadurch

38 *D. Frehsee*, Politische Funktionen kommunaler Kriminalprävention, in: *Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 739 ff.

39 *K. Ronneberger / St. Lanz / W. Lahn*, Die Stadt als Beute, Bonn 1999, S. 81 ff.

40 *M. Eisner* (s. A 12).

41 *G. Glasze*, Wohnen hinter Zäunen. Bewachte Wohnkomplexe als Herausforderung für die Stadtplanung, in: *N. Gerstring / H. Glasauer / Ch. Hannemann / W. Petrowsky / J. Pohlan* (Hrsg.), *Jahrbuch StadtRegion 2002*, Schwerpunkt: Die sichere Stadt, Opladen 2003, S. 75 ff.

42 *N. Spinrath*, Sicherheit als Ware? Der Ausverkauf der öffentlichen Sicherheit, in: *Das Geschäft mit der Sicherheit. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin*, Berlin 2000, S. 71 ff.

ihre Bodenhaftung verlieren. Die Kriminologie betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, mit ihrem Wissen zu einer größeren Sicherheit, wo Unsicherheit ist, beizutragen, aber auch zu beobachten, was mit – realer oder vermeintlicher – Unsicherheit so alles angestellt wird.

Vielleicht kann man ein derartiges, politisch und medial unterstütztes „Ringens um Beschaulichkeit“ als Voraussetzung persönlichen Wohlfühlens und Element persönlicher Sicherheit psychologisch auch als Abwehrversuche vorausgeahnter Bedrohungen interpretieren. Noch ist es freilich nicht so weit; noch stehen europäische Städte, wenn ihre Gewaltemanationen oder ihr Verfallsgrad mit denen amerikanischer Städte verglichen werden, besser da. Auch fühlen sich ihre Bewohner größtenteils sicherer als amerikanische Städter, weswegen sie die dauernde Beschwörung ihrer Unsicherheit auch manchmal den Medien anlasten.<sup>43</sup>

Denn zunächst einmal, und dies ist an dieser Stelle nachzuholen, sind soziale Desorganisation oder soziale Unordnung – oder das Gegenteil davon – keine objektiven Tatbestände, sondern soziale Konstruktionen. Sie machen zwar an äußeren Sichtbarkeiten fest, bleiben aber subjektive Wahrnehmungen, in Abhängigkeit von kulturellen Aneignungen (z.B. Toleranzbreiten in Bezug auf das Fremde), Anforderungen an Lebensqualität, Gewöhnung, Vergleichen, sozialem Wandel, räumlicher Enge, und nicht zuletzt von der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen. Wenn es manchmal so aussieht, als seien wir in Bezug auf soziale Abweichungen intoleranter geworden, dann hätten wir (uns) dadurch neue Unordnungen geschaffen. Während wir in Bezug auf Kriminalität relativ statische Einstellungen entwickelt haben, kann daher die veränderte Wahrnehmung sozialer Vielfalt als Unübersichtlichkeit, Unordentlichkeit und schließlich als Unordnung zur Übernahme von Einstellungen führen, die bislang der Kriminalität gegenüber allein beobachtbar waren.

43 So jedenfalls 80% der Probanden in einer französischen Bevölkerungsbefragung; vgl. S. Body-Gendrot (s. A 13, S. 180).

Ingrid Breckner

## Unsicherheiten im städtischen Alltag

### *Soziologische Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und Handlungsoptionen*

#### 0. Einführung

Mediale Berichterstattung inszeniert Stadt seit geraumer Zeit wieder zum Hort der Unsicherheit: Die so genannten „bad news“ über Kriminalität, wachsende Armut, Störungen öffentlicher Ordnung durch Bettler, Trinker oder Gruppen von Jugendlichen, Behinderungen des Einkaufsverkehrs – nicht etwa durch notorische Autofahrer, sondern durch Demonstrationen – etc. offenbaren den fragilen Charakter von Gewissheiten der Wahrnehmung und Beurteilung städtischer Lebenswelten. Gewohnte Routinen des Alltagshandelns geraten durch latente oder offen stadtfriendlye Meinungsmache ins Wanken und verunsichern tradierte Muster der Verortung im städtischen Raum. Dessen Wirklichkeit gerät in solchen Kontexten leicht in einen Sog medialer und politischer Skandalisierungen eines verallgemeinerten „Bösen“ und verschwindet damit aus dem Blickfeld öffentlicher Auseinandersetzung. Reflexion solcher Verunsicherungen wird selten eingefordert: Menschen, die Städte bewohnen oder zeitweise geschäftlich, touristisch, kulturell etc. nutzen, versuchen ihre je besonderen räumlichen und zeitlichen Routinen äußerlich nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Im günstigsten Fall irritiert sie Fremdheit als positive oder negative Kontrasterfahrung, sofern sie Überraschendes und Ungewohntes als attraktive Bereicherung des Alltags annehmen können. In ungünstigeren Fällen breitet sich Verunsicherung durch Störung der ordnenden Alltagsroutinen unterschwellig als Bedrohung aus. Zusammen mit realen städtischen Herausforderungen – z.B. durch hohe Lebenshaltungskosten, Umweltprobleme oder Schulschwierigkeiten der Kinder – kann solche Bedrohung dazu führen, den großstädtischen Raum in Richtung scheinbar überschaubarer Strukturen von suburbanen Zwischenstädten oder Dörfern zu fliehen. Trugschlüsse in Verbindung mit Stadtflucht werden meist erst offenkundig, wenn der langfristige Schuldendienst für das erworbene Eigenheim nur noch kostspielig aufzulösen und eine Veränderung solcher Situationen deshalb in ferne Zukunft gerückt ist.<sup>1</sup>

1 Vgl. I. Breckner / M. Menzl / T. Gonzalez, Auswirkungen der Umlandwanderung auf den Hamburger Wohnungsmarkt, Hamburg 1998; U. Matthiesen (Hrsg.), An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Suburbanisierungsprozesse, Milieubildungen und biographische Muster in der Metropolregion Berlin-Brandenburg, Opladen 2002.

Menschen bewegen sich angesichts dargestellter Verunsicherungen bekanntermaßen zunächst physisch innerhalb und außerhalb der Stadt in der Gestalt von räumlicher Wanderung und in der Hoffnung auf „besseres Leben“ an anderem Ort. Sie ziehen aber auch Konsequenzen in Bezug auf Partnerschaft und generatives Verhalten oder protestieren in Wahlen mehr oder minder erkennbar gegen Verunsicherungen. Sie reagieren nicht zuletzt wirtschaftlich mit Schnäppchenjagd, Sparsamkeit, Schwarzarbeit oder steuerlichen Tricks. All diese Alltagspraktiken hinterlassen in der Struktur von Städten – je nach Ausgangsbedingungen – unterschiedliche Spuren: öffentliche Armut, sozial-räumliche und politische Polarisierung, Gewalt und Intoleranz, Erosion von sozialen Netzwerken, Ohnmacht, Resignation und Mutlosigkeit in Bezug auf kreative gemeinschaftliche Problemlösungen. Noch widerstehen Städte in Europa mehr als andernorts und auf je eigene Weise globalen ökonomischen, kulturellen und politischen Nivellierungsdynamiken. Sie pflegen – ob unbewusst, offensiv, versteckt und/oder schwer erkämpft – ihre materiell-physischen, ästhetischen, sozialen und/oder regelnden Besonderheiten, die stets „für eine Überraschung gut“ sind.

ollten wir städtische Potenziale des Ungewohnten und damit ggf. verknüpfte Verunsicherungen beseitigen, hieße dies konsequenterweise, Vielfalt und Verschiedenheit aus Städten zu verbannen. Gemäß der Werbung der Hotel-Kette „Novotel“ sähe dann jede Stadt so aus wie die andere. Jeder städtische Ort der Welt wäre dann insofern ein „zu Hause“, als wir uns in bekanntem Metier bewegen. Überraschung oder Unordnung erzeugen wir dabei allenfalls selbst, und das irritiert bekanntermaßen weniger als Fremdes. Dieser Sachverhalt zeigt uns die paradoxe Konstruktion städtischer Verunsicherung: Kaum jemand erkennt sich selbst als Störer der routinierten Ordnung Anderer, sondern empfindet stets „Anderes“ als Irritation eigener Selbstverständlichkeiten.<sup>2</sup> Unsicherheit entsteht meist, sobald eigene Handlungs-routinen gestört oder in Frage gestellt sind. Sie zeigt sich als Angst, Ungewissheit und/oder Schutzlosigkeit.

Wer irritiert wen, womit, wo, wann und warum? Wer ist für die Bewältigung verunsichernder Irritationen zuständig? Welche Handlungsspielräume bieten sich für Subjekte als Individuen oder im Kollektiv gegenüber städtischer Verunsicherung? Welche professionellen Akteure befassen sich mit dieser Thematik und wie könnten sie mit diesbezüglich engagierten Menschen zusammenarbeiten? Wo liegen politische, administrative, wirtschaftliche und soziokulturelle Aufgaben von Fachleuten, Bürgern und Institutionen im Feld der Verunsicherung in städtischen Kontexten?

Um solche Fragen kreisen auch die nachfolgenden Ausführungen, mit dem Ziel, das Sein und Werden unserer Städte als schwierige, aber unverzichtbare und reiz-

2 Vgl. E. Lévinas, Die Spur des Anderen, Freiburg 1992.

volle Gestaltungsaufgabe für alle Leserinnen und Leser zu erschließen, die eine produktiv verunsichernde städtische Vielfalt auch in Zukunft nicht missen wollen.

Beschäftigung mit dem Thema Unsicherheit ist heute weltweit für eine Mehrheit von Zeitgenossen in hohem Maße plausibel und schwierig zugleich. Zygmunt Baumann stellt fest: „Die schlimmsten und schmerzlichsten Probleme unserer Zeit lassen sich am besten unter der Rubrik „Unsicherheit“ zusammenfassen. Im Deutschen verschmelzen in diesem Ausdruck Erfahrungen, zu deren Bezeichnung im Englischen drei Begriffe nötig sind – „uncertainty“: das Gefühl der Ungewissheit, „insecurity“: das Gefühl der Unsicherheit, und „unsafety“: das Gefühl der Schutzlosigkeit... Menschen, die sich unsicher fühlen (insecurity), die sich vor dem flüchten, was die Zukunft für sie bereithalten könnte (uncertainty) und die um ihren Schutz besorgt sind (safety), sind nicht wirklich frei, die Risiken einzugehen, die kollektives Handeln erfordert. Ihnen fehlt Mut und Zeit, sich alternative Formen des Zusammenlebens vorzustellen.“<sup>3</sup> Gesellschaftliche Anstrengungen zur Herstellung von Sicherheit sind so lange konsensfähig, so lange hierfür keine eigenen Beiträge eingefordert werden und der zu erwartende Nutzen hoch erscheint. Selbst Kriege mit dem Anliegen der Absicherung von Sicherheit finden so offenbar Zuspruch unter Zuschauern und Mitwirkenden. Der Anspruch auf Sicherheit erscheint jenseits gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und räumlicher Kulturen universell. Er entkoppelte sich offenbar von seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen und avancierte zu einem per se legitimen Ziel politischen Handelns. Dissens entsteht in der Regel in verschiedenartigen Schattierungen in Bezug auf Ursachen von Verunsicherung, die Verallgemeinerbarkeit von Sicherheitserwartungen und Sicherheitsstandards, räumliche und zeitliche Perspektiven von Sicherheiten oder in der Bestimmung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Verwirklichung von Sicherheitsansprüchen. „Nice to have“ oder gar „unverzichtbar“ sagen die meisten. „How to understand, to explain and to ensure“ ist die kontroverse wissenschaftliche und alltagspraktische Frage. In diesem Spannungsverhältnis von Wollen, Erklären und Verwirklichen avancierte das Thema (Un-)Sicherheit nicht nur in europäischen Städten zu einem Politikum.<sup>4</sup>

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich zunächst auf den stadtsoziologischen Umgang mit Fassetten der Thematik Unsicherheit in der Stadt. Im nächsten Schritt stehen Nutzungsspielräume stadtsoziologischer Befunde in der gesellschaftlichen Praxis im Zentrum der Diskussion. Abschließend erfolgt eine kritische Reflexion von Gestaltungsoptionen städtischer Strukturen und Lebensverhältnisse in der

3 Z. Baumann, Die Krise der Politik, Hamburg 2000, S. 12f.

4 Vgl. W. Bonß, Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne, Hamburg 1995; M. Davis, Ecology of Fear. Los Angeles and the Imagination of Disaster, New York 1998; Z. Baumann (s. A 3) oder N. Gestring / H. Glasauer / Ch. Hannemann / W. Petrowsky / J. Pohlen (Hrsg.), Jahrbuch Stadtregion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt, Opladen 2003.

Gewissheit, dass Sicherheit nie absolut und abschließend betrachtet und erlebt werden kann. Als von Menschen unter jeweils bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen gedacht und gemacht bzw. verhindert, bleibt sie stets relativ. Diese gesellschaftliche Tatsache erfordert immer wieder Aufmerksamkeit und Nachdenken über ihre sich verändernden Ursachen und Erscheinungsformen. So gesehen ist auch dieser Beitrag nur ein fachspezifischer Blick aus der Gegenwart auf städtische Unsicherheiten im Kontext ihrer Geschichte, mit der Absicht, heute denkbare Entwicklungs- und Gestaltungsperspektiven zu erschließen.

### 1. *Unsicherheit in der Stadt. Eine vielschichtige Metapher in stadtsoziologischen Perspektiven*

Was sage ich als Stadtsoziologin den in der Kommunalpolitik aktiven Frauen und Männern, wenn sie sich für unsere wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik Unsicherheit interessieren? Wo setze ich thematisch und zeitlich an, um deutlich zu machen, in welcher Weise welches wissenschaftliche Wissen zum Themenfeld Unsicherheit in der (Stadt-)Soziologie entstanden ist? Wie lassen sich zentrale Erkenntnisse heute zusammenfassen? Diese Fragen sollen im Folgenden die Bemühung unterstützen, die Innenwelt sozialwissenschaftlicher Bearbeitung des Themas Unsicherheit in der Stadt in der Perspektive der Leserschaft dieses Heftes zu erkunden und zu erschließen.

Soziologie als die Wissenschaft mit dem konzentrierten Blick auf Erscheinungsformen und Ursachen sozialer Fragen in der Gesellschaft hatte immer schon mit sozialen Unsicherheiten zu tun. Dennoch hinkt sie in der theoretischen Systematisierung, empirischen Synthetisierung und damit in der Verallgemeinerung ihrer Befunde zu verunsichernden Risiken gesellschaftlicher Entwicklungen anderen wissenschaftlichen Disziplinen bis heute hinterher.

Interessant ist, dass immer dann, wenn es gilt dieser Thematik auch empirisch nachzuspüren, im soziologischen Handeln die Stadt ins Spiel kommt. Ob erste Sozialstatistiken auf der Grundlage der Berichte von Fabrik- oder Wohnungsinspektionen, systematische Beobachtungen des Elends in Wohnverhältnissen oder Bildungseinrichtungen im 19. Jahrhundert, oder Analysen von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Migration etc. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>5</sup> – stets fanden sie in Städten statt. Dies ist kein Zufall und auch nicht den Vorlieben oder Bequemlichkeiten der auf diese Fragen neugierig blickenden Wissenschaftler geschuldet. Der Grund für die Untersuchung sozialer Fragen in Städten liegt schlicht in der Tatsache, dass sich neue gesellschaftliche Entwicklungen im bürgerlichen Zeitalter zunächst in Städ-

5 Vgl. W. Bonß, Kritische Theorie und empirische Sozialforschung, in: E. Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, bearb. und hrsg. von W. Bonß, Stuttgart 1980, S. 7-46.

ten vollzogen und hier in komplexer Gestalt studierbar waren. In Liverpool, Manchester und Birmingham entstanden schon im 18. Jahrhundert die ersten modernen Fabriken. In Hafenstädten wie Rotterdam, Antwerpen oder Hamburg entwickelten sich zur selben Zeit bis heute strukturell prägende Grundlagen merkantilistischer Wirtschaftsführung. In London, Paris oder Berlin wurden Errungenschaften moderner Industrie für die ganze Welt ausgestellt bzw. erste sozialpolitische Steuerungsinstrumente für unerwünschte Nebenwirkungen des entfesselten Kapitalismus erkämpft, erdacht und umgesetzt. Chicago gilt mit der sog. „Chicago School“ u.a. als Geburtsstätte der Stadtsoziologie. Der den Weltmarkt bestimmende Handel mit den sog. „Natures“, den landwirtschaftlichen Produkten des nordamerikanischen Binnenlandes, machte aus dieser Stadt für längere Zeit einen Magneten für Arbeitssuchende aus aller Herren Länder.<sup>6</sup> In der Folge wirtschaftlicher Modernisierung entstand hier bereits in den Anfängen des 20. Jahrhunderts eine Ansammlung von sozialen, kulturellen und politischen Verschiedenheiten, die in der noch jungen Soziologie wie in Kreisen von Lokaljournalisten die Frage nährten, wie eine solche Vielfalt von Fremdheiten in einem begrenzten städtischen Gemeinwesen überlebensfähig ist. Auch diese Wissenschaftler und Journalisten reagierten zunächst erstaunt und verunsichert auf die sich etablierende moderne städtische Wirklichkeit. Sie bearbeiteten ihre Verunsicherung aber – in der aufgeklärten Perspektive einer europäischen Kultur der Stadtforschung eines Georg Simmel, Emile Durkheim oder Max Weber – nicht mehr wie im 19. Jahrhundert oder früher durch moralische Verurteilung des Ungewohnten. Vielmehr begaben sie sich auf den Weg der empirischen Erkundung verunsichernder urbaner Wirklichkeiten. Dabei entdeckten sie vielfältige Adaptionspotentiale von Menschen mit den jeweils neuen Verhältnissen durch An- und Umsiedlungspraktiken, Bildung von z.T. interkulturellen sozialen Netzwerken und politischen Aktivitäten. Sie fanden aber auch heraus, wo Menschen ein Überleben im Fortschritt schwer fiel: Krankheit, Armut, Gewalt und Kriminalität, Intoleranz, Konkurrenzkämpfe und Diskriminierung breiteten sich vor allem in den wirtschaftlich schwächsten Gruppen dieser neuen städtischen Gesellschaften aus und erschreckten entsprechend etablierte Milieus. Letztere versuchten sich von den für sie noch weitgehend undurchschaubaren städtischen Übeln durch Umzüge zu distanzieren: So verwandelte sich die ehemalige Chicagoer „Gold Coast“, die Zone der Reichen und Erfolgreichen, bis heute in eine Armutsinsel, wie auch andere Gebiete der Stadt einem stetigen Inwertsetzungs- und Außerwertsetzungsprozess unterworfen waren und bis heute sind. Die sich bedroht fühlenden Milieus der Mittel- und Oberschichten reagierten jedoch auch in Chicago mit Erziehungsprogrammen

6 Vgl. W. Cronon, Nature's Metropolis. Chicago and the Great West, New York / London 1991; M.D. 'Eramo, Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft, München 1996.

für Arme und Benachteiligte oder suchten Auswege aus der Angst in der Stadt durch allgemeine moralisch-religiöse „Aufrüstung“ innerhalb und außerhalb von Kirchengemeinden. An großstädtischen Entwicklungsdynamiken der vergangenen zwei Jahrhunderte wird deutlich, wie sehr soziale Verunsicherung als soziologischer Gegenstand vernetzt ist mit wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen. Städte mit einer hohen Veränderungsgeschwindigkeit spiegeln dieses komplexe Phänomen gleichsam wie ein Brennglas und erweisen sich deshalb bis heute als bevorzugte Forschungsräume für alle sozialen Fragen, so auch für Unsicherheit.

Die Konzentration sozialer Forschung in Städten mit einem ausgeprägten Veränderungsdruck begünstigte seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine allmähliche Etablierung der Stadtsoziologie als soziologische Teildisziplin. Sie beschreibt und dokumentiert mit unterschiedlichen Konzepten und Strategien – neben historischer, geografischer, wirtschaftlicher, politologischer, ökologischer oder ethnologischer Stadtforschung – den Verlauf urbaner Modernisierung und versucht deren Strukturen und Prozesse zu erklären. Die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Wissenschaften mit einem Augenmerk auf Städte erwies sich jedoch nicht durchweg als produktiv. Bei Außenstehenden kann sie leicht Verwirrung erzeugen: Widerstreitende Befunde, Konkurrenz um Geld und Anerkennung, unterschiedlich begründete und parzellierte Forschungsfragen sowie bis heute anhaltende Streitigkeiten über methodische Vorgehensweisen und die Reichweite bzw. Aussagekraft von Ergebnissen haben den gesellschaftlichen Nutzen dieser Forschung immer wieder eingeschränkt. Selbst für Fachleute ist es nicht einfach, den relevanten wissenschaftlichen Ertrag des vergangenen Jahrhunderts in Anerkennung der gesamten stadtforschenden Denkwelt schlüssig zu bündeln. Zu viel vereinzelt Wissen liegt vor und es fehlen – aufgrund von fragiler Forschungsförderung, diskontinuierlicher Institutionalisierung, wissenschaftlichen Machtkämpfen und der hohen Veränderungsdynamik des Gegenstandes – „nachhaltige“ Erkenntnisse komplexer städtischer Phänomene, zu denen auch die Unsicherheit in Städten gehört. Anders als in den Ingenieur- und Naturwissenschaften ist die Stadtsoziologie – wie ihre Nachbardisziplinen im Kanon der Stadtforschung – permanent mit neuen abhängigen Variablen konfrontiert, d.h. mit sich immer wieder modifizierenden Einflussgrößen. Unabhängige Variablen sind stets an Fragestellungen gebunden und gelten allenfalls für kurze geschichtliche Phasen an bestimmten Orten. Dies erschwert langfristige räumliche Vergleiche und unterstützt detailfixierte Dispersionen von Diskursen, praktischer Forschung und Ergebnisverwertung. Dennoch bietet das bislang angesammelte theoretische und empirische Detailwissen aus der Stadtforschung eine reichhaltige Quelle für zeitgenössische Reflexionen städtischer Unsicherheiten. Je nach wissenschaftlicher Erfahrung und Erkenntnis- bzw. gesellschaftlichen Gestaltungsperspektiven lassen sich darin einige auch heute fruchtbare Gedankenkomplexe entdecken.

Ausgehend von den eingangs skizzierten Fragen in Verbindung mit städtischen Verunsicherungen der Gegenwart erscheinen im Zusammenhang dieses Beitrages

folgende stadtsociologische Befunde relevant für wissenschaftlich erklärende und gesellschaftlich gestaltende Aktivitäten:

- Verunsicherung ist mittlerweile in allen zur Stadtforschung beitragenden Disziplinen als kontinuierliche Begleitmusik gesellschaftlicher Modernisierung anerkannt.
- Großstädte als „zentrale Orte“ solcher Verunsicherungen bieten den komplexesten Zugang zu ihren Erscheinungsformen und Ursachen; sie bündeln entsprechende Phänomene immer dann besonders augenfällig und öffentlich wirksam, wenn tief greifende gesellschaftliche Veränderungen sich in städtischen Lebenswelten früher als andernorts manifestieren.
- Strittig blieben in der Stadtforschung Erklärungen von zentralen Ursachen der Unsicherheit: Je nach wissenschaftlicher Disziplin dominieren eher wirtschaftliche, soziologische, biologische, politische, geografische oder kulturelle Denk- und Deutungsmuster. Liest man all diese Befunde unvoreingenommen zusammen, so verfestigt sich der Eindruck, dass das komplexe Phänomen der Unsicherheit immer nur in Teilfassetten, mit unterschiedlicher Methodik und vielschichtigen, nicht immer kompatiblen Ergebnissen beleuchtet wurde. Wir finden über längere oder kürzere Zeiträume selten aufeinander beziehbare Untersuchungsergebnisse über Armut und Ausgrenzung in Städten, Migration, politische, soziale, kulturelle oder ökologische Konflikte und Machtstrukturen, Wohnverhältnisse, milieuspezifische Lebensweisen, demographische und wirtschaftliche Veränderungen oder „Zeiten der Stadt“ etc. Unsicherheit erweist sich hier – sofern sie ausdrücklich oder verdeckt angesprochen wird – stets als mehr oder weniger beeinflusst von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in ihren jeweiligen systemischen und lebensweltlichen Ausprägungen unter je bestimmten räumlichen und sozialen Bedingungen. Welche dieser Einflüsse in welchem Ausmaß wo, wann, wie lange und in welchem Zusammenspiel wirksam werden, kann auch heute nicht abschließend beantwortet werden. Dennoch besteht in der Stadtforschung Gewissheit darüber, dass sich in der Artikulation großstädtischer Unsicherheiten (wie andernorts) verschiedene Phänomene überlagern. Sie gilt es – unter Berücksichtigung ihrer Wechselwirkungen – analytisch auf theoretischen und empirischen Wegen herauszufinden.
- Umfragen von Meinungsforschungsinstituten präsentieren gegenwärtig immer wieder Befunde sich ausbreitender Ängste vor Jobverlust, Fremdheiten, Einsamkeit und Armut, Umweltproblemen, Globalisierung oder Krieg und Gewalt.<sup>7</sup> Mediziner registrieren eine Zunahme diffuser Ängste und nennen das „generalisierte Angststörung“.<sup>8</sup> Stadtforscher sind wieder stärker mit dem Phänomen der

7 Vgl. z.B. *Frankfurter Rundschau* 25.02.2003: Jeder Zweite bangt um Job; oder *Hamburger Abendblatt* 31.05.2003: Angst im Job.

8 M. Zick, Ur-Ängste – Ängste – Neue Ängste, in: *Bild der Wissenschaft* 5/2002, S. 82.

Stadtflucht konfrontiert. Solche Angst-Konjunkturen in kurzen Zeitabständen und wiederkehrende räumliche Fluchtendenzen verweisen auf Verschränkungen unterschiedlicher verunsichernder Lebenserfahrungen. Das, was im Vordergrund als Bedrohung oder Angst erscheint und gefühlt wird, kann ganz unterschiedlich komplex, strukturell wie prozessual begründet sein. Solche Wirkgeflechte müssen wissenschaftlich im gesellschaftlichen Alltag erst mühsam entschlüsselt werden, um unangemessen vordergründiges, spekulatives Handeln zu vermeiden.

- Uneinigkeit besteht in der Stadtforschung bis heute auch über die Rolle des Raumes in der Entstehung und Veränderung städtischer Unsicherheiten: Zwar sind sich Fachleute darin einig, dass Verunsicherung – wie alle gesellschaftlichen Phänomene – immer in bestimmten Räumen und zu bestimmten Zeiten stattfindet. Inwieweit aber der Raum selbst und der jeweilige zeitliche Kontext zur Veränderung von Städten und damit auch der in ihnen vorhandenen Unsicherheiten beitragen, wird bis heute kontrovers diskutiert.<sup>9</sup> Legt man ein komplexes gesellschaftstheoretisches Raummodell zugrunde, wie es Dieter Läßle seit einigen Jahren zu vervollständigen versucht,<sup>10</sup> so kommt dem gesellschaftlichen Raum in seiner materiell-physischen, sozialen, ästhetisch-symbolischen und normativ regulierten Gestalt sowie in seinen mikro-, meso- und makroräumlichen bzw. funktionalen Differenzierungen meines Erachtens durchaus eine prägende Kraft für Unsicherheit in Städten zu. Gesellschaftliche Räume begünstigen oder erschweren Verunsicherung. Sie bieten Anregungen und Spielräume zu deren Verarbeitung auf all ihren konstitutiven Ebenen. Nicht zuletzt fordern gesellschaftliche Räume in diesem theoretischen Konzept stets auch ein explizites Nachdenken über die materiellen Artefakte einer Gesellschaft heraus, mit denen Menschen selbst zur Verunsicherung beitragen, die sie aber auch gestaltend verändern können. Ein solches Raumkonzept beugt der Gefahr stets zu kurz greifender Dramatisierungen und Ideologisierungen von Unsicherheiten vor, die auch in den Gesellschaftswissenschaften immer wieder unproduktiv „salonfähig“ bzw. riskant waren und noch sind. Fruchtbar wird das theoretische Konzept des gesellschaftlichen Raumes in der empirischen Untersuchung städtischer Unsicherheiten insofern, als es die Entwicklung komplexer interdisziplinärer Forschungsdesigns unterstützt und damit zu wirklichkeitsadäquateren Forschungsergebnissen beitragen kann.<sup>11</sup>

9 Vgl. *J. Mayer*, Die aufgeräumte Welt. Raumbilder und Raumkonzepte im Zeitalter globaler Marktwirtschaft, Rehburg-Loccum 1992; *G. Sturm*, Wege zum Raum. Methodologische Annäherung an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften, Opladen 2000; *M. Löw*, Raumsoziologie, Frankfurt a.M. 2001; oder *T. Krämer-Badoni / K. Kuhm* (Hrsg.), Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie, Opladen 2003 (im Erscheinen).

10 Vgl. als bereits elaborierten Ausgangspunkt *D. Läßle*, Thesen zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume, in: *J. Mayer* (s. A 9) S. 29-52.

11 Vgl. *I. Breckner / K. Sessar*, Unsicherheiten in europäischen Großstädten, in: *N. Gestring* (s. A 4), S. 107-116.

Betrachten wir vor dem Hintergrund dieser bescheidenen Erträge von Stadtforschung und Gesellschaftswissenschaft erste, noch genauer zu analysierende empirische Befunde einer aktuellen Studie zu Unsicherheit in europäischen Städten, so bestätigt sich das Bild der Vielfalt von Unsicherheit:<sup>12</sup>

- Unter den abgefragten „globalen Ängsten“ dominieren als große Probleme in allen Untersuchungsstädten mit mehr als 60% der Antworten solche vor epidemischen Krankheiten, religiösen Konflikten, Terrorismus, transnationaler Kriminalität und Krieg. Dieser Befund dürfte stark durch die zeitgleiche Vorbereitung und Diskussion des jüngsten Irak-Krieges ‚gefärbt‘ sein. Weniger Beunruhigung lösten bei den Befragten ökologische Probleme, Nutzung der Atomkraft, Überbevölkerung und Migration aus armen in reiche Länder aus.
- Die höchsten Prozentwerte für Beunruhigung auf „gesamstädtischer Ebene“ erzielte in den beiden Untersuchungsstädten Hamburg und Amsterdam das Drogenproblem; auf Rang zwei und drei finden wir in Hamburg Arbeitslosigkeit und Kriminalität, während in Amsterdam zuerst Kriminalität und dann in deutlichem Abstand Arbeitslosigkeit genannt wird. In Budapest steht Kriminalität an erster Stelle, gefolgt von Umweltverschmutzung und Bestechlichkeit. Demgegenüber dominiert in Krakau die Beunruhigung durch Arbeitslosigkeit mit dem höchsten Wert im Städtevergleich, gefolgt von hohen Prozentwerten für Armut und Kriminalität. In Wien stehen wie in Hamburg – wenn auch mit deutlich niedrigeren Werten – Drogen und Arbeitslosigkeit an den ersten beiden Stellen, gefolgt von Beunruhigung durch Ausländerkriminalität auf Rang drei.
- Ganz anders stellen sich Probleme in den Untersuchungsstädten in der Stadtperspektive dar: „Schmutz und Müll“ belegt als Antwort Rang 1 in der Problemwahrnehmung der Befragten in Hamburg, Amsterdam und Budapest. Demgegenüber stehen in Krakau „zu wenig Polizei“ und in Wien „Vandalismus“ im Vordergrund. Auf Platz 2 rangieren in allen Städten Probleme mit bestimmten Bevölkerungsgruppen: In Hamburg und Amsterdam sind es Jugendliche, in Budapest Obdachlose bzw. Bettler, in Krakau Betrunkene und in Wien die Belästigung von Frauen. Auf Rang 3 der Probleme im Stadtteil finden wir in Amsterdam, Budapest und Wien „zu wenig Polizei“, in Hamburg „zu wenig Freizeitangebote“ und in Krakau „Schmutz und Müll“.
- Mehr als die Hälfte aller Befragten nennt in allen Untersuchungsstädten eine Wohndauer von mehr als fünf Jahren im Gebiet und verfügt damit über eine

12 Vgl. *W. Keller / K. Sessar*, Quantitative Survey: Frequencies. Im Rahmen des EU-Projekts „Insecurities in European Cities“ (InSec) an der Universität Hamburg, Inst. für Kriminalwissenschaften, Abt. Kriminologie, Hamburg 2003 (Ms.). Die Erhebung wurde im Herbst 2002 in jeweils zwei Stadtteilen in Hamburg, Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien durchgeführt und befindet sich gegenwärtig im Stadium der Auswertung und Interpretation. Es handelt sich in jeder Stadt – sofern vorhanden – um ein Gebiet mit hohen Anteilen von Migranten und ein Gebiet mit Großwohnsiedlungen.

gewisse Erfahrung mit den jeweiligen Lebensbedingungen. Entsprechend beurteilen die Befragten in allen Untersuchungsgebieten die dort vorherrschende Atmosphäre mehrheitlich als „vertraut“.

- Erfahrung mit dem vertrauten eigenen Lebensraum scheinen aber nicht vor Unsicherheit zu schützen: Eher unsicher fühlten sich in ihrem Stadtteil in Amsterdam 43% bzw. 54% der Befragten, in Budapest 36% bzw. 58%, in Hamburg 41% bzw. 64%, in Krakau 38% bzw. 35% und in Wien 63% bzw. 67%.
- Hohe Anonymität in der Form fehlender Nachbarschaftskontakte dominierten bei einem Drittel der Befragten in den Amsterdamer und Wiener Stadtteilen. Die entsprechenden Werte liegen in Budapest, Hamburg und Krakau weitgehend unter 20% und damit deutlich niedriger.
- Auf die Polizei können sich in allen Untersuchungsgebieten etwa zwei Drittel der Befragten verlassen.
- Mit Ausnahme eines Stadtteils in Budapest und in Hamburg ist die Bereitschaft zur „Mitwirkung an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse im Quartier“ in allen anderen Untersuchungsgebieten allenfalls bei der Hälfte der Befragten gegeben.
- Trotz sich abzeichnender Unsicherheiten infolge globaler, städtischer und quartierlicher Entwicklungen haben mehr als 30% der Befragten in Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien ihren „Optimismus in Bezug auf die globale Zukunft“ nicht eingebüßt. Eher pessimistisch bzw. unentschieden äußerten sich in dieser Frage demgegenüber etwa 80% der Befragten in den Hamburger Stadtteilen.

Betrachten wir die bereits zusammengefassten Problemwahrnehmungen der Befragten auf globaler, gesamtstädtischer und Stadtteilebene im Vergleich zu ihren Angaben über Tatbestände, die ihnen auf städtischer Ebene „Sorgen bereiten“, so kommen weitere Aspekte möglicher Verunsicherung ins wissenschaftliche Blickfeld: Die Mehrheit der Befragten macht sich in allen Untersuchungsgebieten „große bzw. sehr große Sorgen“ über Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogenkonsum. Überdurchschnittliche Werte für „Sorgen“ in den untersuchten Städten sehen wir in Budapest und Krakau in Bezug auf Korruption innerhalb gesellschaftlicher Institutionen sowie Armut. In Krakau machen sich viele Befragte zudem Sorgen über unsichere Bahnen und Busse. In Hamburg und Krakau bereitet „Gewalt an Schulen“ überdurchschnittlich große Sorgen. „Umweltprobleme“ werden verstärkt in Hamburg, Budapest und Krakau als „Sorgenkind“ angegeben.

Die Daten zu „verunsichernden Problemen auf Stadtteilebene“ bestätigen weitgehend die eingangs zusammengefassten Befunde: Überall verunsichernd wirken demnach Jugendliche, die auf der Straße „herumhängen“ und Verunreinigungen des öffentlichen Raumes. In Amsterdam, Budapest und Krakau stellen Obdachlose und Bettler für ein Drittel bzw. die Hälfte der Befragten eine große Verunsicherung dar. Die „Belästigung von Frauen“ stellt eine eher gebietsspezifische Verunsicherung in Amsterdam und Krakau dar, weniger jedoch in Wien, wo dieses Problem eingangs

sehr betont wurde. Durch „Betrunkene auf der Straße“ fühlen sich die Befragten in Budapest und Krakau auffällig verunsichert, was mit den hier vorherrschenden (Un-)Kulturen des Alkoholgenusses bzw. den schwierigen Transformationsproblemen zusammenhängen könnte. Verunsicherung durch „Gewalt im privaten Raum“ wird – mit Ausnahme von Wien – in allen untersuchten Städten von mehr als 20% der Befragten genannt, wobei auch hier Unterschiede zwischen den jeweils untersuchten Stadtteilen festzustellen sind.

Die referierten Daten aus dem EU-Projekt „Insecurities in European Cities“ liefern erste Beschreibungen der differenzierten Aspekte von Verunsicherung im städtischen Alltag. In ihrer Verknüpfung (nach genauer Prüfung der jeweiligen Aussagekraft) und in Kombination mit den entstehenden Befunden der laufenden qualitativen Befragung in denselben Untersuchungsgebieten ermöglichen sie schließlich Einblicke in subjektive und kollektive Konstruktionen der Unsicherheit in der Stadt. Solches – in diesem Projekt noch zu erarbeitendes Wissen – bietet eine Grundlage für die Konzeption von gesellschaftlichem Handeln in Bezug auf Unsicherheit.

### 3. Städtische Verunsicherungen als Herausforderung in gesellschaftlicher Praxis: Verwertungsmöglichkeiten stadtsoziologischer Befunde

Welche Erkenntnisse der Stadtforschung sind für welche gesellschaftliche Praxis in Bezug auf Unsicherheit im Raum warum relevant? Verunsicherung im städtischen Alltag existiert offenbar. Sie ist gleichzeitig aber ein schwer zu fassendes, flüchtiges und daher leicht für Ideologie und Instrumentalisierung anfälliges Phänomen.

Betrachten wir die dargestellte Palette potenziell verunsichernder städtischer Wirklichkeiten, so sind sie immer in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse eingebettet und berühren Aufgabenfelder einer Vielfalt von gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen: Arbeitslosigkeit, Armut oder Kriminalität weisen z.B. unterschiedliche zeitliche Konjunkturen und räumliche Ausprägungen in Abhängigkeit von den jeweiligen Strukturen und Entwicklungsprozessen einer Gesellschaft auf. Während bei Kriminalität im Falle identifizierter Täter noch tätige Subjekte greifbar sind, ist das bei Armut und Arbeitslosigkeit deutlich schwieriger. Bei allen Akteuren, die mit ihrem jeweiligen Handeln zur Verunsicherung in der Stadt beitragen, geschieht dies mit mehr oder weniger Wissen über und personaler Verantwortlichkeit für diesen Zusammenhang in jeweils bestimmten strukturellen Kontexten. Die jeweils menschlich geschaffenen und wirkmächtigen Systeme des Wirtschaftens, der politischen Gestaltung, der Aus- und Weiterbildung, der sozialen Sicherung, der Rechtsfindung und Rechtsprechung sowie der geltenden Normen und Werte beeinflussen das Handeln aller institutionellen und privaten Akteure im Feld städtischer Unsicherheiten. Geraten – wie in der Gegenwart – gleich mehrere gewohnte systemische Eckpfeiler in eine Krise oder stehen sie gar zur Disposition, tritt wiederum Verunsicherung ein. Jede sich abzeichnende Veränderung wird unter dem Aspekt

ihrer Sicherheitsversprechen beurteilt, unter Vernachlässigung der Tatsache, dass absolute Sicherheit immer schon eine Fiktion war. Unrealistische Sicherheitserwartungen dienen als mentale Konstruktionen der Abwehr analytischer Anstrengungen im privaten oder professionellen Alltag. Sie arbeiten in der Regel unbewusst mit einem kindlichen Delegationsprinzip an vermeintlich Stärkere – sei es Gott, seien es Vorgesetzte, kraftvoll erscheinende Akteure in Politik und Verwaltung oder Machtfiguren in Familien bzw. Freundeskreisen.

Erlitten werden Verunsicherungen im städtischen Alltag in unterschiedlichen qualitativen und quantitativen Dimensionen zunächst individuell. Inwiefern es sich dabei um kollektives Leiden in unterschiedlichen Ausprägungen handelt, lässt sich erst feststellen, wenn dieser Sachverhalt analysiert und darüber öffentlich kommuniziert wird: Welche Verunsicherung tritt in der Gesamtstadt und ihren Teilräumen bei welchen Bevölkerungsgruppen warum und in welcher Weise konzentriert auf? Wie werden solche Verunsicherungen individuell bzw. gruppenspezifisch mit welcher gesellschaftlicher Unterstützung verarbeitet? Sowohl eine Klärung, als auch die Verdrängung, Tabuisierung oder Instrumentalisierung solcher Fragen beeinflussen die öffentliche Sensibilität für entsprechende Phänomene sowie die Intensität eines gesellschaftlichen Engagements für deren Bewältigung. Bleiben z.B. bestimmte Verunsicherungen begrenzt auf städtische Räume, in denen machtvolle politische Akteure keine Wähler vermuten, oder in die sich die Mehrheit der Stadtbevölkerung selten verirrt, besteht die Gefahr der mentalen und emotionalen Ausgrenzung dieser Wirklichkeiten. „Afrika“ mit vergessenen bzw. verdrängten Problemen befindet sich – so gesehen – in jeder Stadt. Vor diesem Hintergrund liegt eine zentrale Herausforderung gesellschaftlicher Praxis in Bezug auf Unsicherheit in der Stadt in ihrer Vergewärtigung durch sorgfältige Wahrnehmung und kontinuierliche Analyse jenseits situativer Skandalisierungen und Effekthascherei.

Die Problematik der Verunsicherung ist zu ernst, als dass sie zum Mittel politischer oder kultureller Inszenierung von Machtgelüsten missbraucht werden könnte. Sie wirkt sich – längerfristig betrachtet – auch auf die Strukturen des städtischen Alltags aus: Verfall, anhaltende Desinvestition, Verödung, Abwanderung, Entpolitisierung oder soziale Verrohung springen schon längst über die Grenzen ihrer Kerngebiete. Sie belasten nachhaltig öffentliche Haushalte, gefährden Vorteile des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“, demotivieren bürgerschaftliches Engagement und überfordern alle Institutionen, die dem Umgang mit den Folgen solcher Verunsicherung nicht ausweichen können. Individuell oder kollektiv erlittene Unsicherheit wirkt – so gesehen – zurück auf gesellschaftliche Strukturen und erzeugt ein pessimistisch-resignatives Klima für unvermeidliche gesellschaftliche Gestaltungsprozesse. Eine solche pathologische gesellschaftliche Paralyse verzehrt genau diejenigen Ressourcen von Mut, Kreativität, Experimentierfreudigkeit und Solidarität, die für eine innovative und zukunftsfähige gesellschaftliche Praxis am dringendsten benötigt werden. Politik allein kann unter solchen Voraussetzungen allenfalls begrenzte Impulse setzen.

In den Ergebnissen der laufenden Untersuchung über „Unsicherheit in Europäischen Städten“ spiegelt sich das dargestellte Dilemma der Verunsicherung im städtischen Raum wie folgt:<sup>13</sup>

- Ein Drittel bis zu 50% und mehr der Befragten in den Städten Hamburg, Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien sehen in einem Mangel an Polizei auf der Straße ein Problem. Einzige Ausnahme bildet hier eines der Wiener Untersuchungsgebiete. Demgegenüber erreicht die Sicherheitserwartung gegenüber „mehr Polizei auf der Straße“ Werte zwischen 40% und 90% und ist gegenüber privaten Sicherheitsdiensten nur in Amsterdam bei mehr als 50% der Befragten als besonders ausgeprägt.
- Knapp die Hälfte aller Befragten sieht in einer Verbesserung der Beleuchtung eine angemessene Maßnahme zur Bewältigung von Verunsicherungen im Stadtteil.
- Hohe Sicherheitserwartungen an Videoüberwachung knüpfen mehr als die Hälfte der Befragten in einem Amsterdamer Untersuchungsgebiet sowie in Krakau.
- Kooperation zwischen Polizei und Bürgern wird – mit Ausnahme von Budapest – in allen untersuchten Städten von mehr als der Hälfte der Befragten als angemessene Maßnahme gegen Verunsicherung im Stadtteil angesehen.
- Verbesserung der Sauberkeit von Straßen und Plätzen gilt für gut zwei Drittel der Befragten in Amsterdam, Hamburg-Wilhelmsburg und Krakau-Kasimierz als Symbol einer Bewältigung von Unsicherheitsproblemen.
- Bürgerbeteiligung im Stadtteil wird – mit Ausnahme von Budapest – von etwa 50% der Befragten als probates Mittel zur Bewältigung von Verunsicherungen beurteilt.
- Beim Indikator „Prävention schulischer Gewalt“ steigen die Sicherheitserwartungen in allen untersuchten Gebieten auf Werte um 40% in Budapest, 50% in Amsterdam-De Baarsjes sowie auf Werte zwischen 70% und 80% in Amsterdam-Zuidoost und den anderen Städten.

Diese im weiteren Verlauf der Forschung noch eingehender zu interpretierenden Befunde zeigen, dass die Hoffnung auf Sicherheit gewährende gesellschaftliche Institutionen keineswegs geschwunden sind. Es zeigt sich aber auch eine Vorstellung zur Mitwirkung an der Gestaltung von Sicherheit im Stadtteil durch Bürgerbeteiligung im Stadtteil und Kooperation mit der Polizei. Inwieweit diese vorstellbare Aktivität der Bürger handlungsrelevant ist und wie sie sich produktiv mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols vernetzen ließe, bedarf weiterer Abklärung.

Strukturen europäischer Städte verändern sich zwar in der globalen Ökonomie: Stadtregionen und regionale wie globale Netzwerke werden zunehmend wichtiger,<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. ebda.

<sup>14</sup> Vgl. D. Läßle, Die Auflösung städtischer Strukturen und die Neuerfindung des Städtischen, in: F. Oswald / N. Schüller (Hrsg.), Neue Urbanität. Das Verschmelzen von Stadt und Landschaft (im Erscheinen).

dennoch bieten europäische Städte auch gegenwärtig und für die Zukunft unverzichtbare Voraussetzungen für eine hohe Qualität gesellschaftlicher Integration und innovativer wirtschaftlicher Entwicklung unter demokratischen Bedingungen. Vor diesem Hintergrund besteht gegenwärtig eine besondere Herausforderung für Stadtpolitik, Wirtschaft, Polizei und Justiz, Kultur und Bildung wie für alle Nutzer städtischer Räume, Verunsicherungen auf nationaler, föderaler, stadregionaler und quartierlicher Ebene abzubauen. Der aktuell stattfindende strukturelle Wandel in der Bundesrepublik, in Europa wie weltweit erweist sich als vergleichbar einschneidend wie die jeweiligen Entwicklungsphasen der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Eine intelligente Bewältigung heutiger Transformationsprozesse erfordert auch in West- und Osteuropa den kreativen Umbau und Einsatz aller traditionellen und die Entwicklung neuer Ressourcen. Verunsicherung jeder Art behindert oder gefährdet solche notwendige Anstrengung. Stadtregionen sind und bleiben voraussichtlich „zentrale Orte“ gesellschaftlicher Veränderungen und bedürfen deshalb einer entsprechend sensiblen, Verunsicherung vermeidenden Gestaltung.

#### 4. Gestaltungsoptionen des Städtischen in der Gewissheit von Unsicherheit

Kann Verunsicherung vermieden werden? Wenn ja, durch welche Akteure? Was bedeutet die Rede von der „Gewissheit von Unsicherheit“? Und was in diesen Zusammenhängen ist auf welchen raumzeitlichen Ebenen politisch, planerisch, ökonomisch, sozial, kulturell oder administrativ inwiefern gestaltbar? In abendländischen Demokratien existieren gesellschaftliche Institutionen, die traditionell für die Gewährleistung von Sicherheit zuständig sind: Die Polizei als Vertreterin des staatlichen Gewaltmonopols hat ihre vornehmste Aufgabe in der Absicherung vor Gewalt unter Einhaltung jeweils geltender demokratischer Spielregeln. Familien, Schulen, staatlichen Ausbildungsstätten, Architekten, Stadtplanern und Bauingenieuren oder staatlich anerkannten religiösen Institutionen obliegt u.a. die Aufgabe alltäglicher Abwehr sozialer und kultureller Verunsicherung. Politische Institutionen, d.h. Parteien und andere politische Vereinigungen wie z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder demokratische soziale Bewegungen stehen mehr oder minder in der systemischen Pflicht sozialer, kultureller, rechtlicher und wirtschaftlicher Absicherung der Gesellschaftsmitglieder. Nicht zuletzt stehen private Unternehmen in den diversen demokratischen Spielarten sozialer Marktwirtschaft in der Pflicht, wirtschaftliche und damit auch soziale, politische und kulturelle Verunsicherung abzuwehren. Vor diesem Hintergrund erscheint der Kosmos der für Sicherheit zuständigen Akteure hinreichend komplex. Warum sind Menschen dennoch verunsichert? Versagen die genannten gesellschaftlichen Institutionen oder sind die gedanklichen Konstrukte in den systemischen Konzepten und alltäglichen Erwartungen der Gewährleistung von Sicherheit unrealistisch? Beide Aspekte erklären meines Erach-

tens auf je besondere Weise die Persistenz von Unsicherheit auch in reichen und entwickelten Gesellschaften der Gegenwart!

Die Konstruktion gesellschaftlicher Institutionen hat inzwischen ein Maß an Komplexität erreicht, das selbst die in ihnen alltäglich tätigen Subjekte in verschiedener Hinsicht oftmals überfordert. Gesetze werden in ihren Ausführungsbestimmungen selbst von Fachleuten häufig nicht mehr verstanden und im Detail befolgt. Einige gesellschaftliche Führungskräfte artikulieren manchmal, dass ihr gesellschaftlich anerkannter Erfolg mit innovativen Praktiken Gesetzesverstöße erforderte. Zumindest Widersprüche bestimmen häufig selbst in grundlegenden gesellschaftlichen Handlungssphären den Alltag. Ihre juristische Aufklärung ist langwierig, kostenintensiv und kommt deshalb oft viel zu kurz. So bleibt das Handeln der betroffenen Akteure intuitiv und im Zweifelsfall widersprüchlich. Politikerinnen und Politiker verstehen oft nicht mehr den Rat von wissenschaftlichen oder anderen Fachleuten. Sie fühlen sich selbst zeitweise ratlos und unsicher. Dies öffentlich einzugestehen, gefährdet aber ihre Entscheidungsmacht, deshalb wird öffentlich meist Sicherheit vorgetäuscht. Diejenigen Akteure, die trotz wissender Verunsicherung und im Angesicht von Strafen so tun, als wäre alles sicher, spielen mit dem Mittel der Suggestion von Stärke. Sie hoffen auf politische, soziale oder kulturelle Resonanz des Publikums durch Sicherheit suggerierendes Auftreten und scheitern erst dann relativ abrupt, wenn sich ihre Machtfigur in der Wirklichkeit als Täuschung erweist.

Die Adressaten widersprüchlicher Machtspiele in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Soziokultur sind selbst an den Überlebenschancen trügerischen, korrupten oder zumindest widersprüchlichen Handelns im Feld der Verunsicherung beteiligt. Denn sie selbst verdrängen ihre demokratische Pflicht politischen Handelns in der Gesellschaft zu leichtfertig zugunsten von Machtinszenierungen und Konsumfließ unter fragwürdigen Bedingungen mit allenfalls kurzfristig befriedigenden Ergebnissen. Wirklichkeitsschock in Form von Verschuldung, gerissenen sozialen Netzen, politischer Hoffnungslosigkeit oder kulturellen Überforderungen bleibt nicht aus. Er stellt sich aber meist erst zu einem Zeitpunkt ein, an dem ein reflexiver Rückblick auf den Prozess des Hineinschlitterns in die Unzufriedenheit zumindest mühsam erscheint und dann oft vermieden wird. Was bei diesen Menschen bleibt, ist die Hoffnung auf eine Rettung. Es ist das alte, schon vom Soziologen und Nationalökonom Max Weber analysierte Bild der Erlösungsphantasie durch einen starken Anderen, das in unterschiedlichen religiösen Kontexten in der Geschichte bereits verschieden gefährliche Ausprägungen erfahren hat. Auf der Ebene der Subjekte bleibt nur die unbequeme Wahl der Erkenntnis, dass wir alle für ein Gefühl allenfalls relativer Sicherheit selbst verantwortlich sind. Denn wir sind es selbst, die zumindest in demokratischen Gesellschaften erhoffte Erlöser ermächtigen: Wir wählen sie, wir arbeiten für sie, wir konsumieren ihre bereitgestellten Waren, Normen und Werte. Wir scheuen mehr oder weniger den offenen Konflikt mit Dingen, Strukturen und Prozessen, die uns „gegen den Strich gehen“. Wir hoffen klammheimlich

auf Veränderungen, ohne zu wissen, wer sie wann und warum bewerkstelligen sollte. Es ist ein wachsender Teil von Gesellschaftsmitgliedern erforderlich, der die Fallstricke eigener Sicherheitsphantasien erkennt. Solche Menschen bedürfen der Begleitung durch gesellschaftliche Institutionen, die sich von unrealistischen Suggestionen von Sicherheit zugunsten transparenter Bemühungen um deren Gewährleistung befreien.

Was aber vermittelt heutzutage Sicherheit oder nährt zumindest eine realistische Hoffnung darauf? In erster Linie ist es Vertrauen in soziale Beziehungen, kulturelle Normen und das Handeln von Menschen innerhalb und außerhalb von Institutionen. Solches Vertrauen entsteht durch subjektiv erlebtes erfolgreiches Handeln in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären. Das Spektrum solcher Möglichkeiten reicht von Erfolgen in der Bewältigung auch selbst bestimmter Arbeitsaufgaben, über erfreuliche Erfahrungen in sozialen Kreisen der Kollegen, Nachbarn, Freunde oder Verwandten bis hin zu gelebter kultureller und politischer Gestaltungskompetenz im privaten und gesellschaftlichen Alltag. Voraussetzungen zur Verwirklichung solcher Sicherheitsmöglichkeiten liegen in praktischen Chancen der Mitwirkung am eigenen Alltag, in öffentlichem Austausch über kollektive und private Handlungsalternativen, in kooperativen Prozessen der Umsetzung innovativer Ideen und Strategien usw. Solche Voraussetzungen sind subjektiv und institutionell abzusichern. Niemand in einer Gesellschaft ist von der Verantwortung für erfolgreiche Balanceakte mit stets neuen Verunsicherungen befreit. Unsicherheit geht uns alle an und wird nie aufhören uns zu beschäftigen. Ein erster Schritt ihrer Bewältigung muss das Eingeständnis von Unsicherheit und die Hoffnung auf Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung sein. Das ist die Philosophie, die jedes vermeintliche Rezept gegen Unsicherheit auszufüllen hat. Vermissen wir in entsprechenden Handlungsempfehlungen entsprechende Aspekte, ist Skepsis im Urteil und stringente Analyse der jeweiligen Sachverhalte angebracht. Letztere eröffnen uns am ehesten einen Weg zur Erkundung realer Versicherungen, die wir nicht kaufen, sondern gemeinsam in Abgrenzung von kursierenden Hirngespinnsten der Verunsicherung mit anderen nach besten Möglichkeiten gestalten müssen.

Ein Blick auf die ersten empirischen Befunde der laufenden Studie zur „Unsicherheit in europäischen Städten“ zeigt etwas ausgeprägtere Verunsicherungen u.a. infolge aktueller Transformationsprozesse in den beteiligten osteuropäischen Nachbarländern. Phänomene solch tief greifender Art würden aber überall auf der Welt Unsicherheit auslösen. Deshalb ist die interessante wissenschaftliche und politische Frage nicht allein die nach der Differenz von Verunsicherung im Ost-West-Vergleich, sondern vor allem diejenige nach den Ähnlichkeiten von Unsicherheiten trotz gegebener Unterschiede der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Verarbeitung im gesellschaftlichen Alltag.

Juan Rodríguez-Lores

## Zur Dialektik der Sicherheit

### 0. Einführung

Sicherheit und Unsicherheit sind gegensätzlich. Aber aus dem Widerspruch entsteht nicht das Neue. Seine Kraft verbraucht sich sinnlos im geschlossenen Kreis endloser Wiederholungen, wie die hektische Bewegung des Hamsters im Tretrad, die ihm niemals die Befreiung aus dem Käfig bringt. Die Dynamik wird immer hektischer: immer neuere und umfassendere Sicherheitsinstrumente, Maßnahmen und Normen, immer besser geschützte Orte für die Sicherheit, immer höhere Ausgaben. Aber die Ausgaben erscheinen unsinnig in Notzeiten. Die Normen engen das soziale und private Leben ein, die Orte, Maßnahmen und Instrumente verbreiten Furcht und Schrecken. Die Anstrengungen um Sicherheit sind kontraproduktiv und führen zum Ausgangspunkt zurück, wo man sich mit der ursprünglichen, nun aber verschärften Unsicherheit wieder findet.

Man schafft keine Sicherheit. Was bleibt, ist die alte irrealer Sicherheit, die aber bei jeder Drehung des Tretrades noch mehr frustriert: das obsessive Verlangen nach einem flüchtigen Objekt, das uns stets entflieht. Man kann zwar dieses Objekt benennen, aber man kennt es nur sehr diffus aus Legenden und vagen Versprechen. Dieser dialektische Unsinn ist erfolgreiche Strategie für die gesellschaftliche Konsensbildung. Das stets angespornte und immer wieder frustrierte Verlangen nach Sicherheit garantiert Akzeptanz für Sicherheitspolitiken aller Art und ist somit letztlich Verlangen nach Unsicherheit. Wahrscheinlich war es immer so. Aber die Erkenntnis der Kontinuität der Vergangenheit lässt die Gegenwart noch unerträglicher erscheinen.

### 1. Verkehrte Beziehungen von Sicherheit und Unsicherheit

Vorstellungen und Gedanken von wirklichen oder eingebildeten Gefahren wecken das Gefühl der Unsicherheit und stacheln das Verlangen nach Sicherheit an. Sicherheitsmittel können die Gefahren vermehren oder verschärfen und die ursprüngliche Unsicherheit steigern.

Ein Auto war für mich immer ein überschaubares Gebilde: ein Motor auf vier Rädern mit sinnvollen, bedienerfreundlichen Zusatzgeräten (Lenkrad, Gas- und Bremspedal, Handkurbel, Landkarte u.ä.). In einem solchen Auto fühlte ich mich als Fahrer sicher. Kürzlich hatte ich ein Luxusauto der neuen Generation zu fahren.

Verständliche Mechanik und sinnvolle Zusatzgeräte waren dort durch für mich unbegreifbare „High Tech-“ und andere sinnlose Funktionen abgelöst worden. Ich war verunsichert. Der bunte Wirrwarr zahlreicher Lichter schien mir unnötige Prahlerei und steigerte die Unsicherheit, die im Begriff war, zur Angst vor der Macht des willkürlichen Fremden zu werden. Ich witterte kommende Gefahren. Nach wenigen Metern Fahrt löste ein akustisches Signal den ersten Schrecken aus. Ein rotes Glöckchen bestätigte optisch die Gefahr, ohne sie zu erklären. Die Hartnäckigkeit beider Signale zwang mich, auszusteigen. Erst später wurde ich aufgeklärt: Es hatte sich bloß um eine Art „High Tech“ Polizisten gehandelt, der mich freundlich davor warnen wollte, dass ich mich nicht angeschnallt hatte. Seine harknäckige Freundlichkeit ist wirksamer als die Schrofheit wirklicher Polizisten gewesen. Seit diesem Erlebnis schnalle ich mich immer spontan an.

Das Beispiel mag banal scheinen, aber ich habe etwas Wichtiges gelernt: Sicherheitsvorkehrungen, die vor wirklichen oder unwirklichen Gefahren warnen, können als Drohung empfunden werden, die festen Glauben an die fremde Ordnung und letztlich Selbstdisziplinierung erzwingt. Im Alltagsleben stößt man stets auf Situationen, in denen die seltsamen verkehrten Beziehungen von Sicherheit und Unsicherheit noch beklemmender sind, weil sie erfahrungsgemäß echte Gefahren in sich bergen, z.B. wenn Polizisten oder Militärs in voller Waffenmontur zum mutmaßlichen guten Zweck der öffentlichen Sicherheit oder der Freifahrt für prominente Personen Wache stehen, Straßen sperren, kontrollieren und in Überzahl eine friedliche Bürgerkundgebung begleiten. Bekannte erzählen mir, bei diesen und ähnlichen gewöhnlichen Maßnahmen spüren sie inzwischen lediglich Verdruss. Mancher Durchschnittsbürger kann jedoch regelrecht durchdrehen. Ich selbst verspüre leise Angst vor nicht unwahrscheinlichen Gefahren, da ich weiß, dass Ordnungshüter im Dienst hinter der Maske gestellter oder ernst gemeinter Drohgebärde meistens große Angst verbergen, die bei der ersten falsch verstandenen Bewegung eines harmlosen Passanten zum willkürlichen Gewaltausbruch führen kann. Auf alle Fälle sind die Grenzen zwischen Verdruss, leiser Angst oder Durchdrehen fließend.

Alle drei Empfindungen bringen die gleiche Unsicherheit zum Ausdruck, die zum gleichen Ergebnis führen kann: man überlässt den öffentlichen Raum und das öffentliche Geschäft denjenigen, die lauter drohen, und man zieht sich in die vermeintliche Sicherheit des Privatbereiches zurück. So verhält sich zumindest die Mehrheit.

## 2. Politische Instrumentalisierung der Sicherheit

Sicherheit lässt sich leicht zu fremden Zwecken manipulieren. Unter absolutistischen Regimen ist sie immer zum Instrument des Regierens missbraucht worden. Sogar moderne Demokratien greifen häufig darauf zurück. Die politische Wirkung ist umso größer, je gefügiger den Regierungen die Masseninformativmittel sind.

Nach bewährter Strategie wird die Unsicherheit künstlich angestachelt. Dafür werden z.B. Gefahren erfunden bzw. existierende Gefahren aufgebauscht, bis schließlich unter der Bevölkerung unwiderstehlicher Drang nach Sicherheit zu jedem Preis ausbricht. Gewisse Gefahrenbereiche, wie etwa Krieg, Gesundheit und Wirtschaft, sind besonders geeignet, weil in ihnen die schlimmsten existentiellen Ängste vor Tod, Krankheit oder finanziell ungesicherter Zukunft naturgemäß schlummern. Gefahren werden erfunden, wenn z.B. Kriegsdrohung publizistisch zu Zeiten verbreitet wird, wenn gar kein Kriegsausbruch im eigenen Land unmittelbar bevorsteht. Existierende Gefahren werden aufgebauscht, wenn z.B. punktuelle terroristische Drohungen verallgemeinert und mit Hilfe einseitiger Bilder und Nachrichten der Grausamkeit zum allgegenwärtigen Schreckgespenst hochstilisiert werden, oder auch wenn der Ursprung des Terrorismus in der nationalen oder internationalen Ausbeutung verschwiegen und Befreiungsakte oder -organisationen zur Dämonie erklärt werden, die der mutmaßlichen kulturellen oder gar angebotenen Bosheit bestimmter Menschen bzw. Völker zuzuschreiben wäre. Auf der Grundlage von halben Wahrheiten und Lügen entsteht dann ein allgemeines hysterisches Gefühl von Unsicherheit, das nicht nur der Führung von externen Kriegen, sondern auch dem Abbau von Freiheiten und Rechten im eigenen Land Zustimmung und Legitimation verschafft.

Im Bereich der öffentlichen Gesundheit vermehren sich in jüngster Zeit sehr seltsame Gefahren. Für tot erklärte Krankheitserreger erstehen resistenter denn je und neuere mit tödlichen Folgen werden geboren. Die Medizin reagiert zunächst nach bewährter Methode und gibt ihnen schwer verständliche, Furcht erregende Namen; aber es vergehen Jahre, bis erste unbezahlbare Gegenmittel auf dem Markt zugänglich sind. Die Ursachen bleiben meistens im Dunkeln. Politische Stellen sind zunächst auch fassungslos und schweigen; aber bevor die wahren Ursachen durchsickern, organisieren sie Desinformation und setzen Legenden in Umlauf (z.B. über AIDS: Schwule, Afrika), die ablenken. Nur wenige Journalisten oder Schriftsteller wagen, politisch unkorrekt zu handeln und geben möglicherweise wahre Theorien bekannt. Inzwischen wütet die neue „Pest“ - bester Nährboden für Gruselgeschichten im Fernsehen und den Massenzeitungen, die die große Gefahr zusätzlich übertreiben. Die aus der sinnlichen Wahrnehmung entstandene Angst wird unter dem Einfluss von Unkenntnis oder verfehlten Kenntnissen und verdrehten Fakten zur kollektiven Panik. Es ist dann der günstige Augenblick, um strenge Verhaltensnormen zu erlassen, die soziale und private Lebensführung disziplinieren und eingebürgerte Freiheiten und Rechte einschränken. Kraft der Strategie „Drohung und Heilversprechen“ zugleich wird jede Einschränkung willig von der Bevölkerung akzeptiert.

Im ökonomischen Bereich herrscht neuerdings wieder große „Wirtschaftsnot“, die für Aufregung sorgt. Es handelt sich jedoch um eine seltsame „Not“. Mancher Grund für die Aufregung ist zumindest undurchsichtig und bedürfte zusätzlicher Erklärung, z.B. wenn nach Jahren ununterbrochenen Wachstums Betriebs- und Bör-

sengewinne schwanken, die Produktion teilweise umgestellt werden muss oder in einigen Branchen sinkt und die Preise für wenige Massenartikel herabgesetzt werden. Andere Gründe sind von früher gut bekannt und einsichtig, u.a. Explosion der Wohnungspreise, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Fortsetzung jahrelanger Lohnentwertung und Volksverschuldung. Zum Missverständnis der Not trägt wesentlich bei, dass alle angeblichen und echten Gründe für Aufregung bzw. Noterscheinungen undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Der allgemeine Menschenverstand kann diesen zerrissenen Zusammenhang der Not nicht mehr begreifen, aber trotzdem stellt sich die Bevölkerung ernsthaft die einfachen Fragen, auf die eine gesunde Vernunft drängen müsste: Wo ist das Geld geblieben? Hat jemand es gehortet? Wenn die längst fällige Senkung überhöhter Preise endlich geschieht - warum soll sie den einschüchternden Namen „Deflation“ erhalten? Wer soll eingeschüchtert werden? Zu welchem Zweck? Diese und ähnliche Fragen werden nicht bzw. verklausuliert bis zur Unverständlichkeit beantwortet.

Die Tatsache, dass den meisten Menschen Fakten und Daten durch die tägliche Berichterstattung zugänglich werden, ändert wenig an einer Situation allgemeiner Verblendung. Politiker und Massenmedien klären nicht auf. Fakten und Daten werden herausfiltriert, in verkäufliche Nachrichten verwandelt und je nach Interessenlage oder politischer Position in statistischem Aggregatzustand verharmlost bzw. als Horrormeldung übertrieben. Die gleichen Fakten und Daten erscheinen in unterschiedlichen Gestalten: als beruhigende Bluffs, die den Status quo festschreiben, oder als bedrohliche Steine, die die letzten Lichter einer schweren Zukunft auslöschen.

Unter diesen Umständen hilft auch kaum die andere Tatsache, dass trotz ideologischer und sprachlicher Wirklichkeitsverfälschung die Betroffenen unvermindert weiter Gefahren und Schäden am eigenen Leib wahrnehmen. Es sind zwar schmerzliche Selbsterfahrungen, aus denen richtige Wirklichkeitskenntnisse und letztlich auch das Bewusstsein notwendiger Revolte hervorgehen dürften, aber kraft Desinformation entsteht einseitige Angst um Besitzstand und Zukunft, die den Denkprozess im Keim erstickt. Das Handeln erscheint zwecklos.

Der Augenblick ist wieder günstig, um „notwendige Reformen“ oder eine „neue Ordnung“ zu beschließen und ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen. Sie mögen in Wirklichkeit rückwärts gewandt sein, aber in Zeiten ratloser Unsicherheit erscheinen sie als einzige mögliche Heilmittel, die geduldet oder gar enthusiastisch akzeptiert werden. Minderheiten, die sich zur Wehr setzen, werden als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor angesehen. Sie dürfen als „ewige Nörgler und Verlierer“ diffamiert und als solche der Lächerlichkeit preisgegeben und auch gelegentlich von Polizei und Mitbürgern unbeschadet physisch angegriffen werden.

Die jüngste „neue Ordnung“ die bereits seit Jahren schrittweise in die Tat umgesetzt wird, wird „Neoliberalismus“ genannt. Der Name verweist auf das unsichere 19. Jahrhundert, als sich der ökonomische Liberalismus unter politischer Förderung

ausbreitete. In der Tat bedeutet er heute wieder den Sturz wesentlicher Säulen gesellschaftlicher Sicherheit: Arbeitsrechte, Wohn-, Gesundheits- und Rentenversorgung, öffentliche Dienstleistungen und Besitztümer usw. Entstandene Massenhysterie und Zerschlagung des solidarischen Gefüges wecken auch fatale Erinnerungen an die Lage unter diktatorischen Regimen des 20. Jahrhunderts, als Ausweglosigkeit den Untertan wieder hervorbrachte, dessen Lebensregel die Sehnsucht nach Unterwerfung war. Große Teile der Bevölkerung begrüßten die aggressive Innen- und Außenpolitik und genossen die neuere Unsicherheit als günstige Gelegenheit zur Teilnahme an Macht und Repression.

### 3. Instrumente der Sicherheit

Sicherheit, sei sie geerbt oder in Aussicht gestellt, wird normiert. Die Normen dürfen mehr oder weniger streng sein, aber sie müssen eingehalten werden. Dafür sind wiederum Hilfsmittel notwendig, die Akzeptanz herstellen und ihre Einhaltung überwachen. Akzeptanz kann man durch Gewohnheit, rationale Argumente bzw. Lügen und notfalls Gewalt erreichen. Normeneinhaltung verlangt nach Zwang, der geistiger oder physischer Natur sein kann. Die Normen selbst sind ein solches Mittel, weil sie mit Schaden drohen, falls man sie nicht akzeptiert oder gegen sie verstößt. Aber es gibt auch besondere Hilfsmittel und -mechanismen: Ausbildung, soziale Kontrolle, Massenmedien u.a. kümmern sich hauptsächlich um die Herstellung von Normenakzeptanz. So genannte Staatsapparate - u.a. Militär, Polizei und Verwaltung - stellen die Umsetzung der Normen und Kontrolle ihrer Einhaltung sicher, notfalls unterdrücken sie den Widerstand von Personen und Gruppen, die nicht einverstanden oder feindlich gesinnt sind. Hinsichtlich dieser Staatsapparate interessieren hier besonders die Empfindungen der Menschen und die Auswirkungen auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse.

Im militärischen Bereich ist die Sprache teilweise sachlich und verweist auf die Funktion der Einschüchterung unter Gewaltandrohung: „Streitkräfte“, „Schlagkraft“, „Kriegsführung“. Dennoch hat seine oberste Behörde mancherorts seinen Furcht erregenden Namen des „Kriegs-“ durch den harmloseren des „Verteidigungsministeriums“ abgelöst. Ähnlich spricht man gewöhnlich von „Verteidigung“ und „Prävention“ und weniger von „Angriff“. „Verwaltung“ oder „Administration“ suggeriert die technische Arbeit der Haushaltsführung, aber tatsächlich übt sie politische und polizeiliche Tätigkeiten aus, wie etwa Normen aufstellen oder operationalisieren, für deren Einhaltung sorgen, Menschen kontrollieren und gegebenenfalls bestrafen. Fügt man hinzu, dass jeder Gang in die Verwaltung mit einem quasi religiösen Zeremoniell und nicht selten mit Schikanen verbunden ist und dass „Amtshandlungen“ allgemein Willkür oder zumindest Unverständlichkeit zugeschrieben wird, so wird verständlich, dass Bürger die Verwaltung mit Einschüchterung und sogar

Drohung gleichzusetzen pflegen. Bezeichnenderweise gilt das nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern gleichermaßen für die private.

„Ich rufe die Polizei“ - das ist eine geläufige Drohung: Man will jemanden wegen kommender Gefahr einschüchtern. Die offizielle Sprache bestreitet die Gefahr und nennt sie „Sicherheitskräfte“, „Ordnungshüter“, „Dein Freund und Helfer“ u.ä. Auch die oberste Behörde, die mit dem Kriegsminister/Verteidigungsminister verwandt ist, heißt bloß „Innenminister“. Trotzdem drängt sich in diesem Fall dem Volksempfinden die bedrohliche Wirklichkeit auf. Wer die Drohung ausspricht, weiß, von welcher Gefahr er redet; wer die Drohung empfängt, versteht die Botschaft: Die Ordnung ist fremd, ihre Vertreter dürfen sie aufzwingen und dabei Schaden zufügen.

Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen „Streitkräften gegen den äußeren Feind“ und „Sicherheits-“ oder „Ordnungskräften gegen den inneren Feind“ rein nomineller Natur. Substantiell handelt es sich in beiden Fällen um kampfbereite Kräfte mit der Aufgabe, Zwang auszuüben und den Feinden eigene Vorstellungen von Sicherheit und Ordnung aufzuzwingen. Sogar die Grenzen zwischen Innen- und Außenfeinden sind in der Praxis fließend: Polizei kann sich u.U. an Außenkriegen, z.B. an Kolonialkriegen, beteiligen; Militär an Innenkriegen, z.B. an der Wiederherstellung innerer Ruhe in besonderen Situationen. Symbolisch für diese funktionelle Symbiose steht die militarisierte Nationalpolizei, die übergreifende Koordinationsaufgaben übernimmt und in besonderen Gefahrensituationen mit militärischen Befugnissen einschreiten darf. Allgemein besteht zunehmende Angleichung im Aussehen: Waffen, Uniform, Gebärde u.ä.

Dementsprechend bestehen auch große Ähnlichkeiten im Bewusstsein und Verhalten. Man sagt, das Monopol von Macht und Gewalt gehöre dem Staat allein, aber dessen Vertreter neigen dazu, es ihr Eigen zu nennen. Das kommt in der Einbildung zum Ausdruck, schrankenlose Macht zu besitzen und bei Gewaltanwendung Immunität zu genießen. Im Beruf führt es zu aggressiven Verhaltensformen und Überschreitung von Befugnissen: selbstgefällige Bürgerkontrolle, Drohung mit Waffen, rüdes Benehmen bei Festnahmen, Folterungen und nicht zuletzt auch verbreitete Korruption. Im Privatleben setzen sich überhebliches Auftreten und willkürliche Gewaltdrohung oder -anwendung gegen Verwandte, Bekannte und Fremde zu Hause, auf der Straße und in Kneipen weiter fort. Alle Bürger sind dadurch betroffen, weil sie es am eigenen Leib erfahren, unmittelbare Zeugen sind oder davon hören.

Ein wichtiger Unterschied besteht in der „Bürgernähe“. Während Militärs nur gelegentlich in Erscheinung treten, sind Polizisten Bestandteil des Alltagslebens. Die negativen Empfindungen, die sie wecken, lassen den Alltag, dem man nicht nach Belieben entrinnen kann, unsicher erscheinen. In einer von der Monomanie der Sicherheit geradezu besessenen Gesellschaft wachsen die freiwilligen Ordnungshüter, u.a. Privatpolizisten oder -wächter und viele Ärzte, Lehrer, Hausmeister und Nachbarn, die ihren Job als Hilfspolizisten aus Überzeugung oder aus Gefallen an

Autorität eifrig ausüben. Sie erwecken den Eindruck, als ob sie kapillar organisiert wären und tragen den Kampf gegen Abweichungen vom Normierten bis in die verborgensten Nischen des Privatlebens; sie schikanieren nicht nur die auf ihre Dienste angewiesenen Mitbürger, sondern sehen mit erstaunlicher Phantasie überall noch gefährlichere Ordnungsfeinde: Terroristen, Dunkelhäutige, Langhaarige, Raucher u.v.m., die sie denunzieren oder sogar persönlich bestrafen. Unter diesen Umständen ergänzen sie sehr wirkungsvoll das Personal der Verunsicherung.

Hinzu kommt neuerdings die ständige Zunahme alter und neuer Hilfsmittel, u.a. tödlichere und eindrucksvollere Waffen, genauere Methoden umfassenderer Statistikführung, Einsatz von Videoanlagen und Computern, effektivere Organisationsformen im nationalen und internationalem Maßstab usw. An diesem Zusammenhang von Zwängen, Verblendung und Einschüchterung sind auch die Bürger selbst in dem Sinne mitschuldig, dass sie historische Chancen zur Überwindung des alten Untertanenbewusstseins ungenutzt ließen. Noch heute lassen sich die meisten von dem bloßen Wort „Macht“ beeindrucken und verängstigen und sind nicht einmal in der Lage zwischen Bluff und realer Drohung zu unterscheiden, weil Demokratie und Utopie wirkungslos an ihnen vorbeigegangen sind. Bei vielen sehr aktiven Mitstreitern der jüngsten Erneuerungsbewegungen hielt die Heilung des kranken Bewusstseins nicht lange, sie vollzogen bald den Rückzug in das Schutzgebiet der geschenkten Sicherheit - Karriere, Geld, Konsum u.ä. - und der Akzeptanz aufgezwungener Lebensnormen. Nicht wenige von ihnen meinen nun, die unglaubliche offizielle Botschaft vom „Tod der Utopien“ gebe ihnen Recht.

#### 4. Orte der Unsicherheit

Es gibt spezielle Orte des Schreckens, die mit realen oder eingebildeten Gefahren drohen und das Gefühl der Unsicherheit provozieren: Ruinen, Gefängnisse, Polizeistationen, Gerichtsgebäude, Friedhöfe, Kirchen und Krankenhäuser. Man kann ihnen nicht nach Belieben aus dem Weg gehen, weil die meisten eine strategische Stellung in der Stadt einnehmen. Ausnahmsweise kann auch die Stadt ein ähnlicher Ort des Schreckens sein, z.B. wenn sie menschenleer ist oder nur aus Ruinen besteht. Aber unter normalen Umständen ist die städtische Unsicherheit völlig anderer Natur und kann beklemmender wirken, weil ihre Springquelle gerade die „Normalität“ ist, d.h. die notwendigen Stadteigenschaften und Beziehungen zur Gesellschaft.

Die Stadt ist Synthese bzw. erlesener Standort der Gesamtgesellschaft: Vornehmlich in der Stadt trifft man die allgemeinen gesellschaftlichen Gefahren und gerät ständig in jene gefährlichen Situationen, die durch Politisierung der Sicherheit und Einsatz der Sicherheitsinstrumente provoziert werden. Städtische Unsicherheit scheint identisch mit Unsicherheit der Gesamtgesellschaft und umfasst das ganze menschliche Leben. Die Wahrnehmung städtischer Unsicherheit ist also im Prinzip genauso

unvermeidbar und unmittelbar wie die Wahrnehmung des Lebens. Aber in der Wirklichkeit scheint sie häufig stumpf, wenn sie den Verstand nicht erreichen darf. Das mag zunächst einmal an psychischen Mechanismen liegen, wie z.B. Stress, Risikogenuss und Schicksalsglauben. Besonders in mittleren und großen Städten ist das Leben vom Stress beherrscht, der Körper und Geist äußerst belastet und letztlich die Gefühlsregung abstumpft. Beim Genießen des Risikos entsteht zugleich die Einbildung, die Gefahr sei eigentlich nicht so groß wie man anfänglich dachte und sie sei beherrschbar; man lässt die wahrgenommene Ausgangsunsicherheit weit hinter sich. Wenn schließlich städtische Unsicherheit die des Lebens selbst ist, kann sie für gegebenes Schicksal gehalten werden; mit dem Schicksal kann man nicht verhandeln, stattdessen muss man sich zu helfen wissen. Zu den psychischen Mechanismen kommen die ideologischen hinzu. Hinsichtlich der Stadt sind immer wieder neue Theorien und Reformpolitiken verbreitet worden, die mit großem Vertrauen aufgenommen werden, weil sie hartnäckig wiederholt und vor allem von höchsten Autoritäten - Wissenschaft und Politik - ausgesprochen werden. Nichtsdestoweniger dürften sie den Verstandesweg zur Wirklichkeit versperren und vor allem falsche Erwartungen wecken, wenn sie z.B. die städtische Gefährlichkeit verharmlost darstellen oder für überwindbar in nächster Zukunft erklären. In dieser autoritär begründeten Erwartungslage meint man dann vorerst eigene Sinneswahrnehmungen realer Gefahren zurückstellen zu dürfen.

U.a. wird über die Stadt erzählt, sie sei als auserlesener Schutzort gegen die Gefahren des Landlebens entstanden. Wegen ständiger Wiederholung ist die Erzählung fraglos zum Vorurteil und festen Bestandteil allgemeinen Glaubens geworden. Sie enthält zwar einen Teil der Wahrheit, nämlich den menschlichen Wunschtraum von vollständigem Schutz, den man in einem bestimmten Ort namens „Stadt“ endlich verwirklicht zu erleben hofft. Aber die Fakten sind gegensätzlich gewesen: Die gleichen ländlichen Gefahren sind den fliehenden Menschen nachgefolgt und neue spezifisch städtische Gefahren sind hinzugekommen. Diesbezügliche ausgeklügelte reformerische Politiken und Städtebauprojekte sind immer teils oder ganz gescheitert; gelegentlich haben sie zur Verschärfung der Gefahrenlage beigetragen.

Angesichts der historischen Kontinuität dieser Fakten drängt sich der pessimistische Gedanke auf, dass städtische Gefährlichkeit nicht nur Ergebnis bedrohlicher gesamtgesellschaftlicher Zustände ist, sondern dass sie auch durch notwendige Eigenschaften der Stadt selbst herbeigeführt wird. Das würde bedeuten, dass sie und entsprechende Unsicherheit zwar vielleicht verringert, aber nicht aufgehoben werden können. Eine notwendige, vielseitig wirkende Eigenschaft der Stadt ist z.B. die „Verdichtung“.

Wenn man nach besserem gesellschaftlichem Schutz strebt, ist Verdichtung zwanghafte Alternative zur ländlichen, weiträumig, gestreuten Wohn- und Arbeitsweise. Ihr Intensitätsgrad kann höher oder niedriger sein; in jedem Fall weist sie zwei sich gegenseitig ergänzende Seiten aus: gedrängtes Zusammenleben von Men-

schen und Nutzvieh samt kompaktem Angebot von vielfältigen Aktivitäten oder Funktionen einerseits und dazugehörige, ebenfalls dicht gedrängte Wohn- und Funktionsbauten andererseits. Städtische Verdichtung ist von sich aus zwiespältig und äußere Faktoren können ihre Zwiespältigkeit verschärfen.

Beispielweise hätte städtische Verdichtung unter der Voraussetzung von Gleichberechtigung und Solidarität der Stadtbewohner große Vorteile haben können, u.a. Rechtssicherheit, bessere Verteidigungschancen gegen äußere Feinde, Entfaltung von geistigen Fähigkeiten, von Kultur und Vergnügungen, von vielen Produktionszweigen, Produktivität und Reichtum. Aber bislang hat jene Voraussetzung gefehlt und die Vorteile sind zum Privileg einer Minderheit geworden. Bei der Mehrheit haben sich Armut, Krankheit und Lebensfrust etabliert und Körper und Geist sind verkümmert; daraus hat sich dauerhaft Unsicherheit um Gegenwart und Zukunft ergeben. Der Widerspruch selbst hat Gefahren hervorgerufen, u.a. soziale Konflikte, Verbrechen, Arbeitsverweigerung, Produktivitätsrückschläge und Schwächung der Fähigkeit zur Selbstverteidigung, die wiederum zur allgemeinen paranoiden Unsicherheit um Leben und Eigentum geführt haben.

Entgegen ihrem ursprünglichen Zweck hat städtische Verdichtung gegen die überall mehr oder weniger willkürlich drohenden Gefahren von Naturkatastrophen und Krankheiten kaum Schutz bieten können. Auf Menschenmassen, die dicht gedrängt in der Stadt wohnen, haben Naturkatastrophen gelegentlich noch verheerendere Auswirkung gehabt, als auf eine Bevölkerung, die auf dem Lande weiträumig verstreut lebte. Gleichfalls haben Krankheiten häufiger entstehen und sich schneller verbreiten können. Man hat Abhilfe bei Wissenschaft und Politik gesucht oder die Bürger selbst haben die Initiative ergriffen. So sind in der Tat große theoretische und praktische Fortschritte zu dem Zweck gelungen, Gefahren zu kontrollieren und ihre Folgen einzudämmen. Aber die Fortschrittsergebnisse sind ebenfalls zwiespältig gewesen.

Die umfassendsten theoretischen Fortschritte sind den klassischen Utopiebewegungen zu verdanken, weil sie eine harmonische Synthese von technischen, sozialen, politischen und ökonomischen Kenntnissen und Reformen anstrebten, obwohl die vorgestellte Zukunft häufig repressiv erschien. Sie sind alle im Keim erstickt worden und ihre Verwirklichungen spärlich gewesen. Geblieben sind Ruinen und vage Erinnerungen an Verfolgungen und an teils originelle Ansätze, die dem heutigen Reformdenken u.U. beistehen könnten. Zu erwähnen sind auch gelegentliche Selbstorganisationen der Bevölkerung, wie z.B. viele der so genannten „Bürgerinitiativen“ aus den 1960er -1980er Jahren, die Durchsetzung und Selbstverwaltung eigener städtischer Interessen und Anliegen verfolgten. Sie wurden schließlich politisch besetzt und ihr reformerischer Elan nahm rapide ab. Gültige Reformansätze von ihnen, aber vor allem auch von klassischen Utopien schlummern verkümmert in derzeitigen politischen Reformen, die sich allerdings offenbar überlebt haben.

Auch Wissenschaften in streng genommenem Sinne haben wichtige Erkenntnisfortschritte zustande gebracht. Einige sind mit Hilfe von Politik und wissenschaftli-

chen Disziplinen der Stadt in die Tat umgesetzt worden. Dabei haben sie sich einseitig technisch erwiesen, so dass die von ihnen eingeleitete Praxis alte Probleme teils gelöst, aber auch viele neue hervorgerufen hat. Unter diesen Wissenschaften hat die Stadt- und Wohnungshygiene seit dem 19. Jahrhundert eine Sonderstellung eingenommen. Auf der Grundlage medizinisch-wissenschaftlicher und statistischer Forschung hat sie entscheidende Kenntnisse und Forderungen hinsichtlich hygienischer Bedingungen für Stadt und Wohnung, u.a. „Luft und Raum“, entwickelt und gestellt. Aber sie sind verformt worden, als sie mittels Bauordnungen oder -gesetzen und städtebaulicher oder architektonischer Projekte eine repressive Synthese mit „Ordnung“ haben eingehen müssen. Schließlich sind sie noch mehr verkümmert, als die letzte Verwirklichung der Synthese den „freien“ Wirtschaftskräften weitgehend übertragen worden ist.

Bekannte Beispiele gegensätzlicher Ergebnisse sind u.a. in der „Zonierung“ zu finden, d.h. in der strengen Sozial- und Funktionsgliederung des städtischen Raums, die zwar zu den zentralen Theorien des modernen Städtebaus gehört und durch Regulative festgeschrieben wird, aber aus der Sicht von Sicherheit und Funktionalität soziale und politische Risiken, Gesundheitsschäden und funktionale Unannehmlichkeiten für Personen hervorruft. Andere Beispiele finden sich bei öffentlich geförderten „billigen Wohnungen“, in denen unter dem Zwang wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten alte hygienische Missstände übernommen werden. In besonderen Wirklichkeitsbereichen, z.B. in der Arbeitswelt, deren Entwicklung beinahe ausschließlich durch privatwirtschaftliche Kräfte entschieden wird, haben öffentliche gesundheitliche Vorschriften Machtlosigkeit offenbart, deren Ziel es war, u.a. einer schlimmen Zukunft vorzubeugen. Strenge Reglementierung hat zwar zur Verbesserung der hygienischen Zustände in Produktionsanlagen wesentlich beigetragen, aber nicht die Entstehung und Verbreitung von immer seltsameren Krankheiten verhindern können, die sowohl Beschäftigte wie auch Umgebung und gelegentlich ferne Landschaften bedrohen.

Darüber hinaus gibt es merkwürdige Ergebnisse in weniger beachteten Bereichen. So ist es beispielsweise fast überall in der westlichen Welt gelungen, das mutmaßlich gefährliche Nutzvieh aus der Stadt zu vertreiben. Als Nebenwirkung ist eine traditionelle Quelle der Selbsternährung entfallen. Außerdem hat seinen Platz eine unüberschaubare Masse teils aggressiver Unnutz-Haustiere eingenommen. Ihren mutmaßlichen Vorteilen, u.a. Steuereinnahmen und Gesellschaft oder Ablenkung gegen Vereinsamung, stehen große Nachteile gegenüber, u.a. zweckentfremdete Tierzucht in einer völlig ungeeigneten Umgebung und vor allem öffentliche Gesundheitsgefahren und Ärgernisse unterschiedlichster Art.

Städtebau und Architektur haben sich inzwischen von der Stadthygiene weiter entfernt. Gewisse Beziehungen bestehen weiterhin, aber sie sind oberflächlich geworden und Absichtserklärungen klingen wie hohle Pflichtübungen. Eine Minderheit geht esoterische Wege. Die immanenten Quellen haben sich wieder verselb-

ständig und in den Vordergrund gestellt, allen voran Ästhetik und Bautechnik. Zusammen haben sie phantastische Baugebilde hervorgebracht, die aber sehr häufig unzweckmäßig und u.U. folgenschwer sein können. Scheinbar sehr stabile Baumaterialien, risikofreudig angewandte Statik und innere Infrastruktur höchster Technologie haben die Errichtung immer höherer und komplexerer Baugebäude erlaubt, die gerade deshalb absturz- und brandanfälliger als die herkömmlichen Stadtbauten sind. Die Belichtung ist in der Regel besser, aber sie wird durch teils unerträgliches und giftiges Innenklima konterkariert. Diese Baugebilde helfen vielleicht Boden und Zeit zu sparen, aber geben der Bodenspekulation Vorschub und verteuern das Bauen. Da es sich um Wohn- und Funktionsgebäude - u.a. Wohn-, Büros-, Verwaltungstürme und Kompaktkrankenhäuser - handelt, die strategische Stadtplätze oder ganze Stadtviertel einnehmen, sind alle Stadtbewohner den ihnen innewohnenden Gefahren direkt oder indirekt ausgesetzt. Besonders betroffen sind natürlich diejenigen, die dort tagtäglich wohnen oder arbeiten oder stationär von ihren Krankheiten geheilt werden sollen.

In engem Zusammenhang mit dieser „fragilen“ und gefährlichen Bauweise stehen die abstrakt-rationalistischen Ordnungsbestrebungen des modernen Städtebaus. Ein Hauptanliegen besteht seit knapp zwei Jahrhunderten darin, das ausufernde städtische Wachstum unter Kontrolle zu bringen. Den zwei wesentlichen Lösungswegen - Export von Wachstum aufs Land und Neuordnung der scheinbar chaotischen, gebauten Stadt - ist es bis heute nicht gelungen, das Stadtwachstum unschädlich zu machen; statt dessen haben sie zusätzliche Probleme nach sich gezogen. Export von städtischem Wachstum heißt, das Land mit allen aus alten und neuen Kolonialkriegen bekannten Folgen zu „kolonisieren“, nämlich Unterentwicklung bzw. Zerstörung des Landes und rückwirkende Gefährdung der Stadt selbst; Neuordnung heißt u.a. die bereits erwähnte „Zonierung“, den Ausbau der „autogerechten Stadt“, die erschwerte Erreichbarkeit der neuen Dienstleistungs- und Vergnügungszentren, den Verlust öffentlichen Lebens oder so genannter „Urbanität“, die Angst vor der Einsamkeit in der Peripherie und im nachts verlassenen Stadtzentrum u.v.m. Alle neuen Erscheinungen, die allgemeine Unsicherheit hervorrufen, befinden sich zusammengefasst im überall laut gesungenen Klagelied gegen die Unbewohnbarkeit der Nachkriegsstädte.

Walter Siebel / Jan Wehrheim

## Projektion von Angst<sup>1</sup>

### 12 Thesen zum Zusammenhang von Unsicherheiten im öffentlichen Raum und deren Einflussfaktoren

„An erster Stelle stehen, für Ost und West, für Jung und Alt, für Frauen und Männer und für Groß- und Kleinstädte Gesichtspunkte von ‚Ruhe und Ordnung‘ und zwar in wörtlichem wie im übertragenen Sinne.<sup>2</sup> 87 Prozent der Dorfbewohner und 89 Prozent der Städter nennen als wichtigste Anforderung an ihren Wohnort: „Schutz vor Kriminalität“.<sup>3</sup> Diese hohe Priorität von Sicherheit in der Stadt wie auf dem Land kann nicht auf Gefahren in urbanen Räumen allein zurückgeführt werden. Sie beruht auf einem ganzen Bündel von Ursachen jenseits der Annahme, die Kriminalitätsbelastung in städtischen Räumen habe wirklich zugenommen:

1. Demographischer Wandel: Alte Menschen können nicht so gut wegrennen und sich auch nicht so gut wehren. Sie sind daher natürlicherweise ängstlicher. Mit steigendem Anteil von alten Menschen – der Anteil der über 60-jährigen hat sich in westdeutschen Großstädten bereits zwischen 1950 und 1980 verdoppelt<sup>4</sup> – steigt somit auch der Anteil derer, die sich unsicher fühlen.
2. Migration: Sie erhöht die Sichtbarkeit der Fremden und weckt damit Bedrohungsgefühle bei den Einheimischen.
3. Wandel des Arbeitsmarktes: Seit den 70er Jahren machen wachsende Minderheiten die Erfahrung sozialen Abstiegs bis hin zur Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt. Diese existentielle Verunsicherung untergräbt die objektiven Voraussetzungen der urbanen Lebensweise.<sup>5</sup> Soziale Integration inklusiv materieller Absicherung ist eine Voraussetzung für einen integrativen öffentlichen Raum und umgekehrt.
4. Erosion des Wohlfahrtsstaates: Die zunehmende Unsicherheit von Arbeitsplätzen und individuellen Karrieren sowie der Abbau von Sozialleistungen führen zum Verlust sozialer Sicherheit. Soziale Abstiegsängste werden umdefiniert in Ängste vor Kriminalität.

1 Entnommen dem Aufsatz beider Autoren: Sicherheit und urbane Öffentlichkeit, zunächst erschienen in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 1/2003.

2 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Informationen aus der Forschung des BBR Nr. 2 (April 2002), S.1.

3 Ebda.

4 U.-J. Walther, Bevölkerungsalterung, in: H. Häußermann (Hrsg.), Großstadt – Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S. 27.

5 H. Häußermann, Die Stadt und die Stadtsoziologie, in: Berliner Journal für Soziologie, 5 (1995), 1, 89-98.

5. Verschmutzung und Vandalismus: Solche symbolischen Verletzungen der öffentlichen Ordnung können als Signale interpretiert werden für eine gefährliche Lockerung der Selbstkontrollen einer zivilisierten, urbanen Lebensweise. Entsprechend dem Thomas Theorem wird, wenn Individuen eine Situation als bedrohlich interpretieren, diese tatsächlich bedrohlich, unabhängig von ihren „objektiven“ Qualitäten.
6. Privatisierung der Medien: Sie hat zu einer Häufung spektakulärer Berichte über Kriminalitätsfälle beigetragen, die das Bild von der Gefährlichkeit der Stadt dramatisieren. Gewalt ist Bestandteil der Unterhaltungsindustrie von der Musikbranche, über Videospiele, Reality-TV, dem täglichen Krimi, den Nachrichten im Abendprogramm und im Frühstücksfernsehen bis hin zu Hollywood-Actionfilmen über Gangs in US-amerikanischen Hyperghettos.
7. Sicherheit wird kommodifiziert: Unsicherheitsgefühle sind die Voraussetzungen für einen prosperierenden Markt von Türschlössern, schwarzen Sheriffs, biometrischen Zugangskontrollsystemen, Lichtschranken, Überwachungskameras etc. Ängste werden aus wirtschaftlichem Kalkül geschürt.
8. Wandel in der Kriminalitätskontrolle: Weg vom am Resozialisierungsgedanken orientierten „penal welfarism“ der 1960/70er Jahre hin zum Management von Kriminalitätsrisiken einerseits und politisch instrumentalisierter Diabolisierung von Kriminalität und Kriminellen andererseits.<sup>6</sup> „Law and Order“ werden zu parteienübergreifenden Wahlkampfthemen. Politik und staatliche Akteure wollen Handlungsfähigkeit demonstrieren, die in anderen Politikbereichen nicht (mehr) vorhanden ist.
9. Stadtentwicklungsprozesse: Durch räumliche Trennung von Funktionen und sozialen Gruppen entstehen mehr und mehr homogene Räume, in denen die Erfahrung von Differenz nicht mehr alltäglich ist. Damit könnte auch die Fähigkeit schwinden, mit der Erfahrung von Fremdheit gelassen umzugehen.
10. Individualisierung: Die Erosion traditioneller Milieus und die Pluralisierung von Lebensstilen erschweren es, die über Kleidung und Habitus zur Schau getragenen sozialen Rollen der Anderen zu interpretieren respektive sie sind nicht mehr zuortbar. Stilisierte Verhaltensweisen der Städter werden abgelöst durch ostentative Inszenierungen von Individualität. Misstrauen, ja die Unterstellung krimineller Absichten gegenüber dem Fremden erscheint in dem Maße als zunehmend subjektiv „vernünftig“, so Hitzler,<sup>7</sup> in dem sich die, durch eine relative Verlässlichkeit und Erwartbarkeit in den sozialen Beziehungen gekennzeichneten, traditionellen Milieus auflösen. Die verunsichernde Fremdheit wird erhöht.

6 D. Garland, The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society, Oxford 2001.

7 R. Hitzler, Ronald (1998): Bedrohungen und Bewältigungen. Einige handlungstheoretisch triviale Bemerkungen zur Inszenierung „Innere Sicherheit“, in: R. Hitzler / H. Peters (Hrsg.), Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse, Opladen 1998, S. 204.

11. Spaltung der Wohnungsmärkte: Die Filtermechanismen auf den städtischen Wohnungsmärkten führen die Zuwanderer gerade in solche Quartiere, wo sie auf einheimische Deutsche treffen, die in existentiell ungesicherten Situationen leben und deswegen am wenigsten in der Lage sind, das Abenteuer einer Auseinandersetzung mit den Fremden in resignierter Toleranz und urbaner Tugendhaftigkeit zu bestehen. Gleiches gilt oft für die Zuwanderer selbst.
12. Fragmentierung der Stadt: In den Großstädten entwickeln sich drei Inselsysteme: auf der untersten Ebene die ortsgebundenen Armutsmilieus, darüber die Arbeits-, Freizeit- und Wohnorte der verschiedenen Lebensstilgruppen der Mittelschicht, darüber wiederum das Milieu international orientierter, hochqualifizierter Arbeitskräfte. Diese verschiedenen Milieus überlagern sich im Stadtgebiet. Es entsteht eine Vielzahl unerwünschter Nachbarschaften, deren Grenzen nun kontrolliert werden sollen. Solche Kontrolle wird als umso dringlicher empfunden, je tiefer die sozialen Spaltungen der Gesellschaft reichen.

Die Diskussion über Sicherheit in der Stadt speist sich somit aus einem fatalen Gemenge von realen Veränderungen, geänderten Wahrnehmungsmustern und unbewussten Projektionen und Verschiebungen.

Es ist zu vermuten, dass Unsicherheitsgefühle durch die beschriebenen Entwicklungen – Überwachung und Homogenisierung innerstädtischer Orte – zunehmen. Dies aus drei Gründen: Erstens wird das produktive Potential des öffentlichen Raums, als Ort des Lernens und der Integration gefährdet, so dass es immer schwieriger wird, mit Fremdheit umzugehen, resp. zwischen realen Gefahren und bloßen Störungen/Verunsicherungen zu differenzieren. Zweitens droht eine abnehmende Bereitschaft zur Zivilcourage, zur informellen sozialen Kontrolle durch die Bewohner und Passanten. Dieser Aspekt wird gerade hinsichtlich Videoüberwachung diskutiert.<sup>8</sup> Der Glaube, alles würde durch die elektronischen Augen sowieso gesehen, reduziert die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und zur Besinnung auf informelle Kontrolle durch die natürlichen „eyes upon the street“, die Jane Jacobs<sup>9</sup> als Voraussetzung für Vitalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Stadtvierteln beschrieb. Drittens unterscheidet sich die Wahrnehmung neuer Kontrollformen durch unterschiedliche soziale Gruppen: Diese können als ein Mehr an Sicherheit interpretiert werden oder aber Gefühle von „guilt and fear“<sup>10</sup> produzieren, also erst negative Assoziationen von Gefahr oder aber permanenter Überwachung hervorrufen. Angebot und Nachfrage von Sicherheit können eine Spirale in Gang setzen, an deren Ende soziale Kontrollen nicht mehr Sicherheit als Voraussetzung des öffentlichen Raums garantieren, sondern die Öffentlichkeit städtischer Räume aushöhlen.

8 J. Bannister / N.R. Fyfe / A. Kearns, Closed circuit television and the city, in: J. Norris et al. (Hrsg.), Surveillance, Closed Circuit Television and Social Control, Aldershot/Brookfield USA, 1998, S. 21-40.

9 J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Frankfurt a.M. 1976.

10 H. Koskela, Fear, Control & Space. Geographies of Gender, Fear of Violence and Video Surveillance, Helsinki 1999.

Walter Siebel

## Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums?<sup>1</sup>

Sicherheit ist ein politisch brisantes Thema. Es lassen sich damit spektakuläre Wahlerfolge erzielen. Die sogenannte Schill-Partei hat das vorgemacht, als sie bei den Wahlen in Hamburg aus dem Stand fast 20 Prozent der Stimmen gewann.

Sicherheit ist ein teures Thema. Die Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind von 1992 bis 2000 um etwas über 9 Prozent gestiegen, ihre Ausgaben für die innere Sicherheit im selben Zeitraum um gut 25 Prozent. Damit haben in Deutschland allein die öffentlichen Hände im Jahre 2000 fast 20 Milliarden Euro für innere Sicherheit ausgegeben.

Und Sicherheit ist ein städtisches Thema. Vor allem in den großen Städten gibt es Orte der Unsicherheit: Plätze, Straßen, Parks, sogar ganze Quartiere gelten als unsichere Orte, die man zumindest zu bestimmten Zeiten besser meidet, was deren Unsicherheit wiederum erhöht. Denn wo wenig Menschen sich aufhalten, da gibt es auch wenig Kontrolle durch Passanten.

Der öffentliche Raum der Stadt ist denn auch Gegenstand von mehr und von neuen Formen der Überwachung. Aber sind überwachte Räume noch öffentliche Räume? Anders gefragt: Gefährdet Überwachung nicht die Öffentlichkeit des städtischen Raums und damit eine wesentliche Qualität europäischer Urbanität?

Aber bevor ich darauf eingehe: Wie steht es denn mit der Überwachung des öffentlichen Raums?

In Deutschland sind Schätzungen zufolge 500.000 Videokameras zur Überwachung öffentlicher Räume installiert. Und das ist erst der Anfang. In Großbritannien, wo Videoüberwachung mit Ausnahme der Stadt Leeds in allen Großstädten über 500.000 Einwohnern üblich ist, sollen 2 Millionen Kameras eingesetzt sein. Bevorzugte Einsatzorte sind die Geschäftsviertel der Innenstädte, Räume des Transits, z.B. Bahnhöfe, und Wohngebiete. Die technischen Möglichkeiten sind beeindruckend. Noch aus hundert Metern Entfernung kann die Aufschrift einer Zigarettenschachtel gelesen werden. Der Weg von Personen und Kraftfahrzeugen kann automatisch verfolgt werden, und es sind Verfahren in Erprobung, die es erlauben, Gesichter aus einer Menschenmenge, etwa einer Demonstration heraus zu erfassen und namentlich zu identifizieren. Auch Verhaltensweisen können überwacht werden. Weicht das Verhalten von Personen z.B. an einer Bushaltestelle oder in einer Tiefgarage vom programmierten Muster ab, wird Alarm ausgelöst.

1 Der Autor hat das Manuskript zunächst verfasst für eine Sendung im Südwestrundfunk (SWR 2) am 23. Februar 2003.

## ICH BIN POLIZIST.

ICH HABE DEN RÖNTGENBLICK. ICH SEHE EINEN BANKÜBERFALL VON DER ANDEREN SEITE DER STADT AUS. ICH SEHE GENAU, WIE VIELE TÄTER ES SIND. ICH KANN SOGAR ERKENNEN, WELCHER VON IHNEN DIE SKI-MASKE TRÄGT. ICH BIN MEHR ALS EIN POLIZIST.



## ICH BIN EIN NETZWERK.

ICH BIN DIE RÖNTGENBRILLE. ICH BIN WIRELESS. ICH KANN VIDEOS UND INFORMATIONEN SENDEN, GANZ OHNE KABEL. ICH KANN DIE BILDER DER ÜBERWACHUNGSKAMERA DIREKT IN DAS FAHRZEUG DER ALARMIERTEN POLIZEISTREIFE DURCHSCHALTEN. DURCH MICH WISSEN DIE GUTEN JUNGS, WAS SIE ERWARTET. ICH BIN IHR FREUND UND HELFER. ICH BIN MEHR ALS EIN NETZWERK.

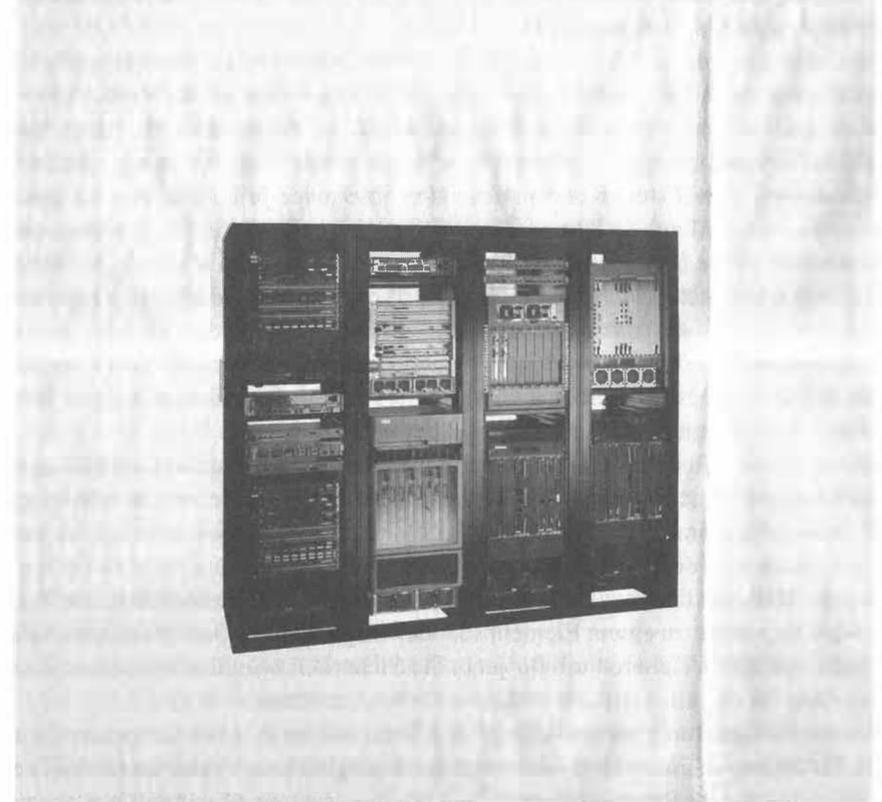


Abbildung 1 und 2: Die Stadt als Überwachungsmarkt. Aus einer großformatigen Anzeige der Fa. Cisco Systems, Inc., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2003.

Private Sicherheitsdienste haben hohe Zuwachsraten. Nach Angaben ihres Berufsverbands hat sich die Zahl der Wach- und Sicherheitsunternehmen zwischen 1992 und 2000 fast verdoppelt, und die Zahl der Beschäftigten stieg im selben Zeitraum von 97.000 auf 130.000. Heute kommt auf zwei Polizisten ein sogenannter schwarzer Sheriff.

Es ändern sich die Strategien der Polizei. Die öffentliche Polizei bildet mit privaten Sicherheitsdiensten und Bürgern Sicherheitspartnerschaften. Gemäß der Null-Toleranz-Strategie wird schärfer auch gegen kleinste Ordnungsverstöße vorgegangen: sogenannte *quality of life crimes*: Lärm, aggressives Betteln oder Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit. Eine Zigarettenschachtel fallen zu lassen kostet in Bremen zwischen 10 und 25 Euro. Die Polizei kann Platzverweise und Aufenthaltsverbote aussprechen und bestimmte Räume zu „gefährlichen Orten“ erklären, in denen verschärft kontrolliert werden darf.

Schließlich werden Architektur und Städtebau in den Dienst von Kontrolle und Überwachung gestellt. Teure Materialien wie Marmor, Spiegel und goldfarbenedes Metall signalisieren im Wortsinne Exklusivität. Die symbolischen Barrieren einer luxuriösen Ästhetisierung des öffentlichen Raums werden ergänzt durch handfeste Maßnahmen: gemäß dem Konzept des *defensible space* soll der Städtebau verteidigbare Räume schaffen: von Kameras leicht überschaubare Plätze, Sackgassen, sozial homogene Quartiere bis hin zu Schranken, Zäunen und Mauern. Zwanzig Millionen Amerikaner wohnen heute in sogenannte „gated communities“, und diese eingezäunten Nachbarschaften sind das schnellst wachsende Segment auf dem amerikanischen Wohnungsmarkt.

Mit Blick auf diese sicherheitstechnische Aufrüstung der Städte liegt es nahe, vom Ende des öffentlichen Raums zu sprechen:

Private Sicherheitsdienste anstelle der Polizei beinhalten Machtverschiebungen. Kontrollbefugnisse gehen von öffentlichen Akteuren über auf private. Das Monopol des Staates auf legitime Gewaltausübung wird gelockert, und die Kontrolle der Kontrolleure durch eine demokratische Öffentlichkeit wird erschwert.

In dem Maße, in dem aus dem öffentlichen Gut Sicherheit eine käufliche Ware wird, wird Sicherheit zu einem Element sozialer Ungleichheit. Der öffentliche Raum der Städte zerfällt in sichere Orte für jene, die Sicherheit bezahlen können, und unsichere Orte für die, die sich diese Ware nicht leisten können.

Neuere Polizeistrategien sind darauf gerichtet, solche sozialen Gruppen, die als Risiko für andere definiert sind oder auch nur unangenehme Verhaltensweisen zeigen, aus öffentlichen Räumen fernzuhalten. Dadurch ist eine weitere Grundbedingung des öffentlichen Raums in Frage gestellt: Seine Zugänglichkeit für Jedermann.

In absehbarer Zukunft wird die automatische Identifizierung von Passanten möglich sein. Da die elektronischen Informationen beliebig lagerbar und transportierbar sind, sind solche Identifizierungen jederzeit und durch jeden, der die Informationen in die Hand bekommt, möglich. Damit ist eine dritte Grundvoraussetzung des öffentlichen Raums in Frage gestellt: die Anonymität.

Wolfgang Bosbach, Fraktionsvize und innenpolitischer Experte der CDU im Bundestag hat gesagt: „Es kann niemand das Recht geltend machen, unerkannt durch die Stadt zu gehen“. Aber unabhängig von ihrer rechtlichen Bewertung – Bosbachs Äußerung berührt eine zentrale Qualität europäischer Urbanität: die Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre. An die Möglichkeit, sich im öffentlichen Raum der Stadt unerkannt zu bewegen, ist eine wesentliche Freiheit des Städters gebunden, nämlich selber darüber zu entscheiden, welchen Teil seiner Persönlichkeit er wem gegenüber preisgeben und welchen er verbergen möchte. Anonymität ist die Vorbedingung dafür, dass auch ein wohlbeleumdeter Bürger eine psychotherapeutische Praxis aufsuchen kann, einen Sexshop oder gar das Büro einer politisch aufmüpfigen Initiative, ohne gleich Schaden für seine Reputation fürchten zu müssen. Kurz: Das Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum ist das notwendige Pendant zum Recht auf eine private Sphäre.

Die vermehrten und neuen Formen der Überwachung bedrohen die städtischen Freiheiten, die allgemeine Zugänglichkeit und den demokratischen Charakter der Kontrollen des öffentlichen Raums. Sie geben damit begründeten Anlass für eine neue Variante der Geschichte vom Verfall der europäischen Stadt. Im 19. Jahrhundert war es die Geschichte vom Verfall von Sitte und Ordnung in der industriellen Großstadt, im 20. die von der Zerstörung der Urbanität durch den modernen Städtebau. Heute ist es die von der Privatisierung der Stadt und dem Verlust des öffentlichen Raums. All diese Verfallsgeschichten, die so gerne über die Stadt erzählt werden, enthalten Wahrheiten, aber es sind doch recht einseitige Wahrheiten, denn meist wird vergessen, auch von den Gewinnen zu berichten, die mit den Verlusten einher gingen, und von den Schattenseiten, die hinter den Fassaden einer verklärten Vergangenheit verborgen waren.

Ich werde das zunächst an der These von der Privatisierung der Stadt erläutern und dann auf die Bedeutung von Überwachung für die Qualität des öffentlichen Raums eingehen.

Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit prägt die bürgerliche europäische Stadt, und zwar in vier Dimensionen:

- Einmal juristisch: Der öffentliche Raum unterliegt dem öffentlichen Recht, der private Raum dem privaten Recht des Eigentümers.
- Zum zweiten funktional: Dem öffentlichen Raum von Platz und Straße sind die Funktionen Markt und Politik, den privaten Räumen von Betrieb und Wohnung die Funktionen der Produktion und der Reproduktion zugeordnet.
- Drittens sozial: Der öffentliche Raum ist die Bühne eines stilisierten, distanziereten Verhaltens und Ort der Anonymität, der private Raum dagegen Ort von Intimität, Emotionalität und Körperlichkeit.
- Schließlich werden öffentliche und private Räume auch symbolisch voneinander geschieden. Ein breites Repertoire an architektonischen und städtebaulichen Elementen signalisiert Zugänglichkeit respektive Exklusivität von Räumen.

Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit ist nicht nur die neutrale Beschreibung einer Grundvoraussetzung europäischer Urbanität. Sie ist auch normativ hoch aufgeladen. Die Privatsphäre ist verknüpft mit dem Ideal der bürgerlichen Familie und damit mit all den Glücksversprechen lebenslanger Vertrautheit und Liebe; die öffentliche Sphäre ist assoziiert mit dem Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit und damit mit durchgesetzter Demokratie und gesellschaftlicher Integration ohne Ausgrenzung von Differenzen.

Aber der private Raum von Wohnung und Familie war niemals nur Ort friedfertigen Miteinanders. Nirgends wird soviel gemordet wie unter Bekannten und Verwandten. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen wird überwiegend von Freunden und Verwandten verübt und meist in privaten Wohnungen. Ebenso wenig hat jemals in irgendeiner Stadt öffentlicher Raum als für jedermann zugänglicher Raum existiert. Öffentlicher Raum ist immer auch exklusiver Raum. Verschiedene Städte in verschiedenen historischen Epochen unterscheiden sich vor allem darin, wer auf welche Weise aus welchen Räumen draußen gehalten wird: Heute sind es Obdachlose, Drogenabhängige und Gruppen ausländisch wirkender männlicher Jugendlicher. Im 19. Jahrhundert waren es die Frauen und das Proletariat. Eine Frau, die sich im öffentlichen Raum ohne die Kontrolle eines männlichen Begleiters bewegte, lief Gefahr, als „fille publique“ zu gelten, als öffentliches Mädchen, d. h. als Prostituierte. Friedrich Engels hat Manchester als eine Stadt beschrieben, in der man jahrelang leben könne, „ohne je... mit Arbeitern in Berührung zu kommen“, ...eine „heuchlerische“ Bauart ... hinreichend, um vor den Augen der reichen Damen und Herren mit starkem Magen und schwachen Nerven das Elend und den Schmutz zu verbergen, die das ergänzende Moment zu ihrem Reichtum und Luxus bilden“.

Ob Ideal und Wirklichkeit des öffentlichen Raums in der europäischen Stadt heute weiter auseinander klaffen als etwa im 19. Jahrhundert, kann also mit Fug und Recht bezweifelt werden. Aber die Qualität hat sich geändert, in der dieser Abstand sich ausprägt. Das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der Stadt wandelt sich laufend. Ich will dies am Beispiel der These von der sozialen Differenzierung zwischen öffentlicher und privater Sphäre erläutern:

Jeder Besitzer eines Handy kann jederzeit und überall erreicht werden, d.h.: Die privaten Kontrollen durch Familienangehörige und Vorgesetzte überschreiten die Grenzen von Wohnung und Betrieb und durchdringen den öffentlichen Raum. Stadtluft macht nicht mehr frei von den dichten Kontrollen des Privaten. Umgekehrt haben Telefon, Radio und Fernsehen schon seit langem die Mauern der Privatsphäre durchlässig werden lassen. Das Internet erlaubt heute, physisch in der Wohnung anwesend zu sein, aber geistig und emotional sich in einem fernen Chat-Room aufzuhalten. Ähnlich prekär wie dieses Aufbrechen der Intimgemeinschaft der Familie ist die Verletzung urbaner Verhaltenscodes, wenn z.B. Handynutzer und Obdachlose ihre Privatangelegenheiten in die Öffentlichkeit tragen. Der Handynutzer macht noch die distanzierteste Gleichgültigkeit des gelernten Großstädtlers zunichte, in-

dem er Geschäfts- und Familienangelegenheiten lautstark zu Gehör bringt, wo keiner davon etwas wissen will. Der Obdachlose, indem er in einer öffentlichen Anlage schläft, isst, sich wäscht, stellt vor aller Augen zur Schau, was in einem langen Prozess der Zivilisation aus dem öffentlichen Raum verdrängt worden war in die Intimität des Privaten.

Doch nicht alle daraus resultierenden Veränderungen von Öffentlichkeit und Privatheit sind den Individuen aufgeherrscht. Obdachlose sind gezwungen, ihre Privatangelegenheiten in der Öffentlichkeit zu erledigen, weil sie über keinen privaten Raum verfügen. Handybenutzer sind zu ihrem Verhalten nicht gezwungen. Die modernen Kommunikationstechnologien erweitern zunächst einmal die Optionen der Individuen. Durch Handy und Internet werden Öffentlichkeit und Privatheit zu entlokalisierten Orten, die jeder jederzeit und überall betreten kann. Gesellschaftliche Strukturierung von Raum wird ein Stück weit zurück genommen zu Gunsten willkürlicher Entscheidungen. Es wird zu einer Option des Individuums, wo und wann es sich in seiner privaten Sphäre befindet.

Die Beispiele können verdeutlichen, dass aus einem Wandel in der Art, in der die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit sich jeweils ausprägt, nicht ohne weiteres auf einen Verfall dieser Polarität geschlossen werden kann. Ehe man behauptet, der Abstand zwischen dem normativen Ideal des öffentlichen Raums und seiner Wirklichkeit habe sich vergrößert, ist genauer zu untersuchen, ob nicht ein Wandel in den Modalitäten eingetreten ist, in dem Norm und Realität voneinander abweichen. Das gilt genauso für das Verhältnis von öffentlichem Raum und Sicherheit.

Die Kritik an der Kontrolle urbaner Räume als Bedrohung von Öffentlichkeit übersieht, dass Sicherheit oder wenigstens das Gefühl der Sicherheit Grundbedingungen der Öffentlichkeit von Räumen sind. Parks, in denen Frauen fürchten, vergewaltigt zu werden, sind für Frauen exklusive Räume. Sicherheit, zumindest für Leib, Leben und Eigentum, ist eine unabdingbare Voraussetzung für Öffentlichkeit. Öffentlicher Raum bedarf funktionierender sozialer Kontrollen, ohne sie ist er gar nicht denkbar. Zugleich aber drohen alle Formen sozialer Kontrolle Öffentlichkeit einzuschränken. Das ambivalente Verhältnis von sozialer Kontrolle und öffentlichem Raum ist der Stadt immanent. Ehe also angesichts neuer und anscheinend vermehrter Formen der Kontrolle ein Verlust des öffentlichen Raums beklagt wird, wäre zu prüfen, ob nicht vielmehr nur ein Wandel in den Modalitäten vorliegt, in denen die Gesellschaft Sicherheit als die unumgängliche Voraussetzung des öffentlichen Raumes gewährleistet.

Innerhalb der mittelalterlichen Stadt waren Gewalttätigkeiten in einem Ausmaß üblich, das dem in heutigen amerikanischen Städten entspricht. Dennoch galt die Stadt als Insel des Friedens. Der Teufel und alle denkbaren Gefahren drohten außerhalb der Stadtmauern auf dem Land. Im 19. Jahrhundert kehrt sich das Verhältnis um: Mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und mit der Beherrschung von Natur wird das Land zur bukolisch-friedlichen Idylle und die Stadt zum gefähr-

lichen Ort. Die Gefahren drohen nun nicht mehr außen, sondern von innen. Damit ändern sich auch die Kontrollstrategien. Sie sind nicht mehr gegen den äußeren Feind gerichtet, sondern nach innen auf den Städter selbst. Die Bürgerwehr auf den Stadtmauern wird gleichsam ersetzt durch die Polizei, die nun auf den Straßen der Stadt darauf achtet, dass alle Regeln eines gesitteten Verkehrs der Städter untereinander eingehalten werden.

Der heutige Wandel sozialer Kontrollen zeigt Parallelen zu allgemeinen Veränderungen der Dienstleistungsgesellschaft. Vormalig informell erledigte Tätigkeiten werden zu formellen, entlohnten und beruflich organisierten Dienstleistungen. Das Essen wird nicht mehr von der Hausfrau in unbezahlter Arbeit im privaten Haushalt zubereitet, sondern kommt als bezahlte Dienstleistung auf den Tisch einer Behördenkantine oder eines Restaurants oder als industrielles Fertigprodukt aus der Mikrowelle. Ähnlich werden die informellen Kontrollen durch Nachbarn und Passanten ersetzt durch Polizei, private Sicherheitsdienste und technische Überwachungssysteme. Damit sind neuartige Gefährdungen für die Freiheiten der Anonymität, die Zugänglichkeit der Räume der Stadt, den Charakter von Sicherheit als eines öffentlichen Gutes und seine demokratische Kontrollierbarkeit verbunden. Aber so real diese Gefährdungen sind, so wenig sind sie doch hinreichend, um die These vom Verfall der Öffentlichkeit in der überwachten Stadt begründen zu können. Vier Argumente sprechen dagegen:

- Erstens: Es ist keineswegs ausgemacht, dass informelle Kontrollen nicht weit repressiver und weit lückenloser wirken als Polizei, Schwarze Sheriffs und Videokameras zusammen genommen. Stadtluft macht ja u.a. deshalb frei, weil in der Stadt die dichten informellen Kontrollen dörflicher Nachbarschaft eben nicht greifen sondern „nur“ formelle Kontrollen.
- Zweitens verdanken sich die zu Anfang genannten Zahlen über das rasante Wachstum privater Sicherheitsdienstleistungen zumindest teilweise einem statistischen Artefakt. Dahinter können auch out-sourcing-Prozesse stehen: Kaufhausdetektive, Bahnpolizei und Werkschutz hat es immer gegeben. Nur waren deren Angehörige früher bei den Nachfragern nach Sicherheit direkt angestellt und erschienen deshalb statistisch als Beschäftigte bei Handel, Bahn und Industrie. Wenn sie dagegen heute bei auf Sicherheit spezialisierten Dienstleistern beschäftigt werden, steigt ihre in Branchenstatistiken sichtbare Zahl. Aber die wirkliche Zahl privater Sicherheitskräfte muss keineswegs im gleichen Ausmaß zugenommen haben.
- Drittens: Das Ideal des öffentlichen Raums als eines für jedermann jederzeit zugänglichen Raums war niemals in irgendeiner Stadt Wirklichkeit. In der Realität ist öffentlicher Raum zwangsläufig immer auch exklusiv, gegen bestimmte Verhaltensweisen und gegen bestimmte soziale Gruppen.
- Viertens und vor allem: Soziale Kontrollen sind stets beides, Voraussetzung und Gefährdung von Öffentlichkeit. Entsprechend beinhaltet jeder Wandel in den Mo-

dalitäten sozialer Kontrolle einen Wandel in der Art der Gefährdung und zugleich einen Wandel in der Art der Gewährleistung von öffentlichem Raum. Sicherheit ist eben auch Bedingung für die Zugänglichkeit städtischer Räume. Wo Selbstdisziplin und informelle soziale Kontrollen Leib, Leben und Eigentum nicht garantieren, sind formelle Kontrollen Voraussetzung für die Zugänglichkeit und damit für die Öffentlichkeit städtischer Räume.

Eine Argumentation allerdings kann in der Tat die These plausibel erscheinen lassen, dass die Qualität des öffentlichen Raums heute stärker als früher bedroht sein könnte. Diese Argumentation bezieht sich auf den Wandel der Motive, aus denen heraus mehr Sicherheit im öffentlichen Raum gefordert wird. Es könnte sein, dass mit dem Ruf nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum ganz andere Ängste beruhigt werden sollen, die nichts mit den Gefahren zu tun haben, die im öffentlichen Raum der Stadt drohen, und die deshalb auch durch mehr Polizeipräsenz und mehr Videokameras gerade nicht beruhigt werden können. Dies könnte einen Überschuss an Kontrollverlangen zur Folge haben, der in der Tat, wenn ihm entsprochen würde, die Erosion der Öffentlichkeit städtischer Räume zur Folge haben müsste.

Die Öffentlichkeit städtischer Räume – so wurde bisher argumentiert – beruht auf einer prekären Balance zwischen Anonymität und sozialer Kontrolle, zwischen Sicherheit und Verunsicherung, zwischen Vertrautem und Fremden. Soziologen stellen diese Ambivalenzen in den Mittelpunkt ihrer Theorien der Urbanität. Georg Simmel spricht von der Ambivalenz zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz, die typisch sei für die Stadt als einem Ort, wo „die Ferne nahe ist“. Hans Paul Bahrdrdt beschreibt städtische Räume als Orte, an denen Menschen Arrangements eingehen müssen, die fast nichts voneinander wissen. Und nach Zygmunt Baumann ist die Stadt ein Ort prinzipieller Verunsicherung, weil man in ihrem öffentlichen Raum niemals genug wissen kann, um die Situation, in der man sich befindet, kontrollieren zu können. Kurz: Im öffentlichen Raum der Stadt begegnet Jeder dem Anderen als ein Fremder. Fremdheit ist die Metapher des Urbanen und der Fremde ist der Prototyp des Städters. Der Fremde aber ist immer zugleich verlockend und bedrohlich. Er weckt Neugier aber auch Aversion. Der Fremde verunsichert, weil man sein Verhalten nicht kalkulieren kann. Er ist ärgerlich, weil er die selbstverständlichen Zivilisationsmuster, die routinisierten Abläufe, die Werte und Normen des Alltags in Frage stellt.

Aber der Fremde ist noch in einem tieferen Sinn gefährlich. Er gefährdet die Selbstsicherheit eines Stadtbenutzers nicht nur dadurch, dass er diesen mit Neuem konfrontiert, sondern mehr noch dadurch, dass er andere Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten offenbart, die reizen, sie auszuprobieren. Der Fremde ist auch verführerisch. So verbinden sich angesichts des Fremden die Ängste vor der Unkontrollierbarkeit der äußeren Situation mit der Angst, die Kontrolle über sich selbst zu verlieren.

Die urbane Lebensweise ist zivilisierter Umgang mit Unsicherheit. Der Raum der Stadt ist nur insoweit öffentlicher Raum, als er jenseits der Sicherheit für Leib, Leben und Eigentum die Möglichkeit bietet, dem Fremden zu begegnen. Das ist eine prinzipiell verunsichernde Erfahrung. Aber jeder Versuch, solche Verunsicherung objektiv aus dem öffentlichen Raum zu beseitigen, durch welche Kontrollstrategien auch immer, gefährdet die integrative und emanzipatorische Rolle der Stadt. Sie gefährdet auch ihre Funktion als Ort des Lernens. Im öffentlichen Raum erlernt der Städter den alltäglichen Umgang mit Differenz und jene Formen kontrollierten und stilisierten Verhaltens, die Voraussetzung für ein zivilisiertes Miteinander in modernen Gesellschaften sind.

Nun stellen heutige Prozesse der Stadtentwicklung diese Funktion der Stadt in Frage. Mit den globalen Migrationsströmen erhöht sich die Sichtbarkeit der Fremden. Das weckt Bedrohungsgefühle bei den Einheimischen. Zugleich führen die Filtermechanismen auf den städtischen Wohnungsmärkten die Zuwanderer gerade in solche Quartiere, wo sie auf Deutsche treffen, die in existentiell ungesicherten Situationen leben und deswegen am wenigsten in der Lage sind, das Abenteuer einer Auseinandersetzung mit den Fremden in resignierter Toleranz zu bestehen. Im Gegenteil: sie brauchen Sündenböcke. Vom Lernort urbaner Distanziertheit und produktiver Auseinandersetzung mit Differenz wird die Stadt zum Ort aggressiver Abgrenzung.

Gleichzeitig heften sich an die prinzipielle Verunsicherung im öffentlichen Raum ganz andere Ängste. Wenn fast genauso viele Dorfbewohner wie Städter, nämlich 87 bzw. 89 Prozent, als wichtigste Anforderung an ihren Wohnort „Schutz vor Kriminalität“ nennen, so kann das nicht allein auf reale Erfahrungen in urbanen Räumen zurückgeführt werden. Auch nicht auf eine Zunahme der objektiven Kriminalitätsbelastung. Die Zahlen der polizeilich registrierten Fälle von Mord, Vergewaltigung und Raub sind in den 1990er Jahren annähernd konstant geblieben. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist sogar massiv zurückgegangen. Nur die Körperverletzungen sind zahlreicher geworden. Woher also dann der Ruf nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum?

Hier sind einmal Veränderungen in der veröffentlichten Meinung zu nennen. Die Privatisierung der Medien hat zu einer Häufung spektakulärer Berichte über Kriminalitätsfälle beigetragen, die das Bild von der Gefährlichkeit der Stadt dramatisieren. Unsicherheitsgefühle sind zudem Voraussetzung für einen prosperierenden Markt von Türschlössern, Schwarzen Sheriffs, Lichtschranken, Überwachungskameras etc. Ängste werden aus wirtschaftlichem Kalkül geschürt. Ähnliches gilt für die Politik. „Law and order“ sind auch deshalb zu parteiübergreifenden Wahlkampfthemen geworden, weil hier noch sichtbar Handlungsfähigkeit demonstriert werden kann, die der Politik in anderen Bereichen zunehmend abhanden gekommen ist.

Ferner spielt der Wandel der Altersstrukturen eine Rolle. Alte Menschen können nicht so gut weg rennen und sie können sich auch nicht so gut wehren. Sie sind daher natürlicherweise ängstlicher. Der Anteil der über 60-Jährigen aber steigt.

Vor allem aber haben die existentiellen Verunsicherungen der Menschen zugenommen. Seit den 1970er Jahren machen wachsende Minderheiten die Erfahrung sozialen Abstiegs bis hin zur Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt. Die informellen sozialen Netze von Verwandtschaft und Familie, die einen in Krisen auffangen könnten, werden dünner. Der Single hat keinen Ehepartner, auf dessen Einkommen er sich verlassen könnte, und das Einzelkind zweier Einzelkinder hat nach dem Tod seiner Eltern keinen einzigen direkten Verwandten. Gleichzeitig werden auch die staatlichen Sicherungen abgebaut. Und schließlich vertiefen sich die Spaltungen der Städte zwischen Integrierten und an den Rand Gedrängten. So entsteht eine Vielzahl unerwünschter Nachbarschaften, deren Grenzen nun kontrolliert werden müssen, und solche Kontrolle erscheint um so dringlicher, je tiefer die sozialen Spaltungen der Gesellschaft reichen.

Die Diskussion über Sicherheit in der Stadt speist sich somit aus einem fatalen Gemenge von ökonomischen und politischen Interessen, realen Veränderungen, geänderten Wahrnehmungsmustern und unbewussten Projektionen und Verschiebungen. Das Resultat könnte eine überschießende Nachfrage nach Sicherheit sein, die sich durch Polizei, technische Überwachungssysteme und private Sicherheitsdienste gerade nicht befriedigen lässt. Dadurch aber könnte eine Spirale in Gang gesetzt werden, an deren Ende soziale Kontrollen nicht mehr Sicherheit als Voraussetzung des öffentlichen Raums garantieren, sondern die Öffentlichkeit städtischer Räume aushöhlen.

**Literatur:** H.-P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, Opladen 1988; Z. Bauman, Ein Wiedersehen mit dem Fremden, in: *ders.*, Flaneure, Spieler und Touristen, Hamburg, 1997, S. 205-225; *Bundesverfassungsgericht*, Verfassungsrechtliche Überprüfung des Volkszählungsgesetzes 1983; in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Heft 8 (1984), S. 419-428; F. Engels, Über die Umwelt der arbeitenden Klasse. Aus den Schriften von Friedrich Engels, ausgewählt von G. Hillmann, in: *Bauwelt Fundamente* 27, Gütersloh 1970; G. Simmel, Exkurs über den Fremden, in: O. Rammstedt (Hrsg.), Georg Simmel, Gesamtausgabe Bd. 2, Frankfurt a.M. 1992, S. 764-771; G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, in: *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908*, Gesamtausgabe Bd. 7, Frankfurt a.M. 1995, S. 116-131; J. Wehrheim, Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen 2002.

Katja Veil / Uwe-Jens Walther

## Sichere Innenstädte in Großbritannien. Von der Kriminalprävention zur Verhaltensregulierung?

*Beobachtungen und Anmerkungen zum Beispiel Coventry*

### *Einleitung*

Sicherheit im öffentlichen Raum ist für den innerstädtischen Einzelhandel zu einem Standortfaktor geworden. Kommunen in ganz Europa unternehmen gezielte Anstrengungen mit dem Ziel, die objektive Sicherheit und vor allem das subjektive Sicherheitsempfinden in Räumen, die der Wertschöpfung durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen dienen, zu erhöhen. Meist gelten sie den Geschäftsbereichen der Innenstädte.

Videüberwachungssystemen wird dabei eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Während sie sich in Deutschland erst allmählich durchsetzen, sind sie in Großbritannien bereits länger etabliert. Hier zeigt sich auch, dass es weniger um technische Videüberwachung, als vielmehr um deren relativ komplexe organisatorische Einbettung geht – und damit um verschiedene Kontrollaspekte. Privat-öffentliche Vertragspartnerschaften sind zunehmend für „Sicherheit“ zuständig. Mit der privat organisierten Verfügung von Kontrolle und Überwachung öffentlicher Räume ändern sich unter der Hand auch ihre ursprünglichen Ziele. Sicherheit erlangt eine andere verhaltensregulierende und -normierende Bedeutung: Von dem Versuch der Prävention von Straftaten zur umfassenderen Beeinflussung des Verhaltens im Rahmen ökonomischer Revitalisierungsstrategien.

### *Das Beispiel Coventry*

Die Stadt Coventry in Mittelengland steht exemplarisch für solche Bemühungen um eine sichere Innenstadt, die zu weitreichenden technischen, organisatorischen und rechtlichen Veränderungen führten. Was als Vorbeugung von Straftaten begann, wurde zu einem umfassenden Sicherheitsregime. Es zeigt sich, dass sich unter dem Etikett „Sicherheit“ verschiedene Vorstellungen verbergen können. Diese machen eine kritische Auseinandersetzung mit diesen neuen Sicherheitsstrategien notwendig. Im folgenden werden die Sicherheitsbemühungen in Coventry schrittweise dargestellt und kommentiert.

Deutsche Bomben zerstörten die Stadt Coventry im Zweiten Weltkrieg im Kern fast vollständig. Vor fünfzig Jahren war Coventry dennoch wieder eine bedeutende und auch wohlhabende Industriestadt in England, die Automobile, Maschinen und Werkzeuge in die ganze Welt lieferte. Der Zusammenbruch der britischen Automobilindustrie in den 1980er Jahren führte indessen zu einer verheerenden wirtschaftlichen Krise in der Stadt, was sich auch auf die kommunale Finanzlage auswirkte.

Die Neuplanung der Innenstadt in den fünfziger Jahren schaffte im Stadtkern eine Fußgängerzone mit Einzelhandel. Drei Jahrzehnte später erschien auch diese als zunehmend unzeitgemäß und erneuerungsbedürftig. Vor zehn Jahren galt die Innenstadt von Coventry als heruntergekommen und von Vandalismus, Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, sozial auffälligem Verhalten und Kleinkriminalität heimgesucht.

### *Die Einrichtung von kommunaler Videoüberwachung*

Vor diesem Hintergrund wurde in der Innenstadt von Coventry ein Videoüberwachungssystem eingerichtet, das von der Kommune betrieben und mit Hilfe von zentralen Regierungsgeldern aus dem britischen Innenministerium eingeführt wurde. Videoüberwachung sollte sowohl ein besseres Reagieren auf problematische Vorfälle erlauben, als auch durch die erhöhte Wahrscheinlichkeit unmittelbar beobachtet zu werden, von Straftaten abhalten. 1988 wurden zunächst fünf Kameras installiert, die 1991 auf 58 Kameras, 2001 auf 120 und inzwischen auf nahezu flächendeckende 130 Kameras erweitert wurden.

Die Videoüberwachung sollte die lokale Sicherheit durch eine Technisierung der sozialen Kontrolle verbessern. Sie war eine Reaktion auf eine zunehmende Verwahrlosung der Fußgängerzone in physischer und sozialer Hinsicht. Die Videoüberwachung sollte Güter und Personen schützen helfen – gleichsam ein Sicherheitsangebot unterbreiten –, um Käufer zurückzugewinnen, die den Ort als sicher und damit auch als attraktiv wahrnehmen sollten. Sie war als lokale kriminalpräventive Maßnahme angelegt, die Kontrolle lag vollständig in der Hand der Kommune. Die Kontrolldichte nahm kontinuierlich zu.

### *Die Gründung der „City Centre Company“*

Der innerstädtische Handel verlor jedoch weiterhin seine Kunden an die naheliegenden Städte Leamington und Birmingham. Der Gemeinderat reagierte auf die abfließende Kaufkraft durch die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft im Jahr 1997, die „City Centre Company“, die seit Februar 2002 nach der Zusammenführung mit der Tourismusförderung „CV one“ heißt. Der Gemeinderat finanziert diese Gesellschaft zu einem großen Teil; die Einzelhändler können bisher auf freiwilliger

Basis Mitglieder werden. Wenn die Bemühungen um die Einführung von business improvement districts erfolgreich verlaufen, dann wird es in Zukunft Pflicht sein, Mitglied bei CV one zu werden und dafür Abgaben zu leisten.

*Die Übertragung der Videoüberwachung auf die „City Centre Company“ (jetzt „CV one“)*

1999 wurde die Durchführung der Videoüberwachung der Innenstadt von der Gemeinde auf die City Centre Company (jetzt CV one Ltd.) übertragen. Diese vertritt die Interessen der lokalen Gewerbetreibenden. Heute hat diese Gesellschaft mit dem neuen Namen CV one 70 Mitarbeiter und einen vom Gemeinderat unabhängigen Vorstand. Sie wurde unter anderem mit Reinigungsaufgaben und Überwachung der Innenstadt durch Videokameras beauftragt. Zur Zeit steht CV one ein Budget von 7 Millionen Pfund pro Jahr zur Verfügung. Die operationale Kontrolle über das Management der Innenstadt liegt vollständig bei CV one. Sie ist damit im britischen Vergleich am weitreichendsten mit Verantwortlichkeiten für eine gesamte innerstädtische Kernzone betraut.

Die Überwachung der Innenstadt wurde im Rahmen eines public private partnerships an eine Gesellschaft übergeben, welche die lokalen Gewerbetreibenden vertritt. Die Polizei hat nunmehr nur noch einen indirekten Zugriff auf das Überwachungssystem. Die vormals hoheitliche Aufgabe wurde privatisiert. Die Videoüberwachung entwickelte sich von einem Sicherheitsinstrument im Auftrag des zu schützenden Gemeinwohls zu einem Bestandteil eines umfassenderen ökonomischen Revitalisierungskonzepts im Auftrag der ansässigen Gewerbetreibenden.

*Das Sicherheitsregime von „CV one“*

CV one verfügt über verschiedene technische und organisatorische Mittel, um den öffentlichen Raum zu beobachten und ggf. handelnd einzugreifen. Ihre Zentrale ist der Kontrollraum. Von hier aus werden die Monitore durchgehend überwacht. Alle eingegangenen Vorfälle, welche die Kontrollpersonen als problematisch einstufen, werden erfasst und dokumentiert.

Der Kontrollraum steht in ständiger Funkverbindung mit der Polizei, den Mitarbeitern von CV one und den Mitgliedern der CV one. Die Gesellschaft verfügt über mobile Mitarbeiter, sogenannte City Ambassadors. Sie stehen den Bürgern vor Ort zur Verfügung, üben jedoch vor allem durch ihre Präsenz Kontrolle über den Raum aus. Die Mitglieder der CV one – das heißt bestimmte Einzelhändler – werden über problematisch erscheinende Vorgänge informiert. Sie können auch selbst über Funkverbindung die Überwachung oder die Polizei anfordern. Die Polizei kann den Funkverkehr jederzeit mithören und ihrerseits Überwachung anfordern. Die meisten Vor-

fälle werden nicht vom Kameraraum aus entdeckt und demnach aufgezeichnet, sondern erst auf spezielle Anfrage der Einzelhändler hin, die Mitglied in CV one sind.

Die Überwachung der Innenstadt ist also konsequenterweise in der Hand der lokalen Gewerbetreibenden, also in der Verfügung derer, denen sie von direktem Nutzen sein kann. Doch erst in Kombination mit dem intensiven Funknetz erhält die Videoüberwachung einen höheren Wirkungsgrad. Zusammen mit der privatrechtlichen Verfügung wird Videoüberwachung so zu einem vernetzten, raumübergreifenden Kontrollinstrument. Das Kontroll- und Informationsnetzwerk ist nur für Mitglieder von CV one zugänglich, die ausschließlich die Gewerbetreibenden sind. CV one lenkt so den gesamten innerstädtischen Raum. CV one ist als Gesellschaft nicht dem Gemeinwohl verpflichtet, wie die kommunalen Einrichtungen, die zuvor die Videoüberwachung durchführten. Sie vertritt lediglich bestimmte partikulare Interessen. Die Akteure dieser Überwachung haben keine hoheitlichen Befugnisse, können jedoch über die Videoüberwachung den Raum kontrollieren. Die solchermaßen privat organisierte Überwachung des öffentlichen Raums ist daher nicht mehr öffentlich, sondern besteht aus einer Vernetzung der einzelnen Gewerbetreibenden über den öffentlichen Raum als partikulare Interessengemeinschaft. Die Polizei, einst maßgeblicher hoheitlicher Akteur, spielt dabei lediglich eine nachgeordnete Rolle unter vielen.

*Von der Prävention zur Verhaltensregulierung durch Ortssatzungen und Hausrecht*

Die Möglichkeit, das Verhalten in der Öffentlichkeit durch soziale Kontrolle zu regulieren wurde in der Innenstadt von Coventry weitgehend durch Videokontrolle ersetzt, also durch eine Technisierung der sozialen Kontrolle. Für die Öffentlichkeit ist entscheidend, welche Regelungen nun damit durchgesetzt werden. Über den Stadtraum von Coventry bestimmt weitgehend der Gemeinderat. Es wurden besondere Regelungen für das Verhalten im Stadtraum aufgestellt. Es ist verboten in der Innenstadt zu betteln, den Straßenraum zu besetzen, den Straßenraum zu behindern, ungenehmigt zu musizieren sowie insbesondere Alkohol zu konsumieren.

Das Alkoholverbot in Coventry ist ein besonderes Gesetz, ein „byelaw“. Es wurde als Pilotprojekt in Zusammenhang mit dem Home Office erarbeitet und gilt seit 1988 für den innerstädtischen öffentlichen Raum; inzwischen gibt es einige Ausnahmegenehmigungen, um Straßencafés zu ermöglichen. Gegen bereits einmal überführte Ladendiebe werden sogenannte „exclusion orders“ ausgesprochen, die den Tätern verbieten, Ladengeschäfte, welche Mitglieder der CV one sind, zu betreten. Diese exclusion orders gelten sechs Monate. Das Bild des Täters wurde im Kontrollraum der CV one aufgehängt, um den Überwachern die Durchsetzung der Regelung zu erleichtern. Durch den Einsatz von Gesichtserkennungsprogrammen sollte dies in Zukunft wesentlich effektiver durchgesetzt werden können. Ziel der Videoüber-

wachung war es, mögliche Problemsituationen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erkennen, sie zu beobachten und zu bezeugen. Dadurch soll Kriminalität aus dem Überwachungsraum verdrängt werden und bestimmte Verhaltensweisen im überwachten Raum unterbunden werden, was zur Verdrängung bestimmter Personengruppen, wie z.B. Alkoholikern, führen soll.

Die Regelungen zielen nicht unbedingt nur auf Kriminalität, sondern sollen offensichtlich auch das Verhalten in öffentlichen Räumen beeinflussen. Das Betteln sowie das Sitzen im Straßenraum gelten als „unordentliches“ Verhalten. Es zeigte sich, dass ein wesentlicher Teil der Arbeit der „City Ambassadors“ darin bestand, solchermaßen unerwünschtes Verhalten zu unterbinden. Die Randgruppen, die als störend empfunden werden könnten, sollten sich möglichst unauffällig verhalten oder sich sogar überhaupt nicht in der Innenstadt aufhalten. Der öffentliche Raum ist hier hauptsächlich für eine kaufkräftige Öffentlichkeit bestimmt. Ziel ist eine Verdrängung von unerwünschten Personen aus einem ökonomisch bedeutsamen Raum.

Videüberwachungskonzepte verlagern Kriminalität und Personen an andere Orte; sie reduzieren sie selten. Die kriminalpräventive Leistungsfähigkeit des Kontrollsystems ist damit begrenzt, da die Probleme nur verschoben, aber nicht gelöst werden. Dies bedeutet jedoch kein Versagen des implementierten innerstädtischen Sicherheitskonzepts, da der Handlungsraum von CV one auf die ihr übertragene Innenstadt beschränkt ist: für ihren eigenen Bereich ist es durchaus wirksam. Doch das übrige Stadtgebiet wird nicht in die Erfolgsbewertung einbezogen. Insofern ist die Verlagerung von Delikten und Personengruppen aus der Innenstadt ein Erfolg, der jedoch aus gesamtstädtischer Perspektive betrachtet gar keiner ist.

Das Sicherheitskonzept der Innenstadt ist als Ordnungskonzept zu verstehen, das, wie durch die Rolle der CV one verständlich, den Vorstellungen der Gewerbetreibenden für einen konsumentenfreundlichen Raum entspricht, wie er in Einkaufszentren, Shopping Malls und Entertainment Centers längst erzeugt ist.

#### *Kriminalprävention auf gesamtstädtischer Ebene: Safer Cities in Coventry*

Die Probleme der Gesamtstadt mit Kriminalität wurden jedoch durch das Sicherheitskonzept der Innenstadt, das sich inzwischen zu einer ökonomischen Revitalisierungsmaßnahme entwickelt hatte, nicht gelöst. Coventry bemühte sich daher auch nach der Einführung der Videüberwachung um die weitere Verbesserung der Kriminalprävention auf gesamtstädtischer Ebene.

Coventry war eines der fünf Pilotprojekte, welche vom Home Office Fördergeld erhalten, um kooperative Sicherheitspartnerschaften zu bilden. Seit 1994 gibt es in Coventry einen kommunalen Koordinator für die Action against Crime. Grundlegende Erkenntnisse aus dem Morgan Report von 1991 wurden darin umgesetzt. Dies waren im wesentlichen:

- Kriminalprävention solle als Bestandteil von umfassenden Bemühungen in Bezug auf Sicherheit stehen, sie sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe;
- ein integrierter Ansatz unter der Beteiligung verschiedener Körperschaften sei notwendig;
- eine kooperative Strategie unter der Führung der kommunalen Verwaltung und der Polizei sei am besten geeignet, um einen integrierten Ansatz zu verwirklichen.

Action against Crime ist eine Kooperation aus dem Council, der Responsible Authorities Group, der Gesundheitsbehörde, der West-Midlands Polizei/Feuerwehr, der City Centre Company und der Jugendbehörde. Action against Crime ist für die Umsetzung des Crime Action Plans verantwortlich. Es stand im Jahr 2001 ein Budget von rund 1 Million Pfund Sterling zur Verfügung. 22 Mitarbeiter arbeiteten als Koordinatoren des kooperativen Planungsprozesses. Sie sind für die Umsetzung des Crime and Disorder Acts von 1998 in Coventry verantwortlich und sind Ansprechpartner für die Belange des Crime Action Plans. Dafür wurde eine detaillierte Aktionsstrategie verfasst. Der Crime Action Plan besteht aus dem Zusammenführen von kleinteiligen Maßnahmen, welche koordiniert zur Verbesserung der festgestellten Probleme verwendet werden. Die Nutzung von bereits vorhandenen Ressourcen ist dabei das Ziel.

Kriminalprävention und Videüberwachung der Innenstadt sind in Coventry also nicht deckungsgleich. Es entsteht der Eindruck, dass sie sogar miteinander konkurrieren. Während das Ziel von Action against Crime die Verbesserung der Sicherheit in der gesamten Stadt durch einen integrierten und kooperativen Ansatz hat, sind die Ziele von CV one auf die Interessen des Handels und des Konsums beschränkt. Die exklusive Praktik der Videüberwachung durch CV one ist im Sinne der Kriminalprävention eventuell sogar belastend. Die Videüberwachungsstrategie ist hier keine präventive Sicherheitsstrategie mehr, sondern ein konsumentenorientiertes soziales Normierungsinstrument zur Durchsetzung von Verhaltensstandards. Diese Entwicklung lag in der Übertragung der Überwachung an CV one begründet.

#### *Fazit: Zwei Handlungsziele können bei Sicherheit unterschieden werden*

Die Kommune als Ganzes erfährt durch das verdrängende Sicherheitskonzept für die Innenstadt keine Entlastung. Die Videüberwachung wird jedoch weiterhin vom Home Office mit Fördergeldern unterstützt. Das offizielle Ziel der Videüberwachung ist zwar weiterhin die Verbesserung der Sicherheitslage der Innenstadt. Die tatsächliche Umsetzung lässt aber die Behauptung zu, dass das Ziel die ökonomische Revitalisierung der Innenstadt ist.

Man kann zusammenfassend zwei Entwicklungsziele unterscheiden, die in Coventry erreicht werden sollen: einerseits das gesellschaftspolitische Ziel der Verbes-

serung der Sicherheit, andererseits die ökonomische Revitalisierung der Innenstadt. Beide sind in Coventry auseinandergetreten. Die Videoüberwachung hat durch die Übertragung auf CV one die Seite gewechselt, wobei die Bemühungen um Sicherheit durch die safer cities-Strategie weiter entwickelt wurden. Das Sicherheitsregime der Innenstadt hat sich aus dem Kontext der Kriminalprävention der Gesamtstadt gelöst; die Videoüberwachung verbindet und unterscheidet dabei zugleich beide Entwicklungsziele und Strategien.

Winfried Mönch

## Städte zwischen Zerstörung und Wiederaufbau Deutsche Ortsliteratur zum Bombenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg

*„While I write, I read that, for military reasons, it was necessary to destroy Dresden, one of the great cultural centers not only in Germany but in the world. This being so, then it logically follows that for military necessity anything and everything, irrespective of its intrinsic value, either to the immediate peace or the future of mankind, may rightly be destroyed in war-time. Such logic is Juggernaut gone mad, for in the name of war it justifies and condones every atrocity and abomination. In its insanity it is total.“<sup>1</sup>*

Der britische General John F.C. Fuller (1878-1966) kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

### 1. Zielorte

Amerikanische und britische Luftkriegsstrategen des Zweiten Weltkrieges waren von der kriegsentscheidenden Bedeutung ihrer Waffengattung überzeugt. Nach Willen des Oberbefehlshabers der Royal Air Force, Arthur T. Harris (1892-1984),<sup>2</sup> genannt „Bomber Harris“, sollte der vom Krieg am Boden „unabhängige“ oder „strategische Luftkrieg“ den Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland allein erzwingen. Dabei gab es kriegswichtige Ziele wie Industrieanlagen<sup>3</sup> und Ziele, die für die Kriegsführung an sich kaum von Belang waren, wie etwa Altstadtkerne mit ihren feuergefährlichen Fachwerkbauten. Das eine sollte direkt auf die Kriegsführungsmöglichkeit, z.B. durch die Lahmlegung der Ölproduktion,<sup>4</sup> einwirken, während das andere indirekt durch Zermürbung des Widerstands willens der Zivilbevölkerung zum Erfolg führen sollte. Dass

1 J.F.C. Fuller, *Armament in history. A study of the influence of armament on history from the dawn of classical warfare to the Second World War*, London 1946, S. XIII.

2 Vgl. die neuere, apologetische Biographie von R. Neilland, *The bomber war. Arthur Harris and the allied bomber offensive 1939-1945*, London 2001.



Abb. 1: Freiburg i.Br. Untere Bertholdstraße mit zerstörter Universitätskirche nach dem 27. November 1944, aus: Stadtarchiv Freiburg (Hrsg.), Freiburg 1944-1994. Zerstörung und Wiederaufbau, Freiburg 1994, S. 21.

weder das eine noch das andere letztlich den Krieg allein entscheiden konnte, braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter zu interessieren.

Es ist ein seltsames Paradoxon, dass in einem Konflikt wie dem Zweiten Weltkrieg, in dem die schnelle Beweglichkeit der Armeen zu einem kriegsentscheidenden Faktor geworden war, gerade durch den Luftkrieg ein seltsam statisches Element in die Kriegführung gekommen ist. Die Ziele vor Ort waren unbeweglich und die Basen im Süden Englands, von wo aus die Bomber zu ihren Einsätzen gestartet waren, hatte man als halb-permanente Basen eingerichtet.<sup>5</sup> Das Flugzeug als schnellstes und beweglichstes Kriegsmittel seiner Zeit basierte auf ausgebauten Flugplätzen und zielte hauptsächlich auf statische Einrichtungen, wie Fabrikanlagen, Verkehrswege und Städte. Luftkriegsgeschichte wird somit immer auch zugleich zur Ortsgeschichte.

Orte besucht man, Orte verlässt man dann auch wieder. Der tödliche „touristische“ Aspekt des Luftkrieges kam während des Krieges auch in der Bezeichnung der Handbücher zum Ausdruck, in denen die wesentlichen Parameter der Zielorte, wie etwa deren Industrie minutiös aufgezeichnet waren. Die Briten nannten solche Handbücher „Bomber-Baedeker“. Als die Deutschen eine Gegenoffensive startete, die nun hauptsächlich auf historisch wertvolle englische Städte zielte, sprach man makabrerweise von „Baedeker Angriffen“.<sup>6</sup>

3 W. Wolf, Luftangriffe auf die deutsche Industrie 1942-1945, München 1985.

4 W. Girbig, Mit Kurs auf Leuna. Die Luftoffensive gegen die Treibstoffindustrie und der deutsche Abwehreinsetz 1944/45, Stuttgart 1980.

5 R.N.E. Blake, Airfield country. Terrain, land-use and the air defence of Britain 1939-1945, in: Fields of Battle. Terrain in military history, P. Doyle / M.R. Bennett (Eds.), Dordrecht 2002, S. 365-383.

6 N. Rothnie, The Baedeker Blitz. Hitler's attack on Britain's historic cities, Shepperton, Surrey 1992; C. Whiting, The Three Star Blitz. The Baedeker raids and the start of total war, London 1987.

Es gab ganze Landstriche in Deutschland wie etwa das Ruhrgebiet, in dem nicht einzelne Städte so z.B. Castrop Rauxel<sup>7</sup> das eigentliche Ziel waren, sondern die ganze Region („Battle of the Ruhr“).<sup>8</sup> Es gab zahlreiche Städte, die als Eisenbahnknotenpunkte zum „Kollateralschaden“ wurden, wie z.B. Bruchsal.<sup>9</sup> Es gab Gemeinden, die dicht im Hinterland der Front lagen und restlos zerstört wurden, um die Operationen am Boden vorzubereiten wie z.B. Jülich.<sup>10</sup> Ganz zu schweigen sei hier von den zahllosen Orten, die „nur“ taktisch in Schutt und Asche gelegt wurden, da sie am Ende des Zweiten Weltkrieges noch von deutschen Truppen verteidigt wurden. Es gab natürlich auch schlicht Zufälle, denen Städte zum Opfer fallen konnten, während andere den Luftkrieg nahezu schadlos überstanden. Wenn man Ziele aus der Luft etwa falsch markiert hatte, kam es unweigerlich zu Fehlwürfen mit u.U. verheerenden Auswirkungen. So wurde Böblingen,<sup>11</sup> das nur wenige Kilometer westlich von Stuttgart liegt, schwer von Bomben getroffen, die eigentlich für Stuttgart bestimmt waren; und Waiblingen,<sup>12</sup> das genauso weit östlich davon liegt, blieb so gut wie verschont. Für die einzelnen Städte ist es natürlich unerheblich, ob sie nun strategisch, operativ, taktisch oder „nur“ rein zufällig zerstört wurden.

## 2. Schadensanalysen und Wiederaufbau

Nach dem Krieg erschienen zunächst Erlebnisberichte von Überlebenden. Die ersten Schriften zur lokalen Luftkriegsliteratur stammten von Autoren, die man gemeinhin auch sonst mit der Heimatgeschichtsschreibung in Verbindung bringt. Pfarrer und Lehrer publizierten ihre „Chroniken“. Domkapitular Hermann Seeland aus Hildesheim schreibt 1947 im Vorwort zu seiner Chronik „Zerstörung und Untergang Alt-Hildesheims“ über die Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte: Nach den ersten Angriffen habe er begonnen, „die durch Bombenabwürfe verursachten Schäden im Stadtbilde persönlich zu schauen und das Selbstgesehene und Selbsterlebte in kurzen Skizzen zusammenzustellen“. In anderen Städten entstanden aus ähnlichen Mo-

7 W. Baumeister (Hrsg.), Castrop-Rauxel im Luftkrieg 1939-1945. Castrop-Rauxel 1988.

8 A.W. Cooper, The air battle of the Ruhr. RAF offensive March to July 1943, Shrewsbury 1992; J. Alwyn Phillips, The valley of the shadow of death, an account of the Royal Air Force Bomber Command night bombing and minelaying operations including the „Battle of the Ruhr“ March 5th/6th to July 18th/19th, New Malden 1992.

9 H. Bläsi, Stadt im Inferno. Bruchsal im Luftkrieg 1939/45, Ubstadt-Weiher 1995.

10 C. Doose / S. Peters / H. Scheuer, Bilder einer Renaissancestadt. Jülich vor und nach dem 16. November 1944, Jülich 2000.

11 G. Scholz, 7./8. Oktober 1943. Erinnerung und Mahnung, 50. Jahrestag der Zerstörung von Böblingen im Zweiten Weltkrieg, Böblingen 1993.

12 W. Mönch, „Finsternis in Waiblingen“. Luftschutz 1933-1945, in: H. Schultheiß (Hrsg.), Volksgemeinschaft in Waiblingen 1933-1945, Waiblingen 2001, S. 96-111, 127 f.

tivationen heraus vergleichbare Arbeiten. Der Heimatschriftsteller Max Braun-Rühling (1974-1967) verfasste mit „Stadt im Feuerregen“ seinen persönlichen Bericht über den Untergang Kaiserslauterns. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass sich im Laufe der Jahrzehnte verschiedene Historiker und Heimatforscher als lokale oder regionale Spezialisten für Themen des Luftkrieges profilierten. Als Beispiele seien hier Heinz Bardua genannt, der die Geschichte des Luftkrieges im Raum Stuttgart erforscht hat und Norbert Krüger, der zahlreiche einschlägige Arbeiten über das Ruhrgebiet in verschiedenen regionalen Zeitschriften veröffentlicht hat. Für die DDR ließe sich Olaf Groehler nennen, der die Geschichte des Luftkrieges auch überregional dargestellt hat.<sup>13</sup>

Daneben stehen die Auflistungen der lokalen Zerstörungen, die sich besonders auf die verlorenen und zerstörten Kulturgüter beziehen. Eine frühe Veröffentlichung dieser Gattung erschien 1948 in und über Harburg. Darin sind zerstörte bzw. beschädigte Schulen, Kirchen und andere öffentliche Gebäude einzeln und namentlich aufgeführt. Minutiös dokumentierten beispielsweise mehrere Architekten in einem 1953 erschienen Band die Schäden und Verluste an Kirchen und Profanbauten der Stadt Aachen (Huykens). Die Bestandsaufnahmen wurden dann zum bereits erfolgten oder erst noch geplanten Wiederaufbau in Beziehung gesetzt.

Eine mentale und praktische Aufarbeitung des Bombenkrieges auf kommunaler Ebene leisteten nach dem Krieg bis weit in die 1950er Jahre hinein hauptsächlich Statistiker und Geographen. So wie die alliierten Zielauswerter die Effizienz der Bombardements von oben anhand der zerstörten Fläche beurteilten, so summierten und tabellierten deutsche Statistiker dann am Boden die angerichteten Schäden. Ein bezeichnendes Beispiel ist aus Kiel überliefert. Hier führte der langjährige Mitarbeiter des Statistischen Amtes der Stadt, Detlef Boelck (1894-1969), während des Krieges eine Statistik der Alarme, Schäden und Verluste, die dann anlässlich seiner Verabschiedung aus städtischen Diensten 1959 als „Kiel im Luftkrieg“ veröffentlicht wurde. Diese Statistik wird noch durch Boelcks Tagebuch während des Krieges ergänzt, das Jürgen Plöger 1980 herausgegeben hat.

Daneben wurden Dissertationen einschlägigen Inhalts verfasst. Kiel war so auch das Thema einer siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Untersuchung von Hans Voigt aus dem Jahr 1950, die die Veränderung der Stadt durch den Luftkrieg untersucht hat. Vergleichbare Arbeiten aus den 1950er Jahren finden sich für Dortmund (Schneider), Essen (Loeffelholz) und Köln (Groesegen). Eine vorbildliche Arbeit, die der historischen Geographie verpflichtet ist, liegt für Solingen (Tiborski) vor.

„Gedenkbücher“ leisteten auf ihre Art eine zahlenmäßige Erfassung des Leids. Im „Gedenkbuch der Stadt Heilbronn“ sind allein für den 4. Dezember 1944 als Tag des vernichtenden Luftangriffes 6.530 Namen verzeichnet.

13 O. Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990.

Beim Umfang der Zerstörungen mag die statistische Erfassung und Kartierung der Schäden zunächst auch ein erstes adäquates Verfahren gewesen sein. Doch hier mag sich wohl auch schon eine gewisse Mentalität breit gemacht haben, wonach in der Zerstörung alles „gleich“ sei: Es ist auf einer Schadenskarte egal, ob Industrieflächen, historisch wertvolle alte Städte, bzw. Stadtkerne, oder Wohngebiete im Prozentsatz ihrer Zerstörung dargestellt sind. Die Ruinenlandschaften mögen nach dem Krieg auch Gedanken befördert haben, der Zustand der abgeräumten Fläche harre nun bar aller historischen Bezüge eines sofortigen „modernen“ Wiederaufbaues. Verschiedene Städte sahen in dieser vermeintlichen „tabula rasa“<sup>14</sup> die Chance für einen radikalen Neubeginn. Herrschaftsarchitektur der Vergangenheit erfreute sich vielerorts keiner besonderen Wertschätzung. Die beschädigten Schlösser in Berlin, Braunschweig oder Potsdam wurden abgerissen bzw. als Symbole eines verderbten politischen Systems einfach in die Luft gejagt. Es gab Städte, die sich des Verlusts ihrer historischen Bausubstanz über die Zeit hinweg bewusst blieben, wie etwa Freiburg oder Lübeck; und es gab Städte, die mit dem beständigen Hinweis auf den Bombenkrieg, der alles Wertvolle sowieso schon zerstört habe, eine fröhliche Abrissmentalität pflegten, wie etwa Stuttgart. Der Stuttgarter Fotograf Hannes Kilian brachte diese Haltung mit dem Titel seines 1984 erschienen Bildbandes zum Ausdruck: „Die Zerstörung, Stuttgart 1944 und danach“.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch nach einer spezifischen Zerstörungs- bzw. Wiederaufbaumentalität der Generation der „Luftwaffenhelfer“<sup>15</sup> zu fragen. Sie hatten als Angehörige der Flugabwehr die Vernichtung ihrer Städte hautnah miterlebt; und sie waren in den 1970/80er Jahren in den Positionen, die die Weichen für eine zweite Phase der Überwindung des Zweiten Weltkrieges in städtebaulicher Hinsicht stellten. Inwieweit führte diese Erfahrung dann auch zu einem spezifischen Wiederaufbaublick, der u. U. die Zerstörungen nicht vorrangig als Verlust, sondern als Gewinn an städtebaulichen Möglichkeiten sah?

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges führten die Alliierten umfangreiche wissenschaftliche Studien durch, mit denen die Effektivität der Bombardements nachträglich evaluiert werden sollte.<sup>16</sup> In den „Strategic Bombing Surveys“ wurden einzelne Ziele wie Industrieanlagen auf ihren Zerstörungsgrad hin untersucht. In einem gewissen Sinne sind diese Arbeiten der erste Anfang für eine lokale Beschäftigung mit den Folgen des Bombenkrieges. Diese Studien flossen in die gro-

14 Vgl. das Themenheft Die Legende von der „Stunde Null“. Planungen 1940-1950, in: Stadtbauwelt 84/1984.

15 H.-D. Nicolaisen, Gruppenfeuer und Salventakt. Schüler und Lehrlinge bei der Flak, 1943-1945, Büsum 1993.

16 Vgl. den Katalog vorhandener Studien, G. Daniels, A guide to the reports of the United States Strategic Bombing survey, I, Europe, II, The Pacific, London 1981.

ßen amerikanischen<sup>17</sup> und britischen<sup>18</sup> Kriegsgeschichtsprojekte ein, die in den 1940/50er Jahren bearbeitet wurden. Bei diesen amtlichen Geschichten des Luftkrieges handelt es sich jeweils um mehrbändige Werke. Erst Jahrzehnte später sollte es auch eine derartige Darstellung aus deutscher Perspektive geben. Horst Boog<sup>19</sup> publizierte 2001 seinen Beitrag über die operative Seite des Luftkrieges, der in der offiziellen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Reihe zur „Geschichte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg“ erschienen ist.

In den 1950/60er Jahren lag die amtliche Aufarbeitung der Folgen des Luftkrieges in Händen des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, die unter dem Reihentitel „Dokumente deutscher Kriegsschäden“ voluminöse Quellensammlungen herausgab. Es erschienen insgesamt fünf Bände in acht Teilen und zwei Beihefte. Diese beinhalten behördliches Schriftgut, Statistiken, Erlebnisberichte und Zeitungsartikel. Dazu kam eine 1964 erschienene Bibliographie, die u. a. auch die bis dahin erschienene lokale Literatur der Kriegsschäden verzeichnete.<sup>20</sup>

Die „klassischen“ Luftkriegsgeschichten beschäftigen sich mit dem Kampf der Luftwaffen gegeneinander. Von Interesse sind hier hauptsächlich Strategie, Taktik und Zahl der bei den verschiedenen Operationen eingesetzten Flugzeuge. Die traditionellen Mittel und Methoden der Schlachtbeschreibung lassen sich allerdings kaum auf den Luftkrieg anwenden. Am Ende der Darstellungen steht hier in der Regel die Bilanz: so und so viele abgeschossene feindliche Flugzeuge stehen so und soviel an eigenen Verlusten gegenüber. Das, was in der Wirtschaft die Produktionszahlen ausweisen, sind hier die Destruktionsziffern, die hier noch durch die Zahlen um die Größe der zerstörten Flächen angereichert werden können. Geschichtsschreibung aus lokaler Perspektive sieht naturgemäß ganz anders aus.

Das große Thema „Krieg als Stadtzerstörung“ wurde bis 1960 in Deutschland abseits der Kriegsschadens- und Wiederaufbauproblematik relativ wenig bearbeitet. Die Arbeiten fanden ihren überwiegenden Niederschlag in Zeitschriften- und Zeitungsartikeln.<sup>21</sup> Der britische Autor David Irving brachte seine später immer wieder neu aufgelegten Bücher über die Zerstörung deutscher Städte im allgemeinen<sup>22</sup> und

17 W.F. Craven / J.L. Cate (Red.), *The Army Air Forces in World War II*, Chicago 1948 ff, Repr. 1983 ff.

18 C. Webster / N. Frankland, *The strategic air offensive against Germany 1939-1945*, London 1961, Repr. 1994.

19 H. Boog, *Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943 bis 1944*, in: *ders.*, *Das Deutsche Reich in der Defensive*, Stuttgart 2001, S. 1-410.

20 Im einzelnen sei auf folgende Titel verwiesen, Bd. I, *Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung*, Bonn 1958; Bd. II. 1, *Soziale und rechtliche Hilfsmaßnahmen für die luftkriegsbetroffene Bevölkerung bis zur Währungsreform*, Bonn 1960; Bd. V, *Bibliographie*, Bonn 1964; Beiheft 1, *Aus den Tagen des Luftkrieges und des Wiederaufbaues. Erlebnis- und Erfahrungsberichte*, Bonn 1960; Beiheft 2, *Der Luftkrieg im Spiegel der neutralen Presse*, Bonn 1962.

21 K. Koehler, *Bibliographie zur Luftkriegsgeschichte*, Frankfurt a.M. 1966, S. 176-181.

22 D. Irving, *Und Deutschlands Städte starben nicht*, Zürich 1963.

Dresdens<sup>23</sup> im besonderen zunächst auch in dieser Form heraus. In den 1960er Jahren verstärkte sich das Interesse an der Luftkriegsgeschichte. Die jeweiligen 20jährigen Jahrestage boten Anlass zum kritischen Rückblick auf die Kriegszeit und Anlass zum Stolz auf die geleistete Wiederaufbauarbeit der Nachkriegszeit. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür wäre etwa die lokale Artikelserie „Bombenkrieg“ aus dem Jahre 1962, mit der das „Solinger Tageblatt“ auch die Wiederaufbauleistung nach 1945 ins gebührende Licht gerückt hat.

### 3. Kalter Krieg und Kriegsgedenken

Einen richtigen Boom erlebte die lokale Beschäftigung mit dem Luftkrieg Ende der 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er bzw. 1990er Jahre. Die 40. bzw. 50. Jahrestage von Kriegsanfang und -ende bzw. ein „rundes“ Datum der eigenen Zerstörung veranlassten Städte und Gemeinden dazu, sich mit dem Thema näher auseinander zu setzen. Der Nationalsozialismus mit seinen Folgen von Krieg und Zerstörung wurde zu einem bevorzugten Objekt lokaler Erinnerungspolitik. Stadtarchive nahmen sich des Themas an und produzierten Ausstellungen und Publikationen. Kaum eine Kommune ließ es sich nehmen, „Vergangenheitsbewältigung“ zu betreiben. Für die 1980er Jahre lässt sich damit eine generelle Professionalisierung der Geschichtsschreibung vor allem auch auf dem Gebiet der lokalen Luftkriegsgeschichte verzeichnen. In vielen Ortsgeschichten wurde das Thema Luftkrieg als Teil des nationalsozialistischen Alltags dargestellt, wie etwa in den Büchern über Duisburg (Kraume) oder Wilhelmshaven (Appelius).

Orts- bzw. Operationsgeschichten des Luftkrieges bieten einen Blick von ganz unten bzw. von ganz oben. Verschiedene Monographien bieten eine Synthese, die die Geschichte des Luftkrieges in und über einzelnen Städten darstellen. Vorbildliche Werke sind u. a. über Dresden (Bergander), Lübeck (Wilde), Kassel (Dettmar) und Koblenz (Schnatz) erschienen.

Die 1980er Jahre waren die hohe Zeit der Bildbände. Unter dem programmatischen Reihentitel „Fotografierte Zeitgeschichte“ brachte etwa ein Verlag Monographien über Aachen (Hofmann) oder Duisburg (Kraume) heraus. Die Sperrfristen für Dokumente aus amerikanischen und britischen Archiven waren inzwischen abgelaufen. Viele Autoren nutzten nun die hier überlieferten historischen Fotobestände zur Illustration der Angriffe. Die dabei entstandenen Werke zeichnen sich durch einen seltsamen optischen Kontrast aus. Die Zielauswertungsfotos aus der Luft mit ihrer Ästhetik einer kalten, technischen Präzision stehen im harten Gegensatz zu den Knipser- und Dokumentarfotos der Zerstörungen am Boden, die stellenweise apokalyptische Ruinenlandschaften zeigen. Eine Bilddokumentation über Dortmund sei

23 D. Irving, *The destruction of Dresden*, New York 1964, [dt. u. d. T.] *Der Untergang Dresdens*, Gütersloh 1964.

hier beispielhaft genannt (Blank, Sollbach). Der Bildband „Kriegsschauplatz Kiel“ (Jensen) gehört mit seinen von alliierten und deutschen Fliegern aufgenommenen Luftbildern zu den eindrucklichsten Dokumentationen ihrer Art. Wenn dann farbige Aufnahmen der Trümmerwüsten vorliegen, vermitteln diese einen geradezu surrealen Eindruck. In den Arbeiten über Freiburg (Vetter), Mainz (Stenz), Kassel (Dettmar) und Ulm (Neubronner) sind derartige Farbfotos abgedruckt. Eine spezielle Abteilung der Luftkriegsliteratur stellen die lokalen Bildbände dar, die Vorher-Nachher-Fotos in den Mittelpunkt ihres Interesses rücken. Gezeigt werden hier Gebäude, Plätze und Stadtteile, wie sie vor ihrer Zerstörung einmal ausgesehen haben. Fotos von Ruinen und Neubauten kontrastieren diese Bilder dann schroff. Einerseits scheinen die Bücher so in einer Nostalgie des verlorenen Stadtbildes zu schwelgen, andererseits veranschaulichen sie aber auch drastisch den historischen Bruch, der sich in der Nachkriegszeit vielerorts in einem unsensiblen Wiederaufbau der verlorenen Bausubstanz zementierte. Damit mögen derartige Bücher auch verdeutlichen, dass man in den 1980er Jahren begann, die Kriegsverluste und die Ersatzbauten der Nachkriegszeit als einen Verlust an Urbanität zu begreifen. Im Band „3 x Nürnberg“ (Eichhorn et al.) findet diese Darstellungsweise etwa Anwendung auf fast alle wichtigen Bauten, Plätze und Orte der Stadt.

Relativ wenige Publikationen gibt es von und über Künstler, die sich des Themas „Ruinenlandschaft“ angenommen haben. Eduard Hopf (1901-1973) zeichnete etwa 1942 das zerstörte Lübeck und Günther Kaphammel das zerstörte Braunschweig der Nachkriegszeit. Im Katalog „Bomben auf Münster“ findet sich 1983 immerhin ein eigenes Kapitel „Versuche zur künstlerischen Darstellung des Bombenkrieges“.

Methoden der Oral History fanden verstärkt Anwendung in der Dokumentation des Luftkrieges. Erinnerungen von noch lebenden Zeitzeugen wurden gesammelt und als Sammelbände publiziert. Bemerkenswerte Beispiele gibt es für Bonn (Vogt) und Hamburg (Hauschild-Thiessen).

Krieg ist eine von Menschen gemachte Katastrophe. Die Auswirkungen der durch den Bombenkrieg vor Ort verursachten Schäden fiel in die Zuständigkeit eines im weitesten Sinne zu verstehenden Katastrophenschutzes. Ein derartiger „ziviler Luftschutz“ versuchte die Auswirkungen der Bombenschäden am Boden so gering wie möglich zu halten. Die umfangreiche Darstellung von Georg W. Schramm „Der zivile Luftschutz in Nürnberg“ dokumentiert die verschiedenen baulichen und organisatorischen Maßnahmen, die man so oder so ähnlich auch in anderen deutschen Städten durchgeführt hat. In diesen Zusammenhang gehören auch Darstellungen, die sich mit dem Thema Bunker<sup>24</sup> als Bauaufgabe<sup>25</sup> bzw. als Erinnerungsort<sup>26</sup> beschäftigen. Bunkermuseen gibt es übrigens in Berlin, Emden und Oberhausen. Die Faszination ausgebildeter Feuerwehrleute vor der Größe bzw. der Vergeblichkeit eines Zivil-

24 M. Foedrowitz, Bunkerwelten. Luftschutzanlagen in Norddeutschland, Berlin 1998.

25 H. Angerer, Flakbunker. Betonierte Geschichte, Hamburg 2000.

26 S. Wenk (Hrsg.), Erinnerungsorte aus Beton. Bunker in Städten und Landschaften, Berlin 2001.

schutzes im Angesicht der Katastrophe wird besonders in Brunswigs „Feuersturm über Hamburg“ deutlich. In einer emotionslosen und übersachlichen „Feuerwehrprosa“ versucht er den Untergang Hamburgs 1943 in Worte zu fassen.

Während des Kalten Krieges waren Städte generell „Geiseln“ der Abschreckungs- bzw. Atomkriegsstrategie. Im Vergleich zu einer möglicherweise auf eine Stadt abgeworfenen Atom- oder Wasserstoffbombe erschien der erste vernichtende 1.000-Bomber-Angriff des Jahres 1943 auf Köln zwar wie ein trauriges aber nostalgisches Vorspiel. In den 1980er Jahren wurde das historische Thema „Bombenkrieg“ im Zuge der Debatte um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland während der Endphase des Kalten Krieges auch in der Bundesrepublik aktuell. In einem Luftkriegsbuch über Bremen (Schminck-Gustavus) aus dem Jahr 1983 wird eigens auf die damals gerade aktuelle Friedensbewegung mit den Worten verwiesen, dass „unser Land die größte Atomwaffendichte der Welt“ habe.

In den meisten Arbeiten zum Luftkrieg lässt sich seit den 1980er Jahren ein gewisser Grundkonsens feststellen, der neben einer historischen Argumentationsfigur zugleich auch eine moralische Sinnstiftung bietet: Das nationalsozialistische Deutschland habe schließlich den Zweiten Weltkrieg begonnen und die Deutschen hätten diesen Krieg als Vernichtungskrieg geführt, der im Holocaust gemündet habe. Dies relativiert die Stadtzerstörungen erheblich, da diese nun in einen fast schon theologischen Sinnzusammenhang gestellt werden konnten. Die „Mitschuld an der Katastrophe“ (Werner, ... oder Dresden, S. 3) bedingte ein Prinzip des „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Und schließlich gab es, wie es in einem 1996 erschienenen Titel über Mainz programmatisch hieß, nicht wenige „Täter als Opfer und Opfer als Täter“. Letztlich habe aber alles in einer Befreiung gemündet. Ina Wagner brachte den Aspekt in ihrem 1995 erschienenen Aufsatz „Die Zerstörung einer Stadt“ folgendermaßen auf den Punkt: „So geht der Blick zurück – erfüllt von Wehmut und Trauer, aber auch von Erleichterung. Denn in dem Feuer, das Emden und viele deutsche Städte verbrannte, verglühte auch die böseste Gewalt, die je unser Land beherrschte“ (S. 264). Der Zivilisationsbruch in der generellen (Luft-) Kriegführung der Zeit bleibt damit unterbelichtet.<sup>27</sup> Im übrigen verkennt eine solche Argumentation die luftkriegs-ideologischen Wurzeln, die jenseits einer moralischen Bewertung nur die vermeintliche Effizienz dieser Art der Kriegführung im Auge hatte. Im Grunde ist das Problem Ethik<sup>28</sup> und Ideologie<sup>29</sup> des Luftkrieges bis heute nicht ausdiskutiert und wird wohl auch kaum abschließend zu bewerten sein.<sup>30</sup>

27 Vgl. E. Markusen / D. Kopf, The Holocaust and strategic bombing. Genocide and total war in the twentieth century, Boulder, Co. 1995.

28 Vgl. S.A. Garrett, Ethics and airpower in World War II. The British bombing of German cities, New York 1993.

29 Vgl. T.D. Biddle, Rhetoric and reality in air warfare. The evolution of British and American ideas about strategic bombing 1914-1945, Princeton N. J. 2002.

30 Vgl. die labyrinthische und literarische Bearbeitung eines Themas, zu dem es zwar viele Zugänge aber kein Entrinnen gibt, bei S. Lindqvist, A history of bombing, London 2001.

In dem Maße, wie nach 1945 die Zeit verging, wurde aus der Geschichte der Stadtzerstörung zugleich auch eine Geschichte des Wiederaufbaus. Die Argumentation verlief in der Regel nach einem einheitlichen Muster, das in der alten Bundesrepublik wie in der DDR ziemlich ähnlich war. Zunächst schildert man, wie die Etablierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu Krieg und Zerstörung geführt habe. Dem wird die Demokratie bzw. der Sozialismus als Garant für Freiheit und Wiederaufbau gegenübergestellt. Das Ganze mündet dann in aller Regel in einem pazifistischen Appell mit dem Tenor: „Nie wieder Krieg!“ Das (Weiter)Bestehen der eigenen Gesellschaftsordnung bildet die selbstverständlich nicht hinterfragte Grundlage eines Friedens an sich. „Nach einem Dritten Weltkrieg bliebe nichts und niemand für einen nochmaligen Wiederaufbau“ meinte Olaf Groehler beschwörend 1988 in seinem Aufsatz „Rostock im Luftkrieg“ (S. 39).

Die lokalen Schadensberichte, die man über verlorene Gebäude und Kultureinrichtungen angelegt hatte, ergänzte man in den 1970/80er Jahren durch landesweite Verlustlisten. Anstelle von Inventaren, die das Bestehende verzeichnen, traten Inventare des Verlorenen und Zerstörten. 1978 erschien unter der Ägide von Götz Eckardt die monumentale Dokumentation „Schicksale deutscher Baudenkmale im Zweiten Weltkrieg“, die die einschlägigen Verluste für die DDR darstellte.<sup>31</sup> Historische und kunstgeschichtliche Erläuterungen verdeutlichten den Wert des Zerstörten für die einzelnen Städte und Bezirke. Nachdem die DDR für ihr Gebiet ein solch bahnbrechendes Inventar vorgelegt hatte, musste auch die Bundesrepublik mit einem ähnlichen Werk aufwarten. Zehn Jahre später erschien dann das von Hartwig Beseler und Niels Gutschow herausgegebene Werk über die „Kriegsschicksale deutscher Architektur“,<sup>32</sup> das in Aufmachung und Gliederung dem ostdeutschen Beispiel folgte. Kriegsschicksale bedeutete hier allerdings nicht nur „verloren im Krieg“, sondern auch „Schicksal nach dem Krieg“ während des Wiederaufbaus. Insofern lässt sich das Werk auch als eine Chronik der städtebaulichen Fehlleistungen lesen. Mit den beiden voluminösen Dokumentationen aus Ost und West war die lokale Bestandsaufnahme der Kriegsschäden, was Verluste an kulturhistorisch bedeutsamer Bausubstanz anging, im großen und ganzen für Deutschland abgeschlossen.

Niels Gutschow ist Architekt. Für den Dokumentar der im Krieg verlorenen Bausubstanz gibt es eine besondere biographische und thematische Verflechtung<sup>33</sup> mit

31 G. Eckardt (Hrsg.), Schicksale deutscher Baudenkmale im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation der Schäden und Totalverluste auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, [2 Bde.], Berlin 1978, Sonderausgabe, 2001.

32 H. Beseler / N. Gutschow (Hrsg.), Kriegsschicksale deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau, eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Nord, Bd. 2, Süd, Neumünster 1988, Sonderausgabe, 2000.

33 Vgl. W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, Braunschweig 1986, S. 222 ff.

der Arbeit seines Vaters Konstanty Gutschow (1902-1978),<sup>34</sup> der während des Zweiten Weltkrieges als Architekt einem Planungsstab zum Wiederaufbau zerstörter Städte angehört hatte.<sup>35</sup> Beide beschäftigten sich mit den Folgen von Stadtzerstörung. Während der eine in den 1940er Jahren Pläne für den Wiederaufbau entworfen hatte, dokumentierte der andere Jahrzehnte später, was daraus geworden war. Bezeichnenderweise erschien dann auch noch im selben Jahr 1988, in dem die „Kriegsschicksale deutscher Architektur“ herausgekommen waren, eine Stadtplanungsgeschichte der Kriegs- und Nachkriegszeit, die den beziehungsreichen Titel „Träume in Trümmern“ trägt. Neben Gutschow war Werner Durth der Herausgeber des Werkes. Darin wird deutlich, dass die Dichotomie von Stadtzerstörung und Wiederaufbau zwischen 1940 und 1950 stadtplanerisch nicht in dem Maße bestanden hatte und mehr aufeinander bezogen war, als man hätte zunächst erwarten können.<sup>36</sup> Die drei genannten Arbeiten über die Kriegsschäden in der DDR und in der Bundesrepublik bieten zusammen mit der Darstellung zur Geschichte der Stadtplanung eine Bilanz des Wiederaufbaus. Damit markieren sie für diesen Sektor auch das historiographische Ende der „Nachkriegszeit“. Als das bundesrepublikanische Werk über die Kriegs- und Nachkriegsschicksale der west-deutschen Architektur 1988 erschienen war, konnte keiner ahnen, dass nur ein Jahr später mit dem Zusammenbruch der DDR und anschließender Wiedervereinigung ein neues Kapitel in der Geschichte aufgeschlagen werden würde. Der Luftkrieg und dessen Folgen blieben ein vielbearbeitetes Forschungsgebiet, das Ende der 1990er Jahre und darüber hinaus tagesaktuelle Bezüge bekommen sollte.

#### 4. Von der Aktualität eines brisanten Themas

Das Thema „Bombenkrieg“ bzw. „Stadtzerstörung und Wiederaufbau“ trat seit den 1990er Jahren<sup>37</sup> allmählich und dann verstärkt in den Blickpunkt wissenschaftlichen und publizistischen Interesses. Die „Internationale Kommission für Stadtgeschichte“ machte diese Thematik von 1996 bis 1999 zu einem Schwerpunkt ihres Forschungsinteresses.<sup>38</sup> 2002 gab es auf dem Historikertag in Halle a.S. eine Sektion „Städte aus Trümmern“. Im selben Jahr beschäftigte sich die European Association

34 N. Gutschow, „Väter und Söhne“ Gutschow, in: Bauwelt (75), 15/1984, S. 656 f.

35 J. Düwel / N. Gutschow, Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen, Projekte, Akteure, Stuttgart 2001, S. 145 ff.

36 W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Bd. 1, Konzepte, Bd. 2, Städte, Braunschweig 1988.

37 T. Harlander, Bombardierung und Stadtzerstörung. Neuere Literatur, in: Die Alte Stadt (20) 4/1993, S. 400-404.

38 Inzwischen liegen drei Bände mit Ergebnissen vor, vgl. M. Kröner (Hrsg.), Stadtzerstörung und Wiederaufbau, Bern 1999/2000.

of Urban Historians (EAUH) in Edinburgh mit den Wechselwirkungen von Stadt und militärischer Macht im Zeitalter des Totalen Krieges. Die 7. „International Conference of Urban History“ wird sich im Oktober 2004 in Athen des Themas der europäischen Städte im Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges annehmen.

Unter dem generellen Blickwinkel „Wandlungen des Raumes durch Krieg“<sup>39</sup> beschäftigten sich verschiedene Autoren mit dem Thema „Kriegszerstörung und Wiederaufbau“<sup>40</sup> unter einem geographischen und statistischen Blickwinkel. Zu nennen wären hier etwa auch die materialgetränkten Arbeiten von Uta Hohn.<sup>41</sup> Diese Arbeiten sind allerdings von solch einem globalen Ansatz, dass hier lokale Unterschiede und Besonderheiten kaum berücksichtigt werden können. Für Paderborn<sup>42</sup> und Hannover bzw. Magdeburg<sup>43</sup> liegen bemerkenswerte Studien vor, die engere Fachgrenzen überschreiten, indem sie den Zusammenhang zwischen Architektur, Städtebau und Mentalität des Wiederaufbaus anhand von lokalen Beispielen untersuchen. Für Pforzheim gibt es seit 2001 sogar ein archäologisches Stadtkataster, in dem erhaltene und verschwundene historische Gebäude der zu 80% zerstörten Stadt minutiös dokumentiert werden.

In den 1990er Jahren erschien bemerkenswert viel Regionalliteratur, die die Perspektive des platten Landes auf den Luftkrieg vermittelt. So gibt es u. a. Studien über Friesland,<sup>44</sup> den Raum Fulda<sup>45</sup>, den Kraichgau<sup>46</sup> und über die württembergische Kleinstadt Aalen.<sup>47</sup> Dies mag damit zusammenhängen, dass sich die Heimat-

39 K. Hewitt, Place annihilation. Area bombing and the fate of urban places, in: *Annals of the Association of American Geographers* (73), 2/1983, S. 257-284.

40 J. Nipper (Hrsg.), *Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte*. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im Zweiten Weltkrieg, zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität, Köln 1993.

41 U. Hohn, *Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg*, Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt, Dortmund 1991; vgl. auch U. Hohn, *Der Einfluss von Luftschutz, Bombenkrieg und Stadtzerstörung auf Städtebau und Stadtplanung im „Dritten Reich“*, in: *Die Alte Stadt* (19) 4/1992, S. 326-353.

42 B. Stambolis, *Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn*, in: *Die Alte Stadt* (22) 4/1995, S. 383-394.

43 H.H. Manz, *Der Wiederaufbau der Zentren der beiden Städte Magdeburg und Hannover nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich der politischen Hintergründe, der Aufbauziele, der Planungen und deren Realisation*, Köln 1995.

44 H. Frerichs, *Der Bombenkrieg in Friesland 1939-1945. Eine Dokumentation der Schäden und Opfer im Gebiet des Landkreises Friesland*, Jever 1998.

45 G. Sagan, *Die Bevölkerung hatte Verluste. Der Luftkrieg im Raum Fulda vom September 1939 bis zum März 1945*, Fulda 1994.

46 P. Huber, *Als der Himmel Feuer spie. Der Luftkrieg über Kraichgau, Hardt und Bruhrain*, Bruchsal 1996.

47 R. Schurig, *Location of objective S-7329. Die US-Air Force im Luftraum über und um Aalen*, in: *Aalener Jahrbuch* (12), 2000, S. 11-32.

forscher eher in ländlichen als in städtischen Gebieten für dieses Thema interessiert hatten. Bisweilen ist ein seltsam ausgeprägter Lokalpatriotismus in der Ortsliteratur festzustellen, der kaum über den brennenden eigenen Kirchturm hinausschaut. In der üblichen Heimatliteratur ist es vor Ort am „schönsten“; in den Berichten über den Luftkrieg ist es „hier“ dann am „schlimmsten“. In einem ausgeklügelten Bericht über Nordhausen im Bombenkrieg wies man etwa nach, dass der fürchterlichste Feuersturms des ganzen Krieges in der Stadt gewütet habe.<sup>48</sup>

Städte werden zerstört. Städte werden immer wieder aufgebaut, sei es nach Kriegen, sei es nach Naturkatastrophen. Die Zerstörungen im Gefolge der nationalsozialistischen Herrschaft waren so umfassend und so flächendeckend, daß kein noch so radikaler Neuanfang, oder, keine noch so gründliche Rekonstruktion, die Spuren der städtebaulichen Destruktion je zu verwischen in der Lage wären. Vor diesem Hintergrund erscheinen bei näherer Betrachtung Befürchtungen absurd, man könne „Geschichte“ durch den Wiederaufbau einzelner zerstörter Gebäude quasi ungeschehen sein lassen und damit entsorgen. In den Forderungen, den Trümmerhaufen der Dresdner Frauenkirche zu belassen<sup>49</sup> und auf einen Wiederaufbau aus geschichtspolitischen Gründen zu verzichten, kam eine verquere „Ruinenwerttheorie“ zum Ausdruck, die eine Zerstörung an sich zum immerwährenden „Denkmal“ erhoben hätte. Doch dieser Weg wurde in Dresden nicht beschritten. Das, was der Krieg zerstört hatte, musste im Frieden nicht zerstört bleiben. Der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche mag damit auch ein Sinnbild dafür sein, dass aus einer Zerstörung heraus, die einer militärischen Logik entsprungen war, nicht auch noch ein denkmalpflegerischer Zwang erwachsen muss, dieser Logik für alle Zeiten zu folgen.<sup>50</sup>

Die Beschäftigung mit dem Thema Luftkrieg stand bis in die neueste Zeit hinein in Deutschland besonders – doch nicht nur – bei den Anhängern der „Sozialgeschichte“ unter einem gewissen Legitimationsdruck.<sup>51</sup> Ein Grund lag darin, dass sich auf diesem Gebiet auch Autoren „rechter“ Gesinnung tummelten, wie etwa der oben schon genannte britische Autor David Irving.<sup>52</sup> Die erstaunte Feststellung des Schrift-

48 W. Geiger, *Nordhausen im Bombensiever. Zum Luftkriegsschicksal einer mitteldeutschen Stadt 1940-1945*, Dokumente und Augenzeugenberichte, Nordhausen 2000.

49 Symptomatisch J. Trimborn, *Das „Wunder von Dresden“*. Der Wiederaufbau der Frauenkirche, ein kritischer Blick auf das „größte Rekonstruktionsprojekt des Jahrhunderts“, in: *Die Alte Stadt* (24) 2/1997, S. 127-149.

50 Vgl. auch die Rezension mit Anmerkungen zum Streit der Befürworter und Gegner eines Wiederaufbaus von M. Titze, *Die Dresdner Frauenkirche*, Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau, in: *Die Denkmalpflege* (60) 2/2002, S. 183-188.

51 Vgl. z. B. B. Braese, *Bombenkrieg und literarische Gegenwart*, zu W.G. Sebald und Dieter Forte, in: *Mittelweg* 36 (11), 1/2002, S. 4-24.

52 Siehe z. B. die einschlägigen Rechtfertigungen bei N. Gregor, *A „Schicksalgemeinschaft“? Allied bombing, civilian morale, and social dissolution in Nuremberg 1942-1945*, in: *Historical Journal* (43) 4/2000, S. 1051-1070. Der Autor kommt im übrigen zum Schluss, dass es trotz der behaupteten

stellers Winfried Georg Sebald (1944-2001),<sup>53</sup> dass der Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges in der deutschen schöngestigen Literatur nahezu kaum behandelt worden sei, sorgte für einiges Aufsehen in den deutschen Medien. Wie eine Antwort auf die bis dahin uneingelöste Forderung Sebalds erschien 2002 eine Arbeit, die im sprachlichen Duktus literarische Qualität anstrebte und die für die lokale deutsche Luftkriegsgeschichtsschreibung ein vorläufiges Resümee ziehen wollte. Mit Jörg Friedrichs<sup>54</sup> Werk der „Brand“, das sich ausschließlich auf die bereits vorhandene umfangreiche Lokalliteratur zur Geschichte des Luftkrieges stützt, wurde ein populärer Gesamtüberblick über das Schicksal deutscher Städte im Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges geboten.<sup>55</sup> Das Werk bedeutet so einen gewissen Abschluss, als es die gängige Ortsliteratur zur Stadtzerstörung in eine allgemeine Geschichte des Luftkrieges integriert und damit auch popularisiert. Das Buch wurde zum Bestseller. Friedrich stellte den alliierten Bombenkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland als äußerst fragwürdiges Unterfangen dar. Über weite Strecken liest sich Friedrichs Buch wie ein populärer Reiseführer zu den untergegangenen Stätten deutscher Kultur. Doch gerade beim Ansprechen derartiger Verluste kommt ein seltsamer Unterton in den Text. Lange, lange vor unserer Gegenwart scheint sich die Geschichte abgespielt zu haben, ähnlich dem Brand Roms unter Nero. Gleichzeitig werden die immensen zivilen Verluste der Bombardements, die vor allem am Ende des Krieges zu verzeichnen waren, nicht nur historisch konstatiert, sondern auf eine überzeitliche moralische Ebene zu heben versucht. Dabei werden die Deutschen nicht nur zum tragischen „Kriegsopfer“ eines verbrecherischen nationalsozialistischen Krieges, sondern zum „Opfer“ einer verwerflichen Kriegführung schlechthin. Die Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg wurde damit mit dem leidigen aber immer aktuellen Thema des „Bösen“ konfrontiert. Diese moralisierenden Aspekte in Friedrichs Buch führten in England denn auch zu heftiger Kritik an dem Werk, was seine Verbreitung in Deutschland durchaus befördert haben mag. Nachrichten- und Special-Interest-Magazine<sup>56</sup> produzierten Fortsetzungsgeschichten. Fernsehsender strahlten einschlägige Reportagen aus. Das Thema geriet zum medialen Flächenbrand. Insofern gibt es in Deutschland, was die öffentlichen Debatten um den Luft-

„Volksgemeinschaftsideologie“ im Angesicht des alliierten Luftkrieges zu starken sozialen Spannungen gekommen sei, was die Unrichtigkeit der nationalsozialistischen Ideologie beweise. Dafür war aber auch, was der Verf. zu gering einschätzt, von einer im Angesicht der Bombenangriffe (über)lebenden, fragmentierten Gesellschaft kein nennenswerter Widerstand gegen das Regime mehr zu erwarten. Und darauf kam es letztlich an. Eine Ideologie braucht im übrigen nicht „wahr“ zu sein, um zu wirken!

53 W. G. Sebald, Luftkrieg und Literatur. Mit einem Essay zu Alfred Andersch, Frankfurt a. M. 2001.

54 J. Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002.

55 M. Pöhlmann, Der alliierte Bombenkrieg und die deutsche Verdunkelungsgesellschaft, in: Newsletter. Arbeitskreis für Militärgeschichte 19/2003, S. 20-23.

56 Z. B. Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg gegen die Deutschen, Spiegel special, 1/2003.

krieg angeht, eine Zeit vor und nach Friedrich. Wie diese dann aussehen mag, wird die Zukunft zeigen.

Doch diese teilweise enthusiastischen Reaktionen auf Friedrichs Buch dürften sich nicht allein aus rein historischem Interesse heraus gespeist haben. Denn nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1999 am Kosovokrieg beteiligte, den die NATO als einen „modernen“ strategischen Bombenkrieg gegen Jugoslawien führte, ist das Thema Bombenkrieg gegen Städte bzw. Zerstörung urbaner Infrastruktur für die Deutschen nicht nur historisch, sondern auch politisch wieder aktuell geworden. Und so mag die Perspektive diesmal auch die des „Mitmachers“ gewesen sein

### 5. Zusammenfassung

Das Thema „Bombenkrieg“ gehört sicherlich nicht zu den vernachlässigten Gebieten der deutschen Historiographie.<sup>57</sup> Die Literatur zu seiner Geschichte ist so umfangreich, dass sie allein schon ganze Bibliotheken füllen dürfte. Eine unübersehbare Menge von Büchern und Aufsätzen beschäftigt sich mit der Geschichte von bestimmten Orten während des Luftkrieges. Im folgenden soll auf einen ausgewählten Teil der lokalen Literatur hingewiesen werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entstanden ist. Dazu wurde mit Hilfe der gängigen bibliographischen Hilfsmittel eine Literaturliste erstellt, die in keinsten Weise Vollständigkeit anzustreben versucht. Es soll vielmehr ein quasi „impressionistischer Blick“ auf eine umfangreiche Produktion geworfen werden. Bei der allgemeinen Zerstörung deutscher Städte und Dörfer im Gefolge des Luftkrieges und der Kampfhandlungen am Boden erscheint eine irgendwie geartete repräsentative Auswahl der ehemaligen Zielorte natürlich schwierig. Doch es gibt eine zeitgenössische Quelle, die als Grundlage dienen kann. Harris hat 1945 in seinem Rechenschaftsbericht über seine Taten im Krieg all die 69 Städte aufgezählt, die zum bevorzugten Ziel seiner Bomber gehört hatten.<sup>58</sup> Zur Auswahl der Zielorte ist noch folgendes zu bemerken. Es gab angegriffene und zerstörte Städte, die ausschließlich Ziele der amerikanischen Luftwaffe gewesen waren und daher nicht erwähnt werden, wie z. B. Ingolstadt,<sup>59</sup> Re-

57 Es gibt allerdings auch kaum behandelte Themen wie etwa Traumatisierungen oder psychologische Spätschäden Betroffener, vgl. Th.W. Neumann, Der Bombenkrieg. Zur ungeschriebenen Geschichte einer kollektiven Verletzung, in: ders. (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 319-342.

58 A.T. Harris, Despatch on war operations. 23rd February, 1942, to 8th May, 1945. Secret, (Oct., 1945), London 1995, S. 56.

59 H. Fegert (Hrsg.), Luftangriffe auf Ingolstadt. Geheime historische Dokumente, Fotos und Zeitzeugenberichte aus den Jahren 1933 bis 1945, Kösching 1989.



## 8. Bremerhaven

*Gabcke, Harry*: Die Zerstörung Wesermündes in der Bombennacht vom 18. September 1944. Eine Erinnerung nach 40 Jahren, Bremerhaven 1985 (Kleine Schriften des Stadtarchivs Bremerhaven 1).

## 9. Chemnitz

*Richter, Gert*: Chemnitzer Erinnerungen 1945. Eine Dokumentation in Wort und Bild über die Zerstörung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, Chemnitz 1995.

## 10. Darmstadt

*Schmidt, Klaus*: Die Brandnacht. Dokumentation von der Zerstörung Darmstadts am 11. September 1944, Darmstadt, 5. Aufl., 1964.

## 11. Dessau

*Gröhler, Olaf*: Anhalt im Luftkrieg, 1940-1945. Anflug auf Ida-Emil, Dessau 1993; *Gröhler, Olaf*: Einsatz Nummer 1027. Der Luftangriff auf Dessau am 7. März 1945 anhand britischer Archivunterlagen, Dessau 1986 (Beiträge zur Stadtgeschichte 2).

## 12. Dortmund

*Blank, Ralf*: Die Stadt Dortmund im Bombenkrieg, in: Dortmund. Bombenkrieg und Nachkriegszeit 1939-1948, hrsg. von *Gerhard E. Sollbach*, Hagen 1996, S. 13-55; *Blank, Ralf / Sollbach, Gerhard E.*: Bilddokumentation, in: ebda., S. 125-256; *Schneider, Werner*: Stadtgeographische Wandlungen Dortmunds und seines Einflussbereichs unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Kriegsschäden, Köln, Univ., Diss., 1957.

## 13. Dresden

*Bergander, Goetz*: Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte, Zerstörung, Folgen, Köln 1977, 2. überarb. u. erw. Aufl., Weimar 1994; *Griebel, Mathias (Hrsg.)*: Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, hrsg. von der Landeshauptstadt Dresden, Stadtmuseum Dresden, Dresden 1994; *Kempowski, Walter (Hrsg.)*: Der rote Hahn. Dresden im Februar 1945, München 2001; *Pommerin, Reiner*: Zur Einsicht bomben? Die Zerstörung Dresdens in der Luftkriegsstrategie des Zweiten Weltkrieges, in: Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-englischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von *Gerhard A. Ritter et al.*, Paderborn 1999 (Veröff. des deutschen historischen Instituts London 46), S. 227-247; *Rodenberger, Axel*: Der Tod von Dresden. Bericht vom Sterben einer Stadt in Augenzeugenberichten, Dortmund 1951, Repr., Frankfurt a.M. 1995; *Schnatz, Helmut*: Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit. Mit einem Vorwort von Goetz Bergander, Köln 2000; *Ueberschär, Gerd R.*: Dresden 1945. Symbol für Luftkriegsverbrechen, in: Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, hrsg. von *Wolfram Wette et al.*, Darmstadt 2001, S. 382-396; *Werner, Winfried (Red.)*: ... oder Dresden. Fotos, Dokumente und Texte einer Ausstellung 40 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, Dresden, 1987, 2. Aufl., 1991.

## 14. Düsseldorf

*Hauben, Alfons (Hrsg.)*: Düsseldorf Stunde Null 1945/46. Ende und Anfang, Düsseldorf 1985; *Zimmermann, Volker*: In Schutt und Asche. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Düsseldorf, hrsg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem Stadtarchiv Düsseldorf, Düsseldorf 1995.

## 15. Duisburg

*Kraume, Hans-Georg*: Duisburg im Krieg 1939-1945, Düsseldorf 1982 (Fotografierte Zeitgeschichte).

## 16. Emden

*Wagner, Ina*: Die Zerstörung einer Stadt, in: Stadtgeschichten. Ein Emdener Lesebuch, 1495, 1598, 1995, hrsg. von *Reinhard Claudi*, Emden 1995, S. 251-264; *de Wall, Karl-Heinz*: Der Tag an dem Emden brannte, in: Ostfriesland Magazin, 9/1994, S. 26-31.

## 17. Essen

*Genger, Angela (Red.)*: Essen unter Bomben, Märztage 1943, hrsg. von Alte Synagoge, Essen 1984 (Geschichte im Klartext); *Gepp, Thomas / Petzinna, Berthold (Bearb.)*: Essen im Luftkrieg, Essen 2000 (Stadtarchiv-Materialien für den Unterricht, Stadtgeschichte 1); *Heyn, Erich*: Zerstörung und Aufbau der Grosstadt Essen, Bonn 1955 (Arbeiten zur rheinischen Landeskunde 10); *Krüger, Norbert*: Die Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet im Frühjahr 1943, in: Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Katalogbuch des Ruhrlandmuseums Essen, hrsg. von *Ulrich Borsdorf / Mathilde Jamin*, Reinbek 1989 (rororo 8739, rororo Sachbuch), S. 88-100; *Krüger, Norbert*: Die Luftangriffe auf Essen 1940-1945. Eine Dokumentation, in: Essener Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen, (113) 2001. S. 159-328; *Loeffelholz, Karl Josef*: Die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf Essens Wirtschaft und ihr Wiederaufbau, Köln, Univ., Diss. 1954.

## 18. Frankfurt a. M.

*Lerch, Gustav K.*: Frankfurt am Main im Luftkrieg, [4 Bde.], Frankfurt a. M. 1998/2000; *Schmid, Armin*: Frankfurt im Feuersturm. Die Geschichte der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1965.

## 19. Freiburg i.Br.

*Ecker, Ulrich P. (Red.)*: Freiburg 1944-1994. Zerstörung und Wiederaufbau. Begleitbuch zur Ausstellung von Stadtarchiv und Augustinermuseum anlässlich des 50. Jahrestages der Zerstörung Freiburgs im Luftkrieg am 27. November 1944, Waldkirch 1994; *Götz, Franz / Adler, Bernhard / Götz, Irmtraud (Hrsg.)*: Das Freiburger Münster und der 27. November 1944. Augenzeugenberichte, Freiburg i. Br. 1984 (Stadt und Geschichte neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg i.Br. 6); *Krapf, Ludwig / Kalchthaler, Peter (Red.)*: Memento Freiburg, 27. 11. 1944. Chronik eines Gedenkens, 27. 11. 1994, hrsg. von der Stadt Freiburg i.Br., Freiburg 1995; *Kriegsopfer der Stadt Freiburg i.Br. 1939-1945*. Gedenkbuch für die gefallenen, gestorbenen und vermissten Soldaten und für die Opfer der Fliegerangriffe, Freiburg i.Br. 1954; *Ueberschär, Gerd R.*: Freiburg im Luftkrieg 1939-1945. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Altstadt am 27. November 1944 von *Hans Schadek*, Freiburg i.Br. 1990; *Ueberschär, Gerd R. / Wette, Wolfram*: Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940, ein dokumentarischer Bericht, Freiburg i.Br. 1981; *Vedral, Bernhard*: Altstadtsanierung und Wiederaufbauplanung in Freiburg i.Br. 1925-1951. Zum 100. Geburtstag von Oberbaudirektor Prof. Dr. Ing. Josef Schlippe, Freiburg 1985 (Stadt und Geschichte neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg i. Br. 8); *Vetter, Walter (Hrsg.)*: Freiburg in Trümmern. 1944-1952, eine Bild- und Textdokumentation, [2 Bde.], Freiburg 1982/84; *Weber, Andreas*: Ein Datum schleicht sich aus der Erinnerung. Das Gedenken an die Zerstörung Freiburgs am 27. November 1944, in: *Geinitz, Christian et al.*, Kriegsgedenken in Freiburg, Trauer, Kult, Verdrängung, hrsg. vom Arbeitskreis Regionalgeschichte, Freiburg 1995 (Alltag und Provinz 6), S. 207-234.

## 20. Friedrichshafen

*Hug-Biegelmann, Raimund*: Friedrichshafen im strategischen Luftkrieg 1943-1945, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, (113), 1995. S. 47-69; *Wiedmann, Bernd / Dinger, Hans*: Ansprachen zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt Friedrichshafen im Zweiten Weltkrieg bei der Gedenkfeier am 28. April 1994 im Hugo-Eckener-Saal des Graf-Zeppelin-Hauses, hrsg. von der Stadt Friedrichshafen zum 50. Jahrestag des Kriegsendes am 29. April / 8. Mai 1945, Friedrichshafen 1945 (Forum FN Themen der Zeit 41).

## 21. Gelsenkirchen

*Haffert, Heinz*: Die Bombenoffensive der Luftwaffen Großbritanniens und der USA gegen das Ruhrgebiet während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 dargestellt am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 2000.

## 22. Giessen

*Graef, Dietrich*: „Hake“, Angriffsziel Giessen 1944/45, Giessen 1986, 2. Aufl., 1991 (Sonderband des oberhessischen Geschichtsvereins Gießen).

## 23. Hagen

*Blank, Ralf*: Die Stadt Hagen und der Bombenkrieg, in: Hagen. Kriegsjahre und Nachkriegszeit, hrsg. von *Gerhard E. Sollbach*, Hagen, 3. Aufl., 1995 (Hagener Stadtgeschichte 4), S. 7-26, 58 f.

## 24. Hamburg

*Brunswig, Hans*: Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Stuttgart 1978, 8. Aufl., 1987; *Büttner, Ursula*: „Gomorrha“. Hamburg im Bombenkrieg, Hamburg 1993; *Büttner, Ursula*: Hamburg im Luftkrieg. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des „Unternehmens Gomorrha“, in: Städte im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, hrsg. von *Marlene P. Hiller / Eberhard Jäckel / Jürgen Rohwer*, Essen 1991, S. 272-298; *Hanke, Christian / Paschem, Joachim*: Hamburg im Bombenkrieg 1940-1945. Das Schicksal einer Stadt, Interviews Bernhard Jungwirth, hrsg. von der Staatlichen Landesbildstelle Hamburg, Hamburg 1993; *Hauschild-Thiesen, Renate (Bearb.)*: Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten, Hamburg 1993 (Veröff. des Vereins für Hamburgische Geschichte 38).

## 25. Hamm

*Hilscher, Elke (Hrsg.)*: Der Luftkrieg und die Stadt Hamm. Alarmer und Luftangriffe im Kriege 1939 bis 1945, Hamm 1995.

## 26. Hanau

*Blome, Helmut (Hrsg.)*: Hanau Zerstörung und Wiederaufbau. Eine Dokumentation des Hanauer Anzeigers zum 19. März 1945, Hanau 1985; *Schafer, Hartmann / Hagel, Antje / Kurz, Werner (Red.)*: Hanau 19. März. 50. Jahrestag der Zerstörung der Stadt 1945, Hanau 1995.

## 27. Hannover

*Grabe, Thomas / Hollmann, Reimar / Mlynek, Klaus / Radtke, Michael (Hrsg.)*: Unter der Wolke des Todes leben... Hannover im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1983.

## 28. Harburg

*Eger, Ernst*: Harburg während des Krieges, in: Harburger Jahrbuch (3), 1948, S. 120-176.

## 29. Heilbronn

*Bläsi, Hubert / Schrenk, Christhard*: Heilbronn 1944/45. Leben und Sterben einer Stadt, Heilbronn 1995 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 6); *Gedenkbuch der Stadt Heilbronn*. Kriegsoffer 1939-1945, hrsg. von der Stadtverwaltung, Heilbronn 1955, [2. Aufl. bearb. von *Rolf Palm*] Heilbronner Kriegsoffer 1939-1945, hrsg. von der IHK Heilbronn, Neckarsulm 1994; *Jacoby, Uwe*: Heilbronn, 4. Dezember 1944. Protokoll einer Katastrophe, Heilbronn 1994 (Reihe über Heilbronn 12); *Mistele, Karl-Heinz*: Die Geschichte eines Luftangriffs auf Heilbronn. 4. Dezember 1944, in: Jb. für schwäbisch-fränkische Geschichte, hrsg. vom Hist. Verein Heilbronn (27), 1973, S. 309-335; *Mistele, Karl-Heinz*: Der Luftangriff am 10. September 1944 auf Heilbronn, in: Jb. für schwäbisch-fränkische Geschichte, hrsg. vom Hist. Verein Heilbronn (28), 1976, S. 289-301; *Steinhilber, Wilhelm*: Heilbronn. Die schwersten Stunden der Stadt, Heilbronn 1961, 2. Aufl., 1988 (Reihe über Heilbronn 2); *Stotz, Jo / Eisenmenger, Hermann*: Heilbronn. Blüte, Untergang, Wiedererstehen einer Stadt, Heilbronn 1954, 4. erw. Aufl., 1961.

## 30. Hildesheim

*Aden, Menno*: Hildesheim lebt. Zerstörung und Wiederaufbau. Eine Chronik, Hildesheim 1994; *Meyer-Hartmann, Hermann*: Zielpunkt 52092 N, 09571 O. Der Raum Hildesheim im Luftkrieg 1939-1945, Hildesheim 1985 (Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim 14); *Seeland, Hermann*: Zerstörung und Untergang „Alt-Hildesheims“. Chronik vom 30. Juli 1944 bis 8. Mai 1945, Hildesheim 1947.

## 31. Kaiserslautern

*Braun-Rühling, Max / Baßler, Hansgeorg et al.*: Eine Stadt im Feuerregen. Die Zerstörung der Stadt Kaiserslautern, unveränd. Nachdruck der Orig. Ausgabe von 1953, erg. durch weitere Bilder, hrsg. von *Gert Friderich*, Kaiserslautern 1991.

## 32. Karlsruhe

*Laker, Erich*: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg von *Manfred Koch*, Karlsruhe 1996 (Veröff. des Karlsruher Stadtarchivs 18).

## 33. Kassel

*Coers-Dittmar, Christina / Link, Alexander (Bearb.)*: Leben in Ruinen. Kassel 1943-1948, im Gedenkjahr der Stadt Kassel zur Erinnerung an die Zerstörung am 22. Oktober 1943, Marburg 1993 (Schriften des Stadtmuseums Kassel 5); *Detmar, Werner*: Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943. Eine Dokumentation, Fuldabrück 1983; *Klaube, Frank-Roland (Bearb.)*: Überlebensberichte. Der 22. Oktober 1943 in Protokollen der Vermisstensuchstelle des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel, Marburg 1993 (Kasseler Quellen und Studien, Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel, Kleine Reihe 4).

## 34. Kiel

*Boelck, Detlef*: Kiel im Luftkrieg 1939/45. Schutzmaßnahmen, Alarmer, Angriffe, Getötete, Verletzte, Schäden, Anhang Kriegssterbefälle, Kiel 1959 (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Kiel 24); *Boelck, Detlef*: Kiel im Luftkrieg 1939-1945. Tagebuch des Alarmpostens Detlef Boelck, eingeleitet von *Jürgen Plöger*, Kiel 1980 (Sonderveröff. der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 13); *Jensen, Jürgen (Hrsg.)*: Kriegsschauplatz Kiel. Luftbilder der Stadtzerstörung 1944/45, Neumünster 1989, 2. erw. Aufl., 1995; *Voigt, Hans*: Die Veränderungen der Großstadt Kiel durch den Luftkrieg. Eine siedlungs- und wirtschaftsgeographische Untersuchung, Kiel 1950 (Schriften des geographischen Instituts der Universität Kiel 13, 2).

## 35. Koblenz

*Kallenbach, Reinhard / Frey, Thomas*: Koblenz. Gebaut, zerstört, wiedererstanden, das Stadtbild im letzten Jahrhundert, Stuttgart 2000; *Schnatz, Helmut*: Luftkrieg im Raum Koblenz 1944/45. Eine Darstellung seines Verlaufes, seiner Auswirkungen und Hintergründe, Boppard a.R. 1981 (Veröff. der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 4).

## 36. Köln

*Deres, Thomas / Rütter, Martin (Hrsg.)*: Fotografieren verboten! Heimliche Aufnahmen von der Zerstörung Kölns, Köln 1995 (Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln 2); *Groesgen, Rolf*: Die Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die Kölner Industrie und deren Wiederaufbau, Köln, Univ., Diss., 1956; *Rütter, Martin (Bearb.)*: Köln, 31. Mai 1942. Der 1000-Bomber-Angriff, hrsg. vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Verbindung mit dem Verein EL-DF-Haus, Köln 1992 (Kölner Schriften zur Geschichte und Kultur 18).

## 37. Königsberg

*Matern, Norbert*: Ostpreußen als die Bomben fielen. Königsberg, Allenstein, Braunsberg, Gumbinnen, Insterburg, Memel, Tilsit, Düsseldorf 1986.

## 38. Krefeld

*Feinendegen, Reinhard / Pützhofen, Dieter (Bearb.)*: 22. Juni 1943. Als Krefeld brannte, Augenzeugenberichte von der Bombennacht, hrsg. vom Verein für Heimatkunde Krefeld, Krefeld 1993; *Vogt, Hans / Brenne, Herbert*: Krefeld im Luftkrieg 1939-1945, Bonn 1986 (Krefelder Studien 3).

## 39. Leipzig

*Horn, Birgit (Hrsg.)*: Leipzig im Bombenhagel. Angriffsziel „Haddock“. Zu den Auswirkungen der alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg auf die Stadt Leipzig, Leipzig 1998 (Leipziger Kalender Sonderband 1998).

## 40. Lübeck

*Brix, Michael / Andresen, Hans Günther (Hrsg.)*: Lübeck. Die Altstadt als Denkmal, Zerstörung, Wiederaufbau, Gefahren, Sanierung, München 1975; *Hopf, Eduard*: Das zerstörte Lübeck. Sechzig Kreidezeichnungen aus dem Jahre 1942 zusammengestellt und mit einem Text versehen von Günther Grundmann, Hamburg 1973; *Schreiber, Albrecht*: Als vom Himmel Feuer fiel. Lübecks Passion im Luftkrieg, Stadtgeschichte in Presseberichten, der Bombenangriff und seine Zeit aus der Sicht Betroffener, Lübeck 1982; *Wilde, Lutz*: Bomber gegen Lübeck. Eine Dokumentation der Zerstörungen in Lübecks Altstadt beim Luftangriff im März 1942, Lübeck 1999.

## 41. Magdeburg

*Puhle, Matthias (Hrsg.)*: „Dann färbte sich der Himmel blutrot...“ Die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945, Ausstellung im kulturhistorischen Museum Magdeburg vom 15. Januar 1995 bis 14. Mai 1995, Magdeburg 1995; *Wille, Manfred*: Der Himmel brennt über Magdeburg. Die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Magdeburg 1990 (Magdeburger Schriftenreihe).

## 42. Mainz

*Berkessel, Hans (Hrsg.)*: Täter als Opfer, Opfer als Täter. Die Zerstörung der Stadt Mainz, 27. Februar 1945, Mainz 1996 (Mainzer Geschichtsblätter Sonderheft); *Busch, Dieter*: Der Luftkrieg im Raum Mainz während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, Mainz 1988 (Veröff. der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 9); *Stenz, Carl*: Die Zerstörung von Mainz vom 11. bis 13. August 1942 und am 27. Februar 1945. Ein Erlebnisbericht in Wort und Bild, Mainz 1964.

## 43. Mannheim-Ludwigshafen

*Schadt, Jörg / Caroli, Michael (Hrsg.)*: Mannheim im Zweiten Weltkrieg, Mannheim 1993 (Bildbände zur Mannheimer Stadtgeschichte).

## 44. Mönchengladbach und Rheydt

*Krüger, Norbert*: Der Luftangriff auf Mönchengladbach und Rheydt am 30./31. 8. 1943, in: Rheydter Jb. für Geschichte, Kunst und Heimatkunde (10) 1973, S. 143-159; *Sollbach-Papler, Margrit*: Mönchengladbach und Rheydt 1939-1945. Alltag unter Bomben, Hagen 1997.

## 45. Mülheim a. d. R.

*Becker, Erich*: Mülheims Menschenverluste und Sachschäden im Zweiten Weltkrieg, in: Mülheimer Jb. 1953/54, S. 56-60.

## 46. München

*Bauer, Richard*: Fliegeralarm. Luftangriffe auf München 1940-1945, München 1987; *Berthold, Eva / Matern, Norbert*: München im Bombenkrieg, Düsseldorf 1983; *Peermoser, Irma*: Der Luftkrieg im Raum München 1942-1945, München, Univ., Diss., 1991; *Richardi, Hans-Günter*: Bomber über München. Der Luftkrieg von 1939 bis 1945, dargestellt am Beispiel der „Hauptstadt der Bewegung“, München 1992.

## 47. Münster

*Beer, Wilfried*: Im Inferno des Bombenkrieges. Dokumente, Fragen, Erläuterungen, Darstellung, Münster 1983 (Geschichte original am Beispiel der Stadt Münster 9); *Beer, Wilfried*: Kriegsalltag an der Heimatfront. Alliiertes Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt für den Raum Münster, Bremen 1990; *Beer, Wilfried et al. (Bearb.)*: Bomben auf Münster. Ausstellung über die Luftangriffe auf Münster im Zweiten Weltkrieg, Stadtmuseum Münster 10. Okt. 1983 bis 29. April 1984, Münster 1983; *Hawkins, Jan*: Münster, 10. Oktober 1943. Alliierte und deutsche Kampfflieger und Betroffene in der Stadt schildern die schrecklichen Ereignisse während des Luftangriffs, [teilw. aus d. Engl.], Münster 1983; *Hueffner, Heinrich C.C. / Schemann, Wolfgang*: Münster in Schutt und Asche, Münster 1983.

## 48. Neuss

*Sollbach-Papler, Margrit*: Kriegsende 1945 im Kreis Neuss, Neuss 1995 (Veröff. des Kreisheimatbundes Neuss e.V. 6).

## 49. Nürnberg

*Eichhorn Ernst / Schramm, Georg / Wolfgang / Görl, Otto Peter*: 3 x Nürnberg. Eine Bilderfolge aus unserem Jahrhundert, das historische Nürnberg, die Zerstörung, der Wiederaufbau, Nürnberg 1988; *Handfest, Irene (Bearb.)*: Der Luftkrieg in Nürnberg. Quellen des Stadtarchivs zum 2. Januar 1945, Ausstellungskatalog, Nürnberg 1985 (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 19); *Nadler, Fritz*: „Ich sah, wie Nürnberg unterging ...!“ Tatsachenberichte und Stimmungsbilder aus bittersten Notzeiten, Nürnberg, 1955, 2. Aufl., 1959, 3. erg. Aufl. 1972, Repr. 1995; *Schramm, Georg Wolfgang*: Bomben auf Nürnberg. Luftangriffe 1940-1945, München 1988 (Stadt im Bild); *Schramm, Georg Wolfgang*: Der zivile Luftschutz in Nürnberg 1933-1945, [2 Bde.], Nürnberg 1983 (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg 35, I, II).

## 50. Oberhausen

[Noch keine relevante Literatur bekannt].

## 51. Osnabrück

*Spratte, Wido*: Im Anflug auf Osnabrück. Die Bombenangriffe 1940-1945, Osnabrück 1985.

## 52. Pforzheim

*Haag, Simon M. / Bräuning, Andrea / mit Kotzurek, Annegret*: Pforzheim. Spurensuche nach einer untergegangenen Stadt, Ubstadt-Weiher 2001 (Archäologischer Stadtkataster, Materialien zur Stadtgeschichte, Stadtarchiv Pforzheim 15); *Moessner-Heckner, Ursula*: Pforzheim. Code Yellowfin. Eine Analyse der Luftangriffe 1944-1945, Sigmaringen 1991 (Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim 2); *Schmalacker-Wyrich, Esther (Hrsg.)*: Pforzheim. 23. Februar 1945, der Untergang einer Stadt in Bildern und Augenzeugenberichten, Pforzheim 1980.

## 53. Plauen

*Laser, Rudolf / Mensdorf, Joachim / Richter, Johannes*: 1944/1945. Plauen, eine Stadt wird zerstört, Plauen 1995, 2. überarb. Aufl., 1996.

## 54. Potsdam

*Mihan, Hans-Werner:* Die Nacht von Potsdam. Der Luftangriff britischer Bomber vom 14. April 1945, Dokumentation und Erlebnisberichte, Berg am Starnberger See 1997; *Ostertag, Heiger:* Vom strategischen Bombenkrieg zum sozialistischen Bildersturm. Die Zerstörung Potsdams 1945 und das Schicksal seiner historischen Gebäude nach dem Kriege, in: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte, hrsg. von *Bernhard R. Kroener*, Frankfurt a.M. 1993, S. 487-499.

## 55. Remscheid

*Hasenclever, Hermann:* Die Zerstörung der Stadt Remscheid, hrsg. von der Ehrenhain-Stiftung, Remscheid 1964, 2. Aufl., 1968.

## 56. Rostock

*Aude, Helmut:* Notwendige Erinnerungen in Bildern, Rostock 1991, 3. Aufl., 2001, [Bd. 2] Zerstörung und Wiederaufbau Rostocks oder notwendige Erinnerung Teil 2, Rostock 1995, 2. Aufl., 2000; *Bohl, Hans-Werner / Keipke, Bodo / Schröder, Karsten (Hrsg.):* Bomben auf Rostock. Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940-1945, Rostock 1995; *Groehler, Olaf:* Rostock im Luftkrieg 1941-1944, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock, N. F. Bd. 9, 1988, S. 17-40.

## 57. Saarbrücken

*Bubel, Dirk / Heinz, Dieter / Kiefer, Gerd:* Saarbrücken. Gebaut, zerstört, wiedererstanden, das Stadtbild in den letzten 100 Jahren, Stuttgart 1996; *Eckel, Werner:* Saarbrücken im Luftkrieg 1939-1945, Saarbrücken 1985.

## 58. Schweinfurt

*Goluecke, Friedhelm:* Schweinfurt und der strategische Luftkrieg 1943. Der Angriff der US Air Force vom 14. Oktober 1943 gegen die Schweinfurter Kugellagerindustrie, Paderborn 1980 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart); *Schamberger, Rolf (Bearb.):* Wie lange müssen wir noch in diesen Ängsten leben? Schweinfurt zwischen Zerstörung und Wiederaufbau, Lebenserinnerungen, Bild-dokumente, Berichte, Schweinfurt 1995.

## 59. Solingen

*Rumpf, Hans / Lohausen, Hans:* Der Bombenkrieg, [24 Teile] in: Solinger Tageblatt vom 17. Februar bis 31. März 1962; *Tiborski, Klaus:* Solingen. Bauliche Innovationen und lokale Persistenz, der Neubau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Paderborn 1987 (Münsterische Geographische Arbeiten 28).

## 60. Stettin

*Zilm, Franz-Rudolf:* Die Festung und Garnison Stettin, Osnabrück 1988.

## 61. Stuttgart

*Bardua, Heinz:* Der Preis der alliierten Bomberoffensive 1940-1945 am Beispiel Stuttgarts. Hintergründe des Londoner Harris-Denkmal von 1992, in: Aus südwestdeutscher Geschichte, hrsg. von *Wolfgang Schmierer et al.*, Stuttgart 1994, S. 750-763; *Bardua, Heinz:* Stuttgart im Luftkrieg, Stuttgart 1967, 2. erw. Aufl., 1985 (Veröff. des Archivs der Stadt Stuttgart 35); *Förschler, Andreas et al.:* Stuttgart lebt. Eine Stadt vor dem Wiederaufbau, Guldenberg-Gleichen 1999 (Bilder aus Stuttgart); *Helwerth, Hans-Georg / Schmid, Manfred / Grenzmann, Sven (Hrsg.):* Stuttgart zwischen Bomben und Trümmern 1944-1950. Begleitheft zu einer Ausstellung der Landesbildstelle Württemberg und dem Stadtarchiv in der Galerie unterm Turm, Stuttgart 1995; *Kilian, Hannes:* Die Zerstörung. Stuttgart 1944 und danach, Berlin 1984; *Kohlhaas, Wilhelm:* Stuttgart. Ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1976.

## 62. Trier

*Welter, Adolf:* Die Luftangriffe auf Trier 1939-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Trierer Landes, Trier 1996 (Kleine heimatkundliche Reihe 8); *Zenz, Emil:* Rauch und Trümmer. Trier 1944/45, Trier 1962.

## 63. Ulm

*Füllert, Kurt (Bearb.):* Ulm im Zweiten Weltkrieg. Eine Übersicht über die Kriegereignisse, die Personalverluste und Sachschäden, Ulm 1955 (Ulmer Statistik Sonderreihe 1); *Neubronner, Eberhard:* Ulm in Trümmern. Bilder einer vergessenen Zeit, hrsg. von den Buchhandlungen Aegis, Hofmann und Kehler, Pfaffenhofen 1991, 3. Aufl., 1994; *Specker, Hans / Specker, Irene:* Die Luftangriffe auf Ulm mit einem Ausblick auf das Kriegsende der Stadt, in: Ulm im Zweiten Weltkrieg, hrsg. von *Hans Specker*, Ulm 1995 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation 6), S. 409-457.

## 64. Wiesbaden

*Metz, Stefan:* Die fünfziger Jahre. „Stunde Null“ und Wiederaufbau nach 1945, in: Architektur und Städtebau in Wiesbaden nach 1945. Ein Architekturführer, hrsg. von *Thomas Dilger*, Heidelberg 1995, S. 28-57.

## 65. Wilhelmshaven

*Appelius, Stefan:* Die Stunde Null, die keine war. Restauration und Remilitarisierung in Wilhelmshaven, Hamburg 1986; *Uphoff, Rolf:* Als der Tag zur Nacht wurde und die Nacht zum Tage. Wilhelmshaven im Bombenkrieg, Oldenburg 1992.

## 66. Witten

*Ruge, Paul:* Luftkrieg über Witten, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde Witten (55), 1952, S. 133-166; *Blennemann, Joachim:* Die Zeit des Zweiten Weltkrieges in Witten, in: Jb. des Vereins für Orts- und Heimatkunde Witten (75), 1977, S. 13-80.

## 67. Worms

*Reuter, Fritz:* Worms im Bombenkrieg und die Zerstörung der Stadt im Frühjahr 1945. Fakten, Zahlen, Berichte, in: Der Wormsgau (14), 1982/86, S. 61-88.

## 68. Würzburg

*Domarus, Max:* Der Untergang des alten Würzburg und seine Vorgeschichte, Wiesentheid 1955, 5. erw. Aufl., 1982; *Otremba, Heinz / Weppert, Heinrich (Hrsg.):* Würzburg 1945. Die Tragödie einer Stadt in fotografischen Dokumenten, Würzburg 1995; *Weismantel, Leo:* Totenklage über eine Stadt, hrsg. von der Leo Weismantel-Gesellschaft e.V. u. erg. durch die Berichte von Augenzeugen der Nacht des 16. März 1945, Würzburg 1985.

## 69. Wuppertal-Barmen bzw. Wuppertal-Elberfeld

*Goebel, Klaus (Hrsg.):* Unter Hakenkreuz und Bombenhagel. Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989; *Ispert, Wolfgang:* Wuppertal. Aufstieg aus Trümmern und Ruinen, Bonn 1960; *Krüger, Norbert:* Die Zerstörung Wuppertal-Barmens im 2. Weltkrieg, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins (86), 1974, S. 164-195; *Krüger, Norbert:* Wuppertal als Beispiel für Probleme der Luftkriegsgeschichte, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau (17), 12/1967, S. 711-716; *Krüger, Norbert / Metschies, Michael:* [Themenheft Luftangriffe], in: Mitteilungen des Stadtarchivs, des Historischen Zentrums und des Bergischen Geschichtsvereins, Abt. Wuppertal, (8), 2/1983, S. 1-64; *Pogt, Herbert (Hrsg.):* Bomben auf Wuppertal. Vor fünfzig Jahren, die Bombenangriffe auf Wuppertal am 30. Mai und 25. Juni 1943. Aufsätze und Zeitungsberichte, Wuppertal 1993 (Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals 36).

## Autoren

INGRID BRECKNER ist seit 1995 Universitätsprofessorin für Stadt- und Regionalsoziologie im Studiengang Stadtplanung der TU Hamburg-Harburg; davor Studium der Erziehungswissenschaft und Soziologie in München sowie Promotion am Institut für Soziologie der Universität Bielefeld; Forschung und Praxis zu sozialpolitischen und modernisierungstheoretischen Fragen in München; stadtsoziologische Lehrtätigkeit in Weihenstephan, München, Bochum und Kassel. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Suburbanisierung, Soziale Stadt, Unsicherheit in europäischen Städten, Wasser in der Stadt, Strategien integrierter Stadtentwicklung.

JUAN RODRÍGUEZ-LORES (1943) ist Philosoph und lehrt Theorien und Geschichte der Stadtplanung an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen. Frühere Lehrtätigkeit an den Universitäten Bochum und Bielefeld. Publikationen zur Stadttheorie, Stadtgeschichte und insbesondere der Boden- und Wohnungsfrage. Mitherausgeber der Buchreihe Stadt-Planung-Geschichte im Birkhäuser Verlag.

VOLKER ROSCHER (1948) ist Geschäftsführer beim Bund Deutscher Architekten in Hamburg und Gründer und Geschäftsführer des Architektur Centrums Hamburg. Frühere Lehrtätigkeiten: Nach Assistententätigkeit an der RWTH Aachen, Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und der Fachhochschule Hamburg für Architektur- und Siedlungssoziologie, diverse Publikationen zur Architektur, Stadt- und Wohnsoziologie, Stadtentwicklung, Stadtgeschichte und Berufsforschung. Mitherausgeber der Buchreihe "Stadt-Planung-Geschichte" im Birkhäuser Verlag. Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Die alte Stadt.

KLAUS SESSAR (1937) studierte Rechtswissenschaften (in München und Freiburg i.Br.) und Soziologie (Boston). Promotion und Habilitation in Freiburg. Dort wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht; seit 1982 Professor für Kriminologie an der Universität Hamburg (seit 2002 im Ruhestand). Forschungen im Bereich alternativer Sanktionen, selektiver Strafverfolgungsprozesse, von Kriminalität und Kriminalitätseinstellungen.

WALTER SIEBEL (1938) ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung an der Universität Oldenburg. Studium des Maschinenbaus, der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Aachen, Köln, Bonn, New York und Frankfurt a.M. 1974 Promotion an der TH Darmstadt. Seit 1975 an der Universität Oldenburg, Leiter der Arbeitsgruppe Stadtforschung; 1989 bis 1995 Wiss. Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park Gelsenkirchen. Wichtige Veröffentlichungen u.a.: »Neue Urbanität« 1987 und »Soziologie des Wohnens« 1996 (zus. mit H. Häußermann).

KATJA VEIL (1974), Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU-Berlin und Austauschstudentin in Oxford Brookes, U.K. Derzeit Betreuung der Zwischenevaluierung des Bund-Länder Programms "Die soziale Stadt" als Referentin im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu: Raum, Kontrolle und Öffentlichkeit.

UWE-JENS WALTHER (1948) ist Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der TU Berlin. Studium der Stadtplanung und Sozialwissenschaften in Darmstadt, Frankfurt und Birmingham 1978 – 1985 Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg und der Universität Bremen. 1986-99 Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn. Veröffentlichungen u.a. über Stadterneuerung und sozialgruppenbezogenen Wohnungs- und Städtebau. Aktuelle Forschungen im Bereich soziale Revitalisierungsstrategien (EU-Projekte IUPM, ENTRUST), akteurszentrierte Indikatorenentwicklung (BMBF) und barrierefreie Stadtentwicklung.

JAN WEHRHEIM (1967), Dr. rer. pol., ist Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (AG Stadtforschung u. AG Devianz). Er studierte Sozialwissenschaften, Jura und Entwicklungspolitik in Göttingen und Bremen. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Sicherheit und Stadt, u.a. "Die überwachte Stadt - Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung", Opladen 2002.

## BESPRECHUNGEN

MARTIN DINGES / FRITZ SACK (Hrsg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne (Konflikte und Kultur. Historische Perspektiven; Bd. 3)*, Konstanz: UVK 2000, 396 S., 29,00 Euro.

Sicherheit - Nachrichten aus diesem Bereich haben nicht erst seit dem 11. September einen hohen Aufmerksamkeitswert. Sicherheit, so die Herausgeber des Bandes, entwickelt sich in den aktuellen politischen Debatten zu einem politischen Gegenstandsbereich, „der keine programmatischen Differenzen und Kontroversen mehr verträgt“ (9). Der Komplex ‚Sicherheit‘ ähnele in seiner Resistenz in Bezug auf Definition, Gegenrezepte und Erklärungsmuster zunehmend einem Mythos. Diesen Mythos ‚Sicherheit‘ in historischer und kritisch-kriminologischer Perspektive zu hinterfragen, ist Ziel des Bandes. Die Herausgeber legen den Fokus dabei auf die Großstadt, die spätestens seit dem 19. Jahrhundert zur Projektionsfläche für gesellschaftliche Konflikte, Unsicherheitsgefühle und Kriminalitätsängste wird. Die meisten neuen Sicherheitskonzepte wurden und werden in Großstädten entwickelt und erprobt.

Der Band versammelt 16 Beiträge, die einen Bogen vom späten Mittelalter bis zur heutigen Zeit aufspannen. Die Fallstudien konzentrieren sich dabei im Wesentlichen auf den deutschen Raum, mit Ausgriffen nach Rom, Washington und New York sowie punktuellen Vergleichen mit europäischen Metropolen wie Paris oder London. In unterschiedlichem Maß akzentuieren sie drei Themenfelder: die Wahrnehmung von Sicherheit/Unsicherheit, Sicherheitsmaßnahmen und -organe sowie Ausmaß, Struktur und Konstruktion von Kriminalität.

In ihrem ausgezeichneten, langen Einleitungsbeitrag entwickeln die beiden Herausgeber ‚Sicherheit‘ als konstitutiven Grund-

begriff moderner Gesellschaften. Unter Sicherheit verstehen sie im heutigen Sinne ein umfassendes Konzept, in dessen Zentrum die Unversehrtheit von Leib, Leben und Eigentum steht. Begriffe wie soziale Sicherheit, Verkehrssicherheit oder Rechtssicherheit illustrieren die Breite des Feldes, aber auch, dass Sicherheit nicht ohne Bedrohung gedacht werden kann. Typisch sei, dass sich dabei nicht selten persönliche Gefährdungen mit gesellschaftlichen verbinden. Nach knappen ideen- und begriffsgeschichtlichen Überlegungen zur ‚Sicherheit‘ konzentrieren sich die Herausgeber auf das 19. und 20. Jahrhundert. Nachgezeichnet und analysiert wird die Herausbildung unseres Verständnisses von „Innerer Sicherheit“ im 19. Jahrhundert - begleitet von einer „kriminal- und sicherheitspolitischen Aufrüstung“ (21) auf den Gebieten von Polizei, Kriminalstatistik, Rechtsstaat und Kriminologie. Diese Entwicklungen erklären die Herausgeber nicht als Reaktionen auf veränderte Sicherheitsprobleme, sondern als Teil „einer grundsätzlich anderen Struktur gesellschaftlicher Regulierung und sozialer Kontrolle“ (21). Kriminalität wurde als Klassenfrage verstanden. Diese Sensorfunktion für gesamtgesellschaftliche Umbrüche verlor sie an der Wende zum 20. Jahrhundert, als sich die Interpretation von Kriminalität auf die Ebene des Individuums verlagerte.

Die Einleitung wird abgeschlossen durch eine fundierte und kritische Beschäftigung mit dem aktuellen Sicherheitsdiskurs. Als Stichworte seien hier genannt: repressive Wende, ansteigende Gefängnisraten, amerikanische Modelle der „zero tolerance“ oder des „community policing“, Eingriffe in Bürgerrechte mit dem Verweis auf Innere Sicherheit, die Diskussion von Kriminalitätsängsten und Strafbedürfnissen sowie die Aussagekraft der Kriminalstatistik. Die Herausgeber arbeiten heraus, dass sich weder Veränderungen in der Sicherheitspolitik noch Kriminalitätsängste ursächlich zurückführen lassen auf veränderte Sicherheitslagen. Vielmehr

müsse Kriminalität in ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung wie in ihrer vermeintlich objektiven Erfassung als „politische und mediale Manövriermasse“ (41) verstanden werden.

Die nachfolgenden 15 Beiträge lassen sich drei größeren Blöcken zurechnen. Die ersten sechs Beiträge beschäftigen sich mit Sicherheit und Unsicherheit in großen Städten des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit. Für Peter Schuster verweist die zunehmende Formulierung von Sicherheit als gesellschaftlichem Ziel seit dem 15. Jahrhundert zunächst auf ein Gefühl der Unsicherheit. Andererseits wurde die Stadt von den Zeitgenossen als besonderer Rechts- und Friedensbereich herausgestellt. Das (hohe) Maß alltäglicher, interpersonaler Gewalt innerhalb der Stadtmauern beschäftigte die Zeitgenossen nach Ausweis der Quellen weniger als mögliche Strafen Gottes, Brände, feindliche Angriffe, plötzliche, unvorbereitete Todesfälle oder der Verlust von Eigentum.

Andrea Bendlage untersucht am Beispiel des „sicherheitspolitischen Vorreiters“ Nürnberg Zahl, Aufgaben und Arbeitsbedingungen der städtischen Polizeidiener im 15. und 16. Jahrhundert. Der Alltag der Polizeidiener war bestimmt von Konflikten, aber auch Allianzen mit Stadtbewohnern. Amtsverfehlungen der Ordnungskräfte, nicht selten selbst Auslöser für Gewalt, wurden dabei nur milde sanktioniert. Diese Politik des Rates beruhte nicht nur auf Schwäche, sondern zielte vorrangig auf Konfliktausgleich. Nicht zuletzt konnte das gewalttätige Auftreten der Polizeidiener den Herrschaftsansprüchen des Rates sichtbaren Ausdruck verleihen.

Carl A. Hoffmann behandelt mit ‚Bürgersicherheit‘ und ‚Herrschaftssicherung‘ zwei ineinander verschränkte Sicherheitskonzepte der frühneuzeitlichen Stadt. Gefahrenabwehr und Sicherheitspolitik legitimierten die Herrschaft des Augsburger Rates. Andererseits blieben Rat und Rechtssystem angewiesen auf die Kooperation der Bürger. Religiö-

se Umbrüche und eine deutliche Bevölkerungszunahme konnten dieses Wechselverhältnis von ‚Bürgersicherheit‘ und ‚Herrschaftssicherung‘ destabilisieren.

Peter Blastenbrei konstatiert für das Rom des späten 16. Jahrhunderts eine extrem hohe Gewalttrate. Als Antwort darauf wurde eine strenge, blutige Justiz propagiert. Daraus ergaben sich allerdings für die machtpolitisch prekäre Papstherrschaft besondere Probleme. Im Ergebnis war die römische Kriminal- und Strafpolitik einerseits geprägt von kontinuierlichen Bemühungen um Effizienzsteigerung, andererseits durch krasse Wechsel zwischen Härte und Milde. Im Gegensatz dazu umschlossen die Stadtmauern Kölns, so Gerd Schwerhoff, im 16. Jahrhundert ein Gebiet, das im Vergleich zum Umland als sicher wahrgenommen wurde. Sicherheit ist dabei nicht gleichzusetzen mit Gewaltlosigkeit, denn gewalttätige Auseinandersetzungen gehörten zum städtischen Alltag. Ihr Verlauf und die an ihnen Beteiligten waren aber offenbar zu vertraut und akzeptiert, um als Sicherheitsproblem wahrgenommen zu werden.

In Fortführung dieser Ergebnisse schildert Joachim Eibach das Frankfurt des 18. Jahrhunderts auf der Grundlage von Verordnungen, Gerichtsakten und Reiseberichten als ‚sichere‘ Stadt - jedenfalls im Vergleich mit den Metropolen Paris und London. Die städtischen Verordnungen greifen zwar verschiedenste Sicherheitsprobleme auf; die Kriminalitätsrate erscheint jedoch gering und eindeutig dominiert von Eigentumsvergehen. Die Strafpraxis traf vornehmlich fremde Unterschichtsangehörige.

In einem zweiten Block lassen sich sechs Beiträge zusammenfassen, die den Zeitraum zwischen 1800 und 1933 behandeln. Dietlind Hüchtker zeigt für das Berlin des frühen 19. Jahrhunderts, dass Prostitution - als typisches Problem der Großstadt wahrgenommen - das Feld war, auf dem öffentliche Kontrolle (der Unsittlichkeit der Frauen) und private Freiheiten und Rechte (der Freier und Bürger) verhandelt wurden. Prostitution als Etikett für

‚Unsittlichkeit‘ im weiteren Sinne stand für die Auflösung sozialer Ordnung, für unkontrollierbare Begegnungen unterschiedlicher sozialer Schichten. Armut, Unsittlichkeit und Unsicherheit bildeten in den zeitgenössischen Debatten ein Dreiecksverhältnis.

Unsicherheitsgefühle und Sicherheitspolitik haben aber nicht nur eine Gender-Komponente, sondern sind auch geprägt von Rassismus. Norbert Finzsch untersucht deshalb den polizeilichen Alltag im rasch wachsenden Washington nach 1860. Vor dem Hintergrund sozialer und politischer Umwälzungen wurde die steigende Kriminalitätsrate den zugezogenen Schwarzen zur Last gelegt, deren Lebensumstände verschiedenen Restriktionen unterlagen. Überraschenderweise finden sich aber nicht Afroamerikaner unter den Verdächtigen überrepräsentiert, sondern irische Migranten, die mit Slum, Krankheit und Trunksucht in Verbindung gebracht wurden. Schwarze wurden vor allem wegen Diebstahlsverdachts verhaftet, wurden härter gestraft und häufiger von privater Seite angezeigt als Angehörige anderer Gruppen.

Blicken wir wieder nach Berlin. Herbert Reinke untersucht im folgenden Beitrag die Entwicklung der Polizei während der Kaiserzeit. In die Zuständigkeit der Schutzpolizei fielen vorrangig Infrastruktur- und Ordnungsaufgaben. Nachgeordnet scheinen die Bereiche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. In dem Maße allerdings, in dem das rasante Wachsen der Großstädte nicht mehr nur als Ordnungsproblem, sondern als Sicherheitsproblem wahrgenommen wurde, bildete sich die Kriminalpolizei als spezialisierter Zweig der Polizei heraus. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte lagen in Berlin in der Bekämpfung der Eigentumskriminalität sowie der Sammlung und Systematisierung von Daten.

Peter Leßmann-Faust beschreibt, wie die Reichswehr und die ihr nahe stehenden Verbände nach 1918 politisches Terrain im Bereich der ‚Inneren Sicherheit‘ besetzten. Konflikte mit der preußischen Regierung und der

erfolgreiche Umbau der preußischen Schutzpolizei zu einer nichtmilitärisch organisierten Einheitspolizei führten seit 1920 zu einer Stabilisierung des staatlichen Gewaltmonopols der jungen Republik. Der Polizei gelang es jedoch nicht, den Kampf um die Straße, den SA und RFB seit 1924 führten, zu unterbinden.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachten Patrick Wagner und Klaus Weinbauer die Berliner Situation um 1930: Am Beispiel der Ringvereine (Unterweltvereine) und der Wilden Jugendcliquen, die vor allem in den späten Jahren der Weimarer Republik öffentliche Aufmerksamkeit fanden, gehen sie der Wahrnehmung von Unsicherheit und Bedrohung nach. Beide Gruppen besaßen lokale Macht in den citynahen Randgruppenquartieren, wo sich Polizei und Fürsorge als ohnmächtig erwiesen. Während sie ihren Mitgliedern Sicherheit boten, standen sie in der öffentlichen Meinung für ‚Amerikanisierung‘, die Auflösung sozialer Ordnungen, Verrohung und Gewalt. Sie demonstrierten die begrenzte Macht von Staat und Polizei.

Der dritte Abschnitt des Bandes schließlich widmet sich aktuellen Entwicklungen in der Kriminologie und der Kriminalpolitik. Susanne Krasmann analysiert im Rückgriff auf Foucaults Konzept der ‚Governmentality‘ die Kriminologien der neoliberalen Gesellschaft. Die Leitfigur des ‚Unternehmers‘ prägte auch den Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskurs: Der Kriminelle ist verantwortlich für seine Entscheidungen; rational wägt er Risiko und Nutzen einer Unternehmung ab (rational choice). In der Konsequenz gelte es, ihm das Verbrechen weniger attraktiv oder eben „teurer“ zu machen. Gleichzeitig delegiert der Staat Verantwortung auf dem Gebiet der Sicherheit an andere Institutionen und den Einzelnen (Kommunitarismus, Privatisierung).

Klaus Ronneberger und Hubert Beste beleuchten in ihren Beiträgen Konsequenzen aus dem Wandel der Innenstädte zu Dienstleistungs- und Konsumzentren. Kriminalpo-

litik ist zu einem wichtigen Teil der Standortpolitik „revanchistischer Städte“ (313) geworden. Im Bild der zunehmenden Angleichung der Citys an Malls wird deutlich, dass es sich nur noch scheinbar um öffentliche Räume handelt. Bau- und Kontrollmaßnahmen zielen auf ungestörte Erlebnis- und Konsumwelten. Unerwünschte Personen und Verhaltensweisen werden nach Modellen zentraler Raumkontrolle und verschärfter Ordnungspolitik (Beispiel Frankfurt) aus den Innenstädten vertrieben. Zunehmend treten dabei privatwirtschaftliche Sicherheitsunternehmen auf den Plan.

Je nach Standpunkt des Lesers bestätigt der abschließende Beitrag von Henner Hess über Geschichte und Erfolge der neuen New-Yorker Sicherheitspolitik die schlimmsten Befürchtungen oder lässt Hoffnung schöpfen. Offen sympathisiert Hess mit Theorien und Modellen der „broken windows“, „zero tolerance“ und des „community policing“. Optimistisch sieht er in schärferen Verordnungen, einer Unstrukturierung der Polizei nach modernen Managementtheorien und einem konsequenten Durchgreifen auf dem Gebiet der Ordnungsdelikte einen Weg, Kriminalität zu reduzieren. Gut und Böse sind in diesem Konzept klar verortet. Die zuweilen ärgerliche Wortwahl - „sozial verlottert“ (356), „ekelerregend aufgemacht“ (367) und so weiter - beeinträchtigt den durchaus informativen Beitrag.

An einem Sammelband lässt sich leicht Kritik üben, am trefflichsten über Auswahl oder Kohärenz der Beiträge. So sind einige Beiträge nur lose mit den Themen Sicherheit und Großstadt verbunden. Andere bleiben bei einer vorschnellen Gleichsetzung von Unsicherheit mit Gewalt/Kriminalität stehen und blenden die Komplexität und Kontextabhängigkeit von Unsicherheitswahrnehmungen aus. Eine thematische Anordnung der Beiträge um die Eckpfeiler ‚Wahrnehmung von Unsicherheit‘, ‚Sicherheitspolitik‘ sowie ‚Ausmaß und Struktur von Kriminalität‘ hätte den epochenübergreifenden Blick für Konti-

nuitäten und Veränderungen vielleicht noch etwas klammern und schärfen können. Festzuhalten bleibt, dass der Band mit seinem Fragezeichen im Titel unser Bild der unsicheren Großstadt für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit grundsätzlich in Frage stellt: Die große Stadt kann nicht per se als spezifisch unsicherer Ort beschrieben werden. Für die neuere Zeit warnt das Fragezeichen eher leise vor simplen Be- und Zuschreibungen oder Lösungsvorschlägen.

Es handelt sich insgesamt um einen sehr lesenswerten Band, der dazu verführt, ihn nicht nur selektiv wahrzunehmen, sondern über den eigenen Interesse- oder Arbeitshorizont hinaus weiterzulesen. Zu verdanken ist dies den durchweg anregenden und klar gegliederten Beiträgen, die selten die 20 Seiten-Marke überschreiten. Die meisten Beiträge verbinden in gelungener Weise mentalitäts- und institutionengeschichtliche Zugänge. In der Zusammenschau der Beiträge werden viele Anknüpfungspunkte zwischen Kriminalitätsgeschichte, Polizeigeschichte und Kriminologie sichtbar. Englische Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge sowie Kurzporträts der Autorinnen und Autoren schließen den vielseitigen und dabei kompakten Band ab.

Eva Wiebel, Freiburg i.Br.

Neue Reihe

## Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung

Im Auftrag der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung herausgegeben von **Heinz Reif** und **Adelheid von Saldern**

BAND 1

### Inszenierte Einigkeit

Stolze Städte in der DDR

Herausgegeben von **Adelheid von Saldern**, unter Mitarbeit von **Alice von Plato**, **Elfie Rembold** und **Lu Seegers**

2003. 420 Seiten mit 14 Abbildungen. Geb. € 68,- / sFr 108,80.  
ISBN 3-515-08301-4

Obwohl über die DDR schon viel geforscht worden ist, haben HistorikerInnen bislang kaum über Städte gearbeitet. Besonders auf Festen und Feiern wurde Herrschaft repräsentiert und Stadtöffentlichkeit aktiviert. Staat und Partei brauchten die Städte als sichtbares Zeichen der von ihnen proklamierten Leistungsfähigkeit des sozialistischen Systems. Sondermittel sollten die städtische Infrastruktur und die Versorgungslage verbessern. Nach außen hin dienten die großen Ereignisse dazu, Einigkeit zwischen Staat und Stadt zu inszenieren und vielfältige Identifikationsangebote zu schaffen. In Reden, Schriften, Filmen, Photos, Zeitungsberichten und Souvenirs wurden die Feiern festgehalten und positive Erinnerungen zu erzeugen versucht.

Dieser Band zeigt nun durch Einblicke in die Akten auch die zahlreichen Spannungen zwischen Staat und Stadt auf, besonders bei Fragen der Geschichtskultur, der Veranstaltungstypen, der Politisierung sowie der Sicherheit und Organisation.

Franz Steiner Verlag

Geschichte



Postfach 101061, 70009 Stuttgart  
www.steiner-verlag.de  
service@steiner-verlag.de